

Stenographischer Bericht

12. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIII. Gesetzgebungsperiode – 22. Oktober 1996

Inhalt:

1. Nachruf für Abgeordneten a. D. Ing. Heinrich Scheibengraf (802).
 2. a) Zuweisungen (802).
b) Anträge (804).
c) Mitteilungen (804).
 3. Wahl eines Ordners (805).
 4. Bericht des Gemeinde-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 254/1, Beilage Nr. 33, Landesgesetz über die Ansprüche von öffentlich-rechtlichen Bediensteten, die in einem Dienstverhältnis zu einer Gemeinde oder der Landeshauptstadt Graz stehen, auf Pflegegeld.
Berichtersteller: Abg. Vollmann (805).
Redner: Abg. Schinnerl (805), Landesrätin Dr. Rieder (806), Abg. Keshmiri (806), Landesrätin Dr. Rieder (807), Abg. Dr. Wabl (807), Landeshauptmann Klasnic (808), Abg. Dr. Brünner (809), Abg. Gross (809), Abg. Wicher (810), Abg. Mag. Zitz (811), Abg. Dr. Lopatka (812).
Beschlussfassung (813).
 5. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 258/1, betreffend die Änderung des Übereinkommens zwischen dem Land Steiermark und der Stadt Graz über die gemeinsame Führung der Vereinigten Bühnen.
Berichterstellerin: Abg. Gross (813).
Redner: Abg. Ussar (814), Abg. Dr. Brünner (815).
Beschlussfassung (815).
 6. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 256/1, betreffend den vierteljährlichen Bericht über den Stand der Europäischen Integration für das zweite Vierteljahr 1996.
Berichtersteller: Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (815).
Redner: Abg. Dipl.-Ing. Grabner (815), Präsident Dipl.-Ing. Vesko (818), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (819), Präsident Dr. Strenitz (822), Abg. Dr. Karisch (823), Abg. Mag. Zitz (823), Landesrat Pörtl (826), Abg. Dr. Wabl (827), Abg. Dr. Brünner (829), Abg. Ing. Löcker (831), Abg. Huber (833), Abg. Dipl.-Ing. Vesko (833), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (834).
Beschlussfassung (835).
 7. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 22/5, zum Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend Ablehnung einer Parallelität einer generellen Autobahnbemaatung („Autobahnpickerl“) und der in der Steiermark bestehenden Autobahnbemaatungen.
Berichtersteller: Abg. Heibl (835).
Redner: Abg. List (836), Abg. Straßberger (837), Abg. Korp (838), Abg. Posch (839), Abg. Mag. Bleckmann (840), Abg. Purr (841), Abg. Keshmiri (842), Präsident Dipl.-Ing. Vesko (843), Abg. Schrittwieser (844).
Beschlussfassung (845).
 8. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 255/1, betreffend die Übernahme der Privatstraße des Landes Steiermark zum Landeskrankenhaus Stolzalpe in das Landesstraßennetz in einer Länge von 6,75 Kilometer.
Berichtersteller: Abg. Dipl.-Ing. Grabner (845).
Redner: Abg. Bacher (845).
Beschlussfassung (845).
 9. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 257/1, betreffend den Tourismusbericht für das Jahr 1995.
Berichtersteller: Abg. Tasch (846).
Redner: Abg. Tasch (846), Präsident Dipl.-Ing. Vesko (885), Abg. Bacher (888), Abg. Vollmann (888), Abg. Posch (891), Abg. Dr. Flecker (893), Abg. Dr. Karisch (894), Abg. Majcen (895), Abg. Keshmiri (896), Abg. Alfred Prutsch (896), Abg. Dr. Wabl (897), Abg. Beutl (899), Abg. Pußwald (900), Abg. Ing. Mag. Hohegger (901), Abg. Tschernko (902), Abg. Günther Prutsch (903), Abg. Straßberger (904), Abg. Dietrich (906), Landesrat Dr. Hirschmann (906).
Beschlussfassung (906).
 10. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 248/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Dr. Lopatka, Schrittwieser, Schützenhöfer, Dr. Bachmaier-Geltewa und Dr. Karisch, betreffend Vorlage von Stellungnahmen des Landes Steiermark an den Landtag.
Berichtersteller: Abg. Dr. Reinprecht (906).
Redner: Abg. Dr. Brünner (907), Abg. Mag. Zitz (907), Abg. Dr. Reinprecht (907).
Beschlussfassung (908).
- Dringliche Anfrage der FPÖ-Abgeordneten an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl, betreffend die Zerschlagung der Abteilung für Wirtschaftsförderung.
Begründung der dringlichen Anfrage: Abg. Ing. Peinhaupt (848).
Beantwortung der dringlichen Anfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl (852).
Redner: Abg. Mag. Bleckmann (864), Abg. Ing. Mag. Hohegger (867), Abg. Dr. Wabl (869), Abg. Purr (871), Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl (872).
Beschlussfassung (873).
- Dringliche Anfrage der Abgeordneten des LIF, der Grünen und der FPÖ an Landesrat Dörflinger, betreffend qualitätsorientierte und kostenbewusste Gesundheitspolitik in der Steiermark.
Begründung der dringlichen Anfrage: Abg. Dr. Brünner (855).
Beantwortung der dringlichen Anfrage: Landesrat Dörflinger (857).
Redner: Abg. Dr. Brünner (873), Abg. Mag. Hartinger (876), Abg. Mag. Erlitz (879), Abg. Keshmiri (882), Landesrat Dörflinger (883).
Beschlussfassung (885).

Beginn der Sitzung: 10.16 Uhr.

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Hohes Haus!

Heute findet die 12. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XIII. Gesetzgebungsperiode statt.

Die Sitzung beginnt mit Verspätung, weil die Fraktion der SPÖ kurzfristig ersucht hat, noch zehn Minuten zuzuwarten. Ich habe das erfüllt, und wir beginnen jetzt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Bevor ich zur Tagesordnung übergehe, habe ich eine traurige Pflicht zu erfüllen.

Ich bitte Sie, sich von Ihren Sitzen zu erheben.

Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren!

Wir haben heute eines Mannes zu gedenken, der ein Leben lang dem Land Steiermark und der Republik Österreich gedient hat.

Ing. Heinrich Scheibengraf, der Mitglied des Steiermärkischen Landtages vom Juni bis November 1949 war, ist am 29. September 1996 verstorben.

Heinrich Scheibengraf wurde am 1. Juli 1910 in Graz als Sohn der Maurerpoliersfamilie Karl und Anna Scheibengraf geboren.

Nach Besuch der Volks-, Bürgerschule und der gewerblichen Fortbildungsschule erlernte er das Handwerk für Maschinenschlosser, Dreher und Schweißer.

1930 verlor er seinen Arbeitsplatz und fand 1932 Arbeit als Laborant an der Technischen Hochschule Graz.

Seit Dezember 1938 arbeitete er bei der Firma Böhler als Schweißer und Schlosser und wurde in das Ausbildungswesen übernommen, wo er zuletzt die Funktion eines Betriebs- und Abteilungsleiters ausübte.

Ing. Scheibengraf gehörte von 1945 bis November 1949 dem Bundesrat an.

Im Jahr 1949 war Ing. Scheibengraf fünf Monate lang Mitglied dieses Hohen Hauses.

Heinrich Scheibengraf war Bürgermeister der Stadtgemeinde Kapfenberg von 1949 bis 1963 und außerdem Abgeordneter zum Nationalrat von 1962 bis 1975.

Heinrich Scheibengraf setzte viele zukunftsorientierte Aktivitäten im Umweltschutzbereich, von denen die Gründung des Mürzverbandes eine der wichtigsten war.

Sein Lebenswerk wurde auch durch hohe Bundes- und Landesauszeichnungen gewürdigt.

Hohes Haus! In Ihrem und in meinem Namen danke ich Heinrich Scheibengraf für die erbrachten Leistungen.

Der Steiermärkische Landtag wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Kundgebung der Trauer.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage der FPÖ-Abgeordneten an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paiarl, betreffend Zerschlagung der Abteilung für Wirtschaftsförderung.

Diese dringliche Anfrage hat die gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde von den Abgeordneten die Abführung einer Wechselrede beantragt.

Die Behandlung dieser dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des Paragraphen 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 16 Uhr beginnen.

Weiters wurde eingebracht eine dringliche Anfrage des LIF, der Grünen und der FPÖ an Herrn Landesrat Günter Dörflinger, betreffend qualitätsorientierte und kostenbewußte Gesundheitspolitik in der Steiermark.

Diese dringliche Anfrage hat die gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde von den Abgeordneten die Abführung einer Wechselrede beantragt.

Die Behandlung dieser dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des Paragraphen 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls ab 16 Uhr nach der ersten dringlichen Anfrage beginnen.

Es wurden heute folgende Geschäftsstücke aufgelegt, die ich wie folgt zuweise:

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Siegfried Ussar, die Zuweisungen zu verlesen.

Abg. Ussar:

Zuweisungen an die Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 260/1, der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend Aufklärungskampagne über Restmüllverwertungsanlagen;

den Antrag, Einl.-Zahl 266/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend Maßnahmen gegen Alkoholismus bei Jugendlichen;

den Antrag, Einl.-Zahl 267/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Wiedner und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landesverwaltung;

den Antrag, Einl.-Zahl 268/1, der Abgeordneten Wiedner, Ing. Schreiner, List und Schinnerl, betreffend Neuverhandlung des Finanzausgleiches;

den Antrag, Einl.-Zahl 269/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Wiedner und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend Tagesmütter – Kinderbetreuungsscheck;

den Antrag, Einl.-Zahl 270/1, der Abgeordneten Schinnerl, Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Dietrich, Mag. Hartinger, Wiedner, List, Ing. Schreiner und Ing. Peinhaupt, betreffend Arbeitnehmerhärtausgleichsfonds;

den Antrag, Einl.-Zahl 272/1, der Abgeordneten Vollmann, Kaufmann, Gennaro und Korp, betreffend Praxiszeiten für Absolventinnen der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft;

den Antrag, Einl.-Zahl 273/1, der Abgeordneten Vollmann, Schrittwieser, Gennaro und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend die Gewährung einer jährlichen Förderung an die Mürzzuschlager Innovations- und Ausbildungsgesellschaft m. b. H. (MIA) für die Lehrlingsausbildung;

den Antrag, Einl.-Zahl 274/1, der Abgeordneten Gennaro, Korp, Dr. Bachmaier-Geltewa, Heibl, Günther Prutsch, Vollmann, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Herrmann, Huber, Kaufmann, Kröpfl, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz und Ussar, betreffend die Errichtung eines Lehrlingsausbildungsfonds;

den Antrag, Einl.-Zahl 275/1, der Abgeordneten Gennaro, Dr. Bachmaier-Geltewa, Kaufmann, Schrittwieser und Ussar, betreffend die Förderung von notwendigen Investitionen für das Werk Eisenerz der Firma Vogel & Noot;

den Antrag, Einl.-Zahl 277/1, der Abgeordneten Wicher, Tschernko, Pußwald, Dr. Lopatka und Dr. Karisch, betreffend die behindertengerechte Ausstattung von Tourismuseinrichtungen.

Zuweisungen an den Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 191/3, zum Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Anerkennung der außerlandwirtschaftlichen Berufsausbildung im Zuge des Dualsystems in den steirischen Landwirtschaftsschulen;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 180/4, zum Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Einrichtung eines flächendeckenden EDV-unterstützten Informationssystems für landwirtschaftliche Betriebs- und Förderungsberatung.

Zuweisungen an den Ausschuß für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit:

den Antrag, Einl.-Zahl 262/1, der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Flüchtlingspolitik in der Steiermark;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 289/1, betreffend den vierteljährlichen Bericht über den Stand der Europäischen Integration für das dritte Vierteljahr 1996.

Zuweisungen an den Finanz-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 280/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 1996 (4. Bericht für das Rechnungsjahr 1996);

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 282/1, betreffend Grund- sowie Objektseinelösung CONGREGATION der Barmherzigen Schwestern zum Heiligen Kreuz für das Bauvorhaben „Riesplatz, Verlegung der Stiftingtalstraße“ der L 324/B 65, Stiftingtalstraße;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 284/1, Beilage Nr. 35, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Tourismusgesetz 1992, in der Fassung der Novelle 1994, geändert wird.

Zuweisungen an den Gemeinde-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 285/1, Beilage Nr. 36, Gesetz, mit dem die Gemeindewahlordnung 1960 geändert wird;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 286/1, Beilage Nr. 37, Gesetz, mit dem die Gemeindeordnung 1967 geändert wird;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 287/1, Beilage Nr. 38, Gesetz, mit dem die Gemeindewahlordnung Graz 1992 geändert wird;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 288/1, Beilage Nr. 39, Gesetz, mit dem das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 geändert wird.

Zuweisung an den Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 283/1, Beilage Nr. 34, Gesetz über die Errichtung und den Betrieb von Schischulen (Steiermärkisches Schischulgesetz 1996).

Zuweisung an den Ausschuß für Jugend, Familie und Frauenfragen:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 279/1, betreffend den ersten Tätigkeitsbericht des Kinder- und Jugendanwaltes 1995/96.

Zuweisungen an den Kontroll-Ausschuß:

den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 259/1, über den Sozialhilfeverband Liezen;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 281/1, betreffend den Landesrechnungshofabschluß 1995.

Zuweisung an den Ausschuß für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung:

den Antrag, Einl.-Zahl 276/1, der Abgeordneten Majcen, Alfred Prutsch, Tschernko und Beutl, betreffend Ausbau und Sanierung steirischer Kasernen.

Zuweisung an den Sozial-Ausschuß:

den Antrag, Einl.-Zahl 261/1, der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Notschlafstelle für obdachlose Jugendliche.

Zuweisungen an den Ausschuß für Umweltschutz und Energie:

den Antrag, Einl.-Zahl 263/1, der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend ökologische Ziele in der steiermärkischen Energiepolitik;

den Antrag, Einl.-Zahl 265/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Gentechnologie;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 132/4, zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Mag. Erlitz, Kaufmann, Kröpfl, Schuster und Ussar, betreffend die Darstellung der für Umwelt- und Naturschutz getätigten Ausgaben im Umweltschutzbericht des Landes Steiermark.

Zuweisungen an den Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur:

den Antrag, Einl.-Zahl 271/1, der Abgeordneten Korp, Dipl.-Ing. Grabner, Schrittwieser, Ussar und Schuster, betreffend eine – zumindest begrenzte – Öffnung des Militärflugplatzes Zeltweg für Zwecke der Zivilluftfahrt;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 278/1, über die Auflassung der L 733, Pürgger Straße, von Kilometer 1,370 bis Kilometer 1,520, in einer Länge von 150 Meter.

Zuweisung an den Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz:

den Antrag, Einl.-Zahl 264/1, der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Wirtschaftsförderung bei nachwachsenden Rohstoffen, insbesondere Hanf.

Präsident: Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Anträge wurden heute eingebracht, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe:

Ich ersuche wiederum den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Siegfried Ussar, die Verlesung der Anträge vorzunehmen.

Abg. Ussar:

– Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko, Wiedner und Porta, betreffend Verwirklichung des Projektes ÖKOPROFIT Graz in der gesamten Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Mag. Hartinger, Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann und Ing. Peinhaupt, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Leichenbestattungsgesetzes Paragraph 7 Absatz 4 – Entfernung von Herzschrittmachern bei Verstorbenen;

Antrag der Abgeordneten Wiedner, Schinnerl, Ing. Schreiner und List, betreffend Hallenbad im Bezirk Leibnitz;

Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Mag. Bleckmann, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Porta, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend Soforthilfe für steirische Rinderbauern;

Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend ein Moratorium bezüglich Förderungen von Kanalprojekten im ländlichen Raum;

Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Einspeisetarife für alternative Energieträger;

Antrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend ein autofreies Landhaus;

Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Empfänge des Landes Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend die Initiative Österreichs zur Schaffung einer „Koalition atomfreier Staaten“;

Antrag der Abgeordneten Riebenbauer, Alfred Prutsch, Ing. Kinsky und Dr. Karisch, betreffend die besondere Förderung von Biomassekleinf Feuerungen;

Antrag der Abgeordneten Riebenbauer, Herrmann, Dr. Lopatka und Dipl.-Ing. Getzinger, betreffend eine Landesausstellung in Hartberg zum Thema „Die Umwelt sind wir“ im Jahr 2001;

Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Beutl, Purr, Pußwald, Schützenhöfer und Tschernko, betreffend Umwidmung der Mittel aus dem Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds;

Antrag der Abgeordneten Majcen, Alfred Prutsch, Dr. Karisch und Bacher, betreffend die Initiative Österreichs zur Schaffung einer „Koalition atomfreier Staaten“;

Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Wicher, Tschernko, Majcen und Dr. Lopatka, betreffend Verbesserung des Datenschutzes in Österreich;

Antrag der Abgeordneten Alfred Prutsch, Tschernko, Ing. Löcker und Straßberger, betreffend den Ausbau der B 69, Südsteirische Grenzstraße;

Antrag der Abgeordneten Purr, Tschernko, Straßberger und Ing. Löcker, betreffend den Ausbau der L 601, Schröttenstraße;

Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend Einrichtung einer Frauenberatungsstelle in der Obersteiermark;

Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend Mehrfachförderungen von Vereinen;

Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend die Umsetzung des Luftgütesanierungsprogrammes Raum Leoben;

Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend Verbesserungen der Situation gehörgeschädigter und gehörloser MitbürgerInnen;

Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend Modifizierung der Geschäftseinteilung im Sinne einer umfassenden Energiepolitik.

Präsident: Ich teile dem Hohen Haus mit, daß nachstehende Anfragen gemäß Paragraph 56 der Geschäftsordnung schriftlich beantwortet wurden:

die Anfrage der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner an Herrn Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel, betreffend Wasserverbrauch im Landhaus und in der Burg;

die Anfrage der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Mag. Bleckmann und Ing. Peinhaupt an Herrn Landesrat Pörtl, betreffend die Errichtung thermischer Verwertungsanlagen;

die Anfrage der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner an Herrn Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel, betreffend Verkehrskonzept Großraum Graz;

die Anfrage der Abgeordneten Mag. Hartinger, Schinnerl, Mag. Bleckmann und Dipl.-Ing. Vesko an Frau Landesrätin Dr. Anna Rieder, betreffend „Pflege-modell“.

Ich teile dem Hohen Haus mit, daß vom Freiheitlichen Landtagsklub Abgeordneter Peter Schinnerl anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura als Klubobmannstellvertreter gewählt wurde.

Ich gehe zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 27 Absatz 3 der Geschäftsordnung über und komme zum Tagesordnungspunkt

3. Wahl eines Ordners.

Gemäß Paragraph 54 Absatz 1 der Geschäftsordnung wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmzettel vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Ich schlage im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, die nunmehr durchzuführende Wahl durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses, die meinem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Von der Freiheitlichen Partei Österreichs wird für die Wahl eines Ordners Abgeordneter Peter Schinnerl vorgeschlagen.

Wer diesem Wahlvorschlag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Gemeinde-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 254/1, Beilage Nr. 33, Landesgesetz über die Ansprüche von öffentlich-rechtlichen Bediensteten, die in einem Dienstverhältnis zu einer Gemeinde oder der Landeshauptstadt Graz stehen, auf Pflegegeld.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karlheinz Vollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Vollmann (10.32 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Es ist notwendig geworden, die Ansprüche von öffentlich-rechtlichen Bediensteten, die in einem Dienstverhältnis zu einer Gemeinde oder der Landeshauptstadt Graz stehen, auf Pflegegeld neu zu ordnen und den Bestimmungen des Bundesgesetzes anzupassen. Die Anpassung erfolgt in folgenden Gesetzen:

a) dem Steiermärkischen Gemeindebedienstetengesetz 1957, LGBl. Nr. 34, in der jeweils geltenden Fassung, b) dem Steiermärkischen Musiklehrergesetz 1991, LGBl. Nr. 69, in der jeweils geltenden Fassung, c) dem Steiermärkischen Dienstrechtsgesetz für Kindergärtner(innen) und Erzieher an Horten 1985,

LGBl. Nr. 77/1985, in der jeweils geltenden Fassung, d) der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl. Nr. 30/1957, in der jeweils geltenden Fassung, e) dem Statut der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130, in der jeweils geltenden Fassung.

Die Angelegenheiten dieses Gesetzes sind solche des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde. Gegen erstinstanzliche Bescheide nach diesem Gesetz, ausgenommen Bescheide nach Paragraph 11 Absatz 6, kann eine Klage beim zuständigen Gerichtshof erster Instanz als Arbeits- und Sozialgericht erhoben werden. Die Klage muß bei sonstigem Verlust der Möglichkeit der gerichtlichen Geltendmachung und des Anspruches innerhalb der unerstrekbaren Frist von drei Monaten ab Zustellung des Bescheides erhoben werden. Wird die Klage rechtzeitig erhoben, tritt der Bescheid im Umfang des Klagebegehrens außer Kraft. Er tritt jedoch wieder in Kraft, wenn die Klage zurückgezogen wird. Die Bestimmungen des Arbeits- und Sozialgerichtsgesetzes sind anzuwenden. Dieses Gesetz tritt mit dem seiner Kundmachung folgenden Monatsersten in Kraft. Gleichzeitig tritt das Gesetz vom 15. Juni 1993 über die Ansprüche von öffentlich-rechtlichen Bediensteten, die in einem Dienstverhältnis zu einer Gemeinde oder der Landeshauptstadt Graz stehen, auf Pflegegeld außer Kraft. Dieser Gesetzesbeschluß ist nicht dem Verfahren nach Paragraph 41 L-VG 1960 zu unterziehen. Namens des Gemeinde-Ausschusses stelle ich den Antrag auf Annahme. (10.35 Uhr.)

Präsident: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile es ihm.

Abg. Schinnerl (10.35 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dieser Tagesordnungspunkt gibt Anlaß, noch einmal über diese ungerechtfertigte und unmenschliche Kürzung des Pflegegeldes bei der Stufe 1 hinzuweisen. Wir wissen noch ganz genau, wie es damals im heurigen Jahr im April beim Budgetlandtag zu dieser Sache gekommen ist. Unsere Frau Soziallandesrat Anna Rieder hat sich in einem Schnellzugtempo bemüht, hier diese Sozialleistungen zu kürzen, diese Sozialleistungen für die hilfsbedürftigen Menschen derart abzuwerten, daß man in der Pflegestufe 1 einfach eine Kürzung von 30 Prozent hinnimmt. Wir wissen noch alle, die Pflegestufe 1 war mit einem Betrag von 2635 Schilling festgesetzt und wurde auf 2000 Schilling gekürzt. Das ist ein Prozentsatz von 30 Prozent.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Frage lautet, warum gerade bei der Stufe 1? Die Stufe 1 ist die einzige Stufe, wo eine Kürzung vorgenommen wurde, wobei in der Stufe 1 aber nur 5 Prozent der Pflegegeldbezieher angesiedelt sind. Ich glaube, daß das keine soziale Ausgewogenheit ist, Frau Landesrat. Ich glaube eher, das ist eine sozialistische Sache. Denn Sie wissen ganz genau, wie auch wir, daß es sich hier um Pflegefälle handelt, die überwiegend im Familienbereich gepflegt werden, und nicht in öffentlichen Institutionen. Frau Landesrat, es stellt sich für mich der Anschein, daß Sie gerade die Familien bewußt benachteiligen. Wir alle sollten sehr, sehr froh sein,

daß so viele Pflegebedürftige in den eigenen vier Wänden beziehungsweise in der eigenen Familie gepflegt werden. Denn das, meine sehr verehrten Damen und Herren, erspart der Öffentlichkeit riesige Beträge. Daher ist es für uns unverständlich, daß gerade die Stufe 1 gekürzt wird. Nachdem wir schon immer dagegen waren und uns dagegen ausgesprochen haben, daß diese Kürzungen stattfinden, so werden wir auch hier diesem Vorschlag nicht unsere Zustimmung geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Sozialbereich habe ich den Eindruck, daß unsere Frau Landesrat nur den Dingen und den Problemen hinterherläuft. Ich würde mir von einer Frau Soziallandesrat erwarten, daß sie Vorgaben macht, daß sie gerade in der jetzigen Situation, wo wir alle genau wissen, wie es im Pflegebereich weitergeht, wie sich die Situation verschlechtern wird, wie man diese Probleme eigentlich rasch zurechtrückt. Solche Ankündigungen, Frau Landesrat, daß im Jahr 2020 und 2030 wir mit einer riesigen Steigerung von Pflegebedürftigen zu rechnen haben, das wissen wir, und da brauchen wir nicht immer Zeitungsberichte darüber. Wir wollen vielmehr von Ihnen wissen, was Sie gedenken, in dieser Angelegenheit zu tun. Wenn ich hier denke, daß die Novellierung des Sozialhilfegesetzes schon fünf Jahre lang ansteht, und wenn ich hier denke, daß Sie, Frau Landesrat, gerade jetzt einen Grund zum Feiern hätten, denn ich weiß nicht, ob Sie genau wissen, daß Sie am vergangenen Samstag, dem 19. Oktober, genau 1000 Tage im Amt waren. Und wenn ich mir Ihre Leistungen anschau, dann kommt es mir vor, Sie sind erst ein halbes Jahr im Amt.

Wenn ich gerade jetzt die Einladung vor mir habe und feststelle, daß morgen eine Parteienverhandlung stattfindet über die wichtige Novellierung des Sozialhilfegesetzes, dann frage ich mich, ob Sie, Frau Landesrat, 16 Monate geschlafen haben. Die letzten Parteienverhandlungen in diesem Bereich haben am 21. Juni 1995 stattgefunden. Sie haben richtig gehört, am 21. Juni 1995, das war Sommerbeginn 1995. Es ist ein Sommer vergangen, ein Herbst vergangen, ein Winter vergangen, ein Frühjahr vergangen und wieder ein Sommer, und jetzt, nach 16 Monaten, haben wir endlich wieder einmal Parteienverhandlungen, wo es auch um die groß angekündigte Installierung der ISGS, um diesen integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel, geht. Ich glaube, Frau Landesrat, Sie haben jetzt wirklich Handlungsbedarf, damit wir im Sozialbereich wirklich etwas weiterbringen.

Es reicht nicht, nur 1000 Tage als Landesrat hier tätig zu sein, dann glaube ich schon, daß Sie in Ihrem Bereich in Zukunft mehr aufweisen müssen als die Dinge, die Sie bis jetzt aufzeigen können. Und wenn ich noch zurückdenke oder hier ein Schreiben vor mir habe, wo die SPÖ am 1. Mai für Gerechtigkeit und Solidarität wirbt, das war genau nach diesem Budgetlandtag im April, wo diese vier Budgetbegleitgesetze im Sozialbereich von ÖVP und SPÖ beschlossen wurden, dann frage ich mich, was versteht die SPÖ, die sozialdemokratische Fraktion, unter Gerechtigkeit und Solidarität? „Wir kämpfen für Gerechtigkeit und Solidarität“ ist plakatiert gewesen.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, welchen Gegner hatte die sozialdemokratische Fraktion gehabt – die Behinderten, die Familien und die sozial Abhängigen. Da ist es, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr leicht, diesen Kampf zu gewinnen, denn hier war die Waffengleichheit von vornherein nicht gegeben. Wenn Sie dann noch dazuschreiben und behaupten, wir kämpfen für Solidarität, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist keine Sozialpolitik, wie wir Steirerinnen und Steirer uns das vorstellen. Daher, geschätzte Frau Landesrat, darf ich Sie ersuchen, daß Sie für die hilfsbedürftigen Steirerinnen und Steirer ab sofort tätig werden und daß Sie Vorgaben machen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 10.42 Uhr.)

Präsident: Ich erteile das Wort der Frau Landesrätin Dr. Rieder.

Landesrätin Dr. Rieder (10.42 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Abgeordneter Schinnerl, ich muß zu Ihrer Wortmeldung etwas sagen. Sie lesen zwar einiges, aber offenbar nicht genug, sonst wüßten Sie nämlich, daß auf Grund des Artikel-15a-Vertrages unter Pflegegeldgesetze das Land Steiermark sowie auch alle anderen Bundesländer an die Vorgaben des Bundes im Pflegegeldbereich gebunden sind und wir das hier nur umzusetzen haben. Ihre Feststellung, wonach Sie mir einen Handlungsbedarf oder -verzug vorwerfen, ist daher völlig unrichtig. Und damit möchte ich es bewenden lassen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 10.43 Uhr.)

Präsident: Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Keshmiri (10.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Wie Herr Kollege Schinnerl schon erwähnt hat, hatten wir im April schon eine hitzige Debatte bezüglich Pflegegeld, bezüglich Behindertengesetz und bezüglich Sozialgesetz. Jetzt werden wir leider wieder mit dem gleichen Thema konfrontiert, und wir werden diesem Gesetz wieder nicht zustimmen, weil es eben wieder eine Reduktion des Pflegegeldes beinhaltet. Gerade die Pflegenden müssen massive Einschränkungen in ihrer Lebensqualität in Kauf nehmen und werden dann noch zusätzlich mit Belastungen konfrontiert, die für die Pflegenden überhaupt nicht tragbar sind. Das kann wirklich meiner Meinung nach in keinem Falle eine ausgewogene Sozialpolitik sein.

Wie Frau Landesrätin Rieder vorher schon erwähnt hat, ist die Landesregierung verpflichtet, mehr oder weniger die Bundesgesetze umzusetzen, und deswegen ist auch die schwere Belastung durch die Bundesregierung in Sachen Budgetpolitik nicht tragbar. Es gäbe genügend Einsparungspotential, wenn ich zum Beispiel an die Transferleistungen denke, wo wir jetzt ja schon soweit sind, zumindest einmal darüber zu sprechen. Was im Sozialbereich notwendig ist, sind strukturelle Verbesserungen, sind

neue Rahmenbedingungen. Österreich gehört nach wie vor zu den zehn reichsten Ländern der Erde und zu den drei reichsten Ländern in Europa. Damit wir den Standard halten können, müssen wir natürlich sparen. Aber das Sparen sollte nicht auf Kosten der sozial Schwachen und der Benachteiligten geschehen. Was wir brauchen, das sind eben neue Rahmenbedingungen. Das heißt Verwaltungsreform, das heißt Spitalskostensenkung, das heißt eben die Transferleistungen, die ich angesprochen habe, das heißt Pensionsreform. Wenn die Staatsschulden weiterhin so steigen werden, dann verlieren wir auf den internationalen Kreditmärkten die Kreditwürdigkeit. Dies hätte nicht nur die Abwertung des Schillings zur Folge, sondern auch die Erhöhung der Kreditzinsen. Das heißt, zusätzlich jährlich 13 Milliarden Schilling Schulden. Und was das im Endeffekt auch bedeuten würde, das heißt, die Unternehmungen könnten weniger Kredite aufnehmen, und wir wären zusätzlich mit einer größeren Arbeitslosigkeit konfrontiert. Damit möchte ich jetzt den Kreis wieder schließen.

Ich bin wieder bei den sozial Schwachen, dieses Mal bei den Arbeitslosen. Ich möchte noch einmal auf das Bundespflegegesetz zurückkommen, das ist ja 1993 in Kraft getreten. Es wurde sozusagen der Hilflosenzuschuß umgewandelt in ein Bürgerrecht. Zur Zeit gibt es 234.000 Pflegegeldbezieher, 70 Prozent davon sind Frauen. Es besteht ein Rechtsanspruch auf Pflegegeld nur bis zur Stufe 2. Eine höhere Einstufung ist zur Zeit noch nicht einklagbar. Daher ist ein Rechtsanspruch auf Einstufung raschest zu verwirklichen, eben im Sinne einer ausgewogenen Sozialpolitik. Danke! (Beifall beim LIF, bei den Grünen und der FPÖ. – 10.47 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und erteile wiederum der Frau Landesrätin Dr. Anna Rieder das Wort.

Landesrätin Dr. Rieder (10.47 Uhr): Meine Damen und Herren!

Frau Abgeordnete Keshmiri, auch die letzte Novelle zum Pflegegeldgesetz, wo vorverlegt wurde die Einklagbarkeit, ist Ihnen noch nicht bekannt. Es sind sehr wohl die Stufen einklagbar. (10.47 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (10.48 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Verzeihen Sie mir, Herr Präsident, daß ich aus Anlaß meiner Wortmeldung nur einen Umstand hier erwähne, der mir Sorge bereitet. Frau Landeshauptfrau, ich habe mit Interesse gelesen, daß für heute ein Spitalsgipfel zur Frage, die im Bund jetzt beschlossen worden ist, zu dieser Gesundheitsreform, Krankenanstaltenreform und zur Rufbereitschaft fixiert wurde. Ich begrüße an sich diese Aktivität, und ich bin ein glühender Anhänger von Runden Tischen, wo anstehende Probleme diskutiert werden. Wir sind immer jene gewesen, die die Auffassung vertreten haben, daß man Probleme, die anstehen, wie die Frage der Rufbereitschaft des Ärztedienstes, wo es um die

Gesundheit der Menschen geht, sofort angegangen und diskutiert werden. Trotzdem hätte ich mich gefreut, wenn dieser Termin so anberaumt worden wäre, daß nicht bei uns Abgeordneten der Eindruck entsteht, daß dieser Spitalsgipfel an einem Tag stattfindet, wo der Landtag tagt. Offensichtlich ist es so, daß jener Tag, wo der Landtag tagt, der ist, wo Termine am ehesten verfügbar sind, wo man den Eindruck gewinnt, da spielt es keine Rolle, wenn ein solcher Spitalsgipfel stattfinden kann.

Ich will das nicht so zum Ausdruck bringen, daß ich empört bin. Ich wollte das nur als Anmerkung sagen, wobei ich grundsätzlich diese Tatsache, daß Sie Ihre Spitalsgipfel einberufen, als sinnvoll erachte. Aber ich frage mich, und ich frage Sie, ob dieser Spitalsgipfel ausgerechnet am Vormittag einer Landtagssitzung sein muß, wo wir ohnedies nur einmal im Monat tagen. Meiner Meinung nach viel zu selten, und meiner Meinung nach sehr oft mit Tagesordnungspunkten, wo wir selber den Eindruck gewinnen, daß wir über Dinge reden, die nicht die Menschen in der Steiermark bewegen, sondern daß es meistens formale Beschlüsse oder Nachvollzieher sind. Daher frage ich Sie, ob es notwendig war, wobei ich nochmals dazufügen möchte, ohne daß ich da jetzt bei Ihnen Sympathien ernten möchte, warum, ich froh bin, daß dieser Spitalsgipfel stattfindet. Aber wir Abgeordnete, falls jemals daran gedacht war, daß jemand von uns – ich bin von einer kleinen Fraktion, wir sind an sich ohnedies sehr selten nur Statisten, aber wo wir nicht die Gelegenheit haben, teilzunehmen. Aber vielleicht ist gar nicht daran gedacht. Aber es kommt vielleicht einmal der Tag, wo auch ein solcher Spitalsgipfel ohne uns nicht stattfinden kann.

Die Freiheitlichen haben hier schon mächtig zugelegt, daß an ihnen kaum mehr etwas vorbei passiert. Das Lächeln spricht Bände nach diesem vergangenen Sonntag. Aber ich darf nur meine Anerkennung ausdrücken. Aber das Lächeln ist deshalb so groß bei euch, weil ihr genau wißt, daß zu 90 Prozent der Erfolg auf Jörg Haider und auch andere Entwicklungen zurückzuführen ist, was eure Fähigkeit und eure Leistungen nicht schmälern soll. (Abg. Mag. Bleckmann: „Danke!“) Das soll aber kein Annäherungsversuch sein. Obwohl ich vor kurzem mit der Kollegin Dietrich auf einer Dienstreise war und wir sehr interessante Tage, ich will nicht sagen gemeinsam, verlebt haben. (Heiterkeit bei der FPÖ. – Landesrat Pörtl: „Martin, unter meiner Aufsicht!“) Unter der Aufsicht des Landesrates Pörtl, was ich hier sagen möchte. Es sollte auch etwas Humor am Vormittag hereinkommen, daß man von manchmal sehr ernsten Dingen wegstammt.

Zu dieser Novelle eine Anmerkung, wir haben schon bei der letzten Diskussion erklärt, warum wir dieser Beschlußfassung nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, daß die Reduzierung der Stufe 1 des Pflegegeldes sozial unverträglich und sozial unausgewogen ist und wir daher diese Novelle ablehnen. Das Zweite ist, daß nach dem zweiten Tag Krankenhausaufenthalt hier das Pflegegeld gekürzt wird, was wir auch für sozial belastend halten, weil Belastungen für den Betroffenen weiterlaufen, auch wenn er im Krankenhaus ist.

Ein Drittes, was mich besonders erschüttert, daß die Bestimmungen des Volksrechtegesetzes automatisch in letzter Zeit wiederholt einfach ausgeschlossen werden, also nicht ausgeklammert werden, was eine Mißachtung unserer eigenen Position anlangt.

Ein Letztes, ohne mich zu verbreitern, aber weil Kollege Schinnerl zur Frage der sozialen Ausgewogenheit gesprochen hat: Mir ist bewußt, daß das Pflegegeldgesetz damals ein Meilenstein gewesen ist im Vergleich zum alten Hilflosenzuschuß, der noch in der Form gewährt worden ist, daß jene, die mehr Pension haben, einen höheren Hilflosenzuschuß bekommen haben als jene, die eine geringere Pension haben. Das muß man sich vorstellen, denn wenn man das überlegt, weiß man, welche Fortschritte erzielt worden sind im Sozialbereich. Da hat es zwei Stufen gegeben, und der höhere Hilflosenzuschuß ist für jene vorgesehen gewesen, die mehr Geld gehabt haben, und der geringere für die Ärmeren, als ob die Bedürftigkeit nicht davon abhängig ist, in welchem Zustand sich der Mensch befindet. Das war sicher ein historischer Meilenstein. Umso bedauerlicher ist es, daß nunmehr ein Jahrhundertgesetz in seinen positiven Auswirkungen wieder zum Teil zurückgenommen wird, obwohl uns bewußt ist, und ich glaube, das ist auch der Landesrätin Rieder bewußt, daß die ausschließliche Zuweisung im Geld sicherlich Probleme mit sich zieht, daß hier immer Diskussionen im Gange waren, wie man dafür sorgt, daß die Betroffenen die optimale Betreuung erfahren. Es gibt sicherlich in Familien Fälle, wo trotz einer entsprechenden Zuweisung des Pflegegeldes nicht ausreichende Pflege erfolgt. Also hier sollte man keinen Stillstand zur Kenntnis nehmen, sondern weiter darüber nachdenken, ob es doch Modelle gibt.

Ein Zweites, Kollege Schinnerl, was die soziale Ausgewogenheit betrifft, und das möchte ich vor allem hier an die Sozialdemokraten sagen: Wir leben im drittreichsten Land Europas, der Kuchen ist sozusagen sehr groß. Nur wird der Kuchen immer ungerechter verteilt. Ich weiß das aus vielen Gesprächen auch mit euch, daß man in echter Sorge sein müßte, wenn man überlegt, daß in Österreich bereits 700.000 bis eine Million Menschen an der Armutsgrenze leben, vor allem Menschen in größeren, kinderreichen Familien, und daß auf der anderen Seite die Sparguthaben und die Einkommensstrukturen nach oben hin zum Teil explodiert sind. Solange wir diese Entwicklung nicht in den Griff bekommen, ich sage nur, nachdem es aktuell ist, wie ich gelesen habe, daß in Innsbruck ein Primararzt brutto an Sondergebühren im Jahr 22 Millionen Schilling überwiesen bekommt für seine Arbeit, 22 Millionen Schilling an Sondergebühren für seine Tätigkeit, und mag sie noch so verantwortungsbewußt sein, mag sie noch so hilfreich sein, mag sie noch so engagiert sein, 22 Millionen Schilling. Wenn man überlegt, wie vielen bedürftigen Frauen, die keinen eigenen Beruf erlernt haben, die heute nach einer Scheidung vor dem Nichts stehen, oder wie viele Menschen die Nothandhilfe beziehen, die nicht wissen, wie sie am nächsten Tag ihre Situation bewältigen können, wenn man das gegenüberstellt, dann stellt man fest, daß in Österreich manches aus den Ufern getreten ist, manches aus dem Ruder geraten ist.

Ich würde wirklich appellieren, vor allem auch an die Sozialdemokratie, vielleicht trägt der Sonntag dazu bei, daß man nicht nur davon spricht, daß man eine soziale Kompetenz gehabt hat, daß man für soziale Gerechtigkeit eintritt, weil solange solche Unterschiede bestehen, auch im Pensionssystem, wir sind ja nicht bereit gewesen bisher als Gesamtverantwortliche, daß man das Pensionssystem einmal in Angriff nimmt, daß man eine Mindestabsicherung, vor allem für Hausfrauen, garantiert, die, wie ich schon gesagt habe, nach einer Scheidung vor dem Nichts stehen, obwohl sie für diesen Generationenvertrag einen wertvollen Beitrag geleistet haben, weil das ist paradox, daß jene Frauen und Mütter, die Kinder erziehen, und wenn das eine größere Zahl ist, oft dazu gezwungen sind, zu Hause zu bleiben, die fallen dann durch den Rost. Die können mit 50 anfangen, eine Arbeit zu suchen, damit sie überhaupt wissen, wie sie in der Pension leben können, und andere, die zu diesem Generationsvertrag nichts beigetragen haben, die können dann auf Grund der Sozialstrukturen aus dem Vollen schöpfen.

Das kann doch nicht jene Entwicklung sein, die wir gerecht nennen. Daher würde ich ersuchen, daß man diese Sozialdebatte nicht auf Randprobleme reduziert, sondern daß man tatsächlich einmal die Probleme an der Wurzel anpackt und daß man hier soziale Gerechtigkeit wirklich in allen Lebensbereichen zu verwirklichen versucht, auch bei den Bauern. Ich muß das auch sagen, weil der Kollege Tasch da sitzt. Es ist doch unwürdig, mit welchen Pensionen Bauern zu rechnen haben, wo viele sagen, bei der Pension gibt es für mich kein menschenwürdiges Dasein, wenn nicht dann die Kinder oder die Enkelkinder, die den Hof übernommen haben, zur Seite stehen. Genauso ist es bei den kleinen Gewerbetreibenden: Es ist doch tatsächlich so, daß heute 40 Jahre lang gearbeitet wird. 40 Jahre ein fiktives Ausgedinge bei den Bauern, das angerechnet wird, und ein paar Obstbäume, die überhaupt nichts tragen, werden dann als Ertrag angerechnet.

Ich komme zurück zu den Gewerbetreibenden, wo 40, 50 Jahre gearbeitet wird, wo nie ein Gewinn erzielt worden ist oder nur ein bescheidener, und dann müssen die mit 4000, 5000 Schilling leben, und dann bekommen sie gar keine Ausgleichszulage, weil ein kleines Ausgedinge bezahlt wird oder weil ein Haus da ist oder was auch immer. Das sind doch menschenunwürdige Zustände, die einem sozialen oder reichen Land wie Österreich unwürdig sind. Danke schön. (Beifall bei der FPÖ. – 10.59 Uhr.)

Präsident: Frau Landeshauptmann hat sich zu Wort gemeldet.

Landeshauptmann Klasnic (10.59 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich verstehe die Aussage des Kollegen Wabl voll und ganz, weil es gibt niemanden in diesem Hohen Haus, keine Abgeordnete und keinen Abgeordneten, den das Thema nicht bewegt und der nicht gerne auch dazu Stellung nehmen würde. Warum ist es dazu gekommen, und warum die Uhrzeit jetzt und heute?

Ich wünsche mir als Landeshauptmann dieses Landes eine Aussage der Steiermark, daß wir in einer gemeinsamen Sprache sprechen, weil wir das den Menschen und damit auch den Patienten dieses Landes schuldig sind, damit sie wissen, woran sie sind. Die Verhandlungen haben vorige Woche in Wien stattgefunden. Der Gesundheitsreferent ist dort anwesend gewesen, und morgen soll diese Entscheidung im Ministerrat sein. Das heißt, morgen ist die Entscheidung im Ministerrat, und bevor diese Entscheidung getroffen wird, möchte ich auch die Meinung der Steiermark wissen und weitergeben können. Das heißt, ich habe die Vertreter der KAGES, die Vertreter der privaten Krankenhausträger, die betroffen sind, Ärztekammer und die betroffenen Landesregierungsmitglieder eingeladen, daß wir uns an einen Tisch setzen und daß wir vor allem den Menschen sagen können, woran sie sind in diesem Land, weil Sicherheit und Gesundheit ist Verantwortlichkeit, und diese Antwort sind wir ihnen schuldig. Aus diesem Grund ist das so kurzfristig geschehen und heute und in dieser Stunde nebenan im Rittersaal. (Beifall bei der ÖVP. – 11.00 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Dr. Brünner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (11.00 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich nicht mit den inhaltlichen Aspekten des Gesetzesentwurfes und des Pflegegeldes beschäftigen, denn das haben meine Kollegin Keshmiri und meine Vorredner schon getan.

Ich möchte den Artikel 4 des Gesetzesentwurfes aufs Korn nehmen. Dieser Artikel 4 schließt in diesem Fall den Paragraph 41 der Landesverfassung aus. Paragraph 41 der Landesverfassung sieht vor, daß jeder Gesetzesbeschluß, des Landtages binnen drei Monaten einer Volksabstimmung unterzogen werden kann, wenn 85.000 Steirerinnen und Steirer diese Volksabstimmung, betreffend den Gesetzesbeschluß, begehren. Dieser Artikel 4, dieser Ausschluß des Paragraphen 41 der Landesverfassung, ist eklatant verfassungswidrig. Es wird mir immer wieder eingewendet, wenn ich solche Hypothesen hier vortrage, daß es bei unterschiedlichen Juristen unterschiedliche Interpretationsauffassungen gibt. In diesem Punkt sind die Verfassungsjuristen einer Meinung, daß der Ausschluß des Paragraphen 41 der Landesverfassung eklatant verfassungswidrig ist. Ich lese Ihnen eine diesbezügliche Passage meines Kollegen Dietmar Pauer vor, er ist Professor am Institut für öffentliches Recht der Universität Graz, die er vor einiger Zeit kundgetan hat. Ich zitiere:

„Die Praxis ist verfassungswidrig, weil auch für die Ausschaltung der Volksabstimmung die Dreimonatsfrist zu beachten ist.

Daß sie mit der in der Verfassung vorgesehenen Dringlicherklärung nur den Namen gemeinsam hat, ist sicher kein Zufall. Die Methode der bewußten Begriffsverdrehung ist ja nur allzu bekannt. In Wahrheit ist es glatter Verfassungsbruch“, so Dietmar Pauer. Die Dringlicherklärung ist auch zu sehen vor dem Hintergrund des Artikels 98 Absatz 2 der Bundes-

verfassung, wonach ohnehin jeder Gesetzesbeschluß des Landtages der Bundesregierung zur Stellungnahme vorzulegen ist, und diese hat acht Wochen Zeit, um zum Gesetzesentwurf Stellung zu beziehen. Das heißt, es geht im Grunde genommen um einen Monat. Ein Monat rechtfertigt* – so die Gesetzesentwurfverfasser – den Bruch der Landesverfassung, den Ausschluß der Volksabstimmung. Ich wage die Behauptung, daß auch die Bundesregierung über den Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes den Ausschluß des Paragraphen 41 nicht nur in diesem Fall, sondern in vorhergehenden Fällen in ihren Stellungnahmen als verfassungswidrig erklärt hat.

Ich habe im Ausschuß Herrn Kollegen Vollmann als Obmann des Gemeinde-Ausschusses gebeten, eine diesbezügliche Frage an anwesende Beamtinnen und Beamten des steirischen Verfassungsdienstes zu stellen. Herr Kollege Vollmann hat es nicht der Mühe wert gefunden, mich aufzuklären zu lassen, ob nicht auch der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes den Ausschluß des Paragraphen 41 der Landesverfassung und damit der Möglichkeit, mit einer Volksabstimmung einen Gesetzesbeschluß abzulehnen, für verfassungswidrig hält. Das heißt also, meine Damen und Herren, im Gemeinde-Ausschuß und wahrscheinlich auch hier im Plenum wird sehenden Auges Beschluß gefaßt über eine Bestimmung, nämlich den Artikel 4 des Gesetzesentwurfes, der eindeutig verfassungswidrig ist. Ich halte eine solche Praxis für eine Unkultur. Sie höhlt die Bedeutung, die normative Kraft einer Verfassung, aus, wenn einfach ohne Debatte im Ausschuß und wohl auch ohne großes Aufmurren hier im Plenum sehenden Auges eine verfassungswidrige Bestimmung beschlossen wird. Nochmals, ich werde auch aus diesem Grunde gegen den Gesetzesentwurf stimmen. (Beifall bei den Grünen. – 11.05 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Barbara Gross das Wort. Bevor sie dieses ergreift, begrüße ich im Zuschauerraum die Schülerinnen der Hauptschule der Ursulinen in Graz unter der Leitung der Frau Fachlehrerin Rosemarie Kollar und der Frau Fachlehrerin Viktoria Schiffer sowie den Herrn Bürgermeister der Marktgemeinde Grimmenstein in Niederösterreich, Herrn Bezirksschulinspektor Hermann Bernsteiner, mit den Mitarbeitern seiner Gemeinde. Herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall.)

Abg. Gross (11.06 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich nehme ja an, daß über den 13. Oktober heute noch in diesem Hause gesprochen wird. Herr Abgeordneter Schinnerl hat es ja schon in seiner sehr persönlichen Weise getan, und Herr Kollege Wabl hat es erwähnt. Dieser Tag hat uns neben vielem anderem auch eines gezeigt, die Menschen akzeptieren das lineare Sparen nicht. Ich habe aber kein Verständnis dafür, daß jetzt viele daherkommen und nach einem Aufschnüren des Sparpaketes schreien. Dafür bin ich keinesfalls. Diese Maßnahmen sind notwendig. Warum, sie wurden von unserer Seite schon x-mal in diesem Haus, vor allem beim Beschluß des Budgets, vertreten.

Ich habe nachgelesen, was ich zum Kapitel 4 „Soziales“ gesagt habe. Dazu stehe ich auch heute noch. Aber wir müssen uns über Korrekturen des Sparpaketes Gedanken machen. Die Maßnahmen, die im Bereich „Soziales“ getroffen wurden, reichen. Noch mehr Einsparungen in diesem Bereich werden die Menschen nicht verstehen. Die Probleme, die das Sparpaket mit sich gebracht hat, spüren auch jene am stärksten, die sich sozial schwacher und hilfsbedürftiger Menschen annehmen. Unsere Dienstleistungen am Menschen müssen in Zukunft am Interesse der Menschen, für die wir verantwortlich sind, qualitativ noch besser werden. Wir haben am 23. Oktober die ersten Parteienverhandlungen, um die Novellierung des Sozialhilfegesetzes neu zu verhandeln.

Zum Kollegen Schinnerl möchte ich sagen, es gibt auch andere Parteienverhandlungen, die dauern noch länger. Neben der Frage der Organisation der Sozialhilfeverbände und anderer wichtiger Veränderungen werden wir auch über die besondere Bedeutung der erforderlichen Installierung der integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel diskutieren.

Mit 1. Jänner 1997 soll auch ein leistungsorientiertes Finanzierungssystem zur Reform der Spitalsfinanzierung realisiert werden. Uns muß klar sein, daß der nun einzuschlagende Weg ohne ein Schnittstellendenken nicht zu realisieren ist. Der einzuschlagende Weg – und das zeigen Untersuchungen auf – wird an einem Abbau von Spitalsbetten zugunsten der Betreuung und Pflege zu Hause nicht vorbei können.

Die Schnittstelle Spital oder stationäre Einrichtungen in Verbindung mit mobile Diensten, Hauskrankenpflege und auch Heimhilfe mitzudenken, sollte so ausschauen: Ein möglicher Abbau von Krankbetten muß systematisiert und abgestimmt auf die regionalen Gegebenheiten und den daraus resultierenden Bedarf an kostengünstigeren mobilen Diensten vor sich gehen. Dafür müssen wir aber Mittel bereitstellen oder umschichten. Aber auch diese Mittel sollen einer Leistungsstundenorientierung als Steuerungsmaßnahme unterliegen. Dazu bedarf es aber – und da stimme ich mit dem Kollegen Lopatka, der das diese Woche über die Zeitung gespielt hat, überein – einer vertraglichen Situation der anerkannten Trägervereine mit dem Land Steiermark und vorgegebene arbeits- und sozialrechtliche Regulative für alle Dienste der Trägervereine. Ich habe das hier im Landtag bereits vor einem halben Jahr deponiert. Mit einer Vorgabe an Leistungsbeziehungsweise Betreuungsstunden können die Trägervereine wie bisher äußerst kostengünstig in einer engen Zusammenarbeit ihre Betreuungsleistungen koordinieren und auch erbringen. Für den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen dem Anstaltspflegebereich und dem mobilen sowie familiären Pflegebereich muß ebenso Geld zur Verfügung gestellt werden, wenn die enorm hohe Anzahl der Krankenhausaufenthalte der Steirer zurückgeschraubt werden soll. Auch für die Unterstützung von pflegenden Angehörigen müssen finanzielle Mittel umgeschichtet werden. Dies bedeutet vor allem Bereitstellung von Bildungsangeboten, Bezahlung von mobilem Personal für Aufklärung und für die Beratung auch von pflegenden Angehörigen. Installierung von

ausreichenden Kurzzeitpflegeeinrichtungen und dadurch garantierte Entlastung für die pflegenden Angehörigen, wobei ich aus den Mitteln des Pflegegeldes auch erwarte, daß die Selbstversicherung pflegender Angehöriger in den höheren Pflegestufen kein Tabu mehr sein darf. Sparmaßnahmen dürfen das Prinzip der sozialen Symmetrie nicht verletzen. Die stärkeren Schultern müssen stärkere Lasten beziehungsweise Einsparungen tragen. Eine soziale Staffelform muß in allen Bereichen überdacht und eingefordert werden. Das ist gerechtfertigt, weil besser situierte Haushalte von allen Staatsleistungen in der Regel gleich partizipieren. Der Bekämpfung von Ursachen sozialer Probleme kommt absolute Priorität zu.

Zur konkreten Vorlage halte ich aber doch fest, daß dies nur die gesetzliche Umsetzung jener Grundsätze für die Magistratsbediensteten beziehungsweise in der Vorlage angeführten Personengruppe ist, die für die anderen Bevölkerungsgruppen durch das Bundespflegegeld und das Steiermärkische Pflegegeldgesetz bereits beschlossen wurden, wie auch Frau Landesrätin Rieder bereits festgestellt hat. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 11.11 Uhr.)

Präsident: Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Annemarie Wicher zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Wicher (11.12 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich will die kostbare Zeit des Landtages wirklich nicht lange in Anspruch nehmen.

Es zwingt mich dazu, nur einige Sätze zu sagen. Es haben meine Vorrednerinnen und meine Vorredner schon sehr viel über das Pflegegeldgesetz gesagt, nur glaube ich, daß das heute nicht Anlaß des Tagesordnungspunktes ist. Ich möchte sagen, daß die Änderungen des Pflegegeldgesetzes, vor allem in der Stufe 1, schon eine große Einbuße für viele Menschen herbeigeführt hat. Ich möchte bei der Gelegenheit auch meinen Kollegen Wabl verbessern, und zwar insofern, daß das Pflegegeld nach zwei Tagen Aufenthalt in einem Krankenhaus eingestellt wird, und nicht, wie er gemeint hat, gekürzt wird. Das ist wichtig zu bemerken, weil das bringt große Schwierigkeiten mit sich, vor allem bei Menschen, die für ihre persönliche Pflege Pflegepersonal anstellen und es dann ganz problematisch wird, die Pflegepersonen weiter zu bezahlen. Das war das.

Ich möchte auch noch zur Frau Kollegin Gross Bezug nehmen beziehungsweise auch zum Herrn Abgeordneten Wabl, weil er, wie ich das seinen Worten entnommen habe, die Barauszahlung des Pflegegeldes in irgendeiner Weise in Frage gestellt hat. Es war einfach bei der Einführung des Pflegegeldes die Philosophie, daß man es behinderten und pflegebedürftigen Menschen selbst überlassen soll, wie sie sich ihre Betreuung und Pflege organisieren. Darum ist es gegangen. Es waren alle Behindertenorganisationen und auch die behinderten Menschen dafür, das Pflegegeld an die bezugsberechtigten Personen auszubezahlen, damit es jedem einzelnen überlassen bleibt, wie er seine Pflege und Betreuung organisieren will, ob er im Familienkreis betreut

werden möchte oder, was ja oft in Zweifel gezogen wird, vielleicht in einer öffentlichen Einrichtung. Da möchte ich zur Vorsicht mahnen, weil man damit die Idee des Pflegegeldes und den verantwortungsbewußten Umgang mit dem Pflegegeld in Frage stellt. Das wäre etwas, wo ich bitten möchte, das sehr zu überlegen.

Die Selbstversicherung von pflegenden Personen ist natürlich etwas, was auch als Idee im Pflegegeldgesetz enthalten ist. Nur fürchte ich, daß einfach die Beträge, die dafür notwendig wären, zu hoch sind. Vielleicht könnte man da eine Lösung finden, daß es für Pflegepersonen, die privat Pflege an eigenen Angehörigen durchführen, eine eigene Regelung gibt. Das ist einfach ein Gedanke, der mir gerade eben gekommen ist. Mag sein, daß man sich da etwas überlegen könnte.

Worauf ich jetzt noch hinaus möchte, und das war eigentlich der Grund, warum ich mich zu Wort gemeldet habe, ist, es ist schlimm, daß es die Kürzungen im Pflegegeldbereich gibt. Es ist auch sehr schlimm für alle Betroffenen, daß es die Änderungen im Behindertengesetz gegeben hat. Nur ist das heute eigentlich nicht unser Thema. Es geht darum, daß nicht eine soziale Ungerechtigkeit vielleicht doppelt ungerecht werden könnte, indem eine bestimmte Personengruppe von diesen Kürzungen ausgenommen ist. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 11.17 Uhr.)

Präsident: Als nächste Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag. Zitz das Wort.

Abg. Mag. Zitz (11.17 Uhr): Ich möchte zu diesem Stück auch deswegen reden, weil meine Vorredner und Vorrednerinnen darauf hingewiesen haben, daß man die Aktivitäten, die von Landesseite im Pflegegeld-, im Sozialhilfe- und im Behindertenbereich gesetzt wurden, einfach nicht voneinander trennen kann. Ich möchte auch auf die Kollegin Gross reagieren, die darauf hingewiesen hat, daß morgen die Verhandlungen zum Sozialhilfegesetz, zu einer großen Novelle des Sozialhilfegesetzes, beginnen. Es dürfte bekannt sein, daß das Sozialhilfegesetz in den letzten 20 Jahren ein einziges Mal novelliert wurde, nämlich in diesem Budgetlandtag, wo man ganz klar das Gesetz in die Richtung ausgerichtet hat, daß soziale Randgruppen weiter ausgegrenzt werden. Es ist inzwischen Tradition, in allen Stücken, die aus der Sozialabteilung und von der Sozialreferentin kommen, daß man dort spart, wo man sich traut, nämlich bei den sozial Schwachen.

Die Steiermark hat eine Arbeitslosigkeit von 8,2 Prozent, die Steiermark hat eine Teilzeitbeschäftigung von 35.000 Personen, und die Steiermark hat im Österreichvergleich einen überproportional hohen Anteil an Personen in irregulären Arbeitsverhältnissen. Stichwort Werkvertragsregelungen: Diese Art einer sozial schädigenden Beschäftigungspolitik, gekoppelt mit einer großen Wohnraumnot, führt dazu, daß man Hilfsgesetze, wie das Sozialhilfegesetz, jetzt endlich nach 20 Jahren neuen sozialen Mindeststandards in der Steiermark anpassen mußte. Wir gehen davon aus, daß die Diskussion auf Bundesebene, die derzeit geführt wird, um eine Neustruktur

im Bereich der Arbeitslosenversicherung und um eine Neustruktur im Bereich der Notstandshilfe, genauso bei diesen Diskussionen in der Steiermark Platz haben muß. Wie ist es möglich, daß sich hier die Vertreter aller Fraktionen unterschiedlich kritisch gegenüber dem Sparbudget äußern und gleichzeitig die Vertretungen genau dieser Fraktionen auf Bundesebene die Notstandshilfe nur mehr befristen möchten? Sie wissen, wie es derzeit mit Frauen aussieht, die wiederholt Ansprüche auf Notstandshilfe an das AMS herantragen. Die Frauen werden stark entmutigt, das zu machen. Ihnen wird ein Stück Sozialstaat entzogen. Im Bereich der Arbeitslosenversicherung schaut es so aus, daß ein Kollege von uns in Wien, Karl Öllinger, tatsächlich von einem „Katalog der Grausamkeiten“ spricht, weil diese Neustrukturierung der Notstandshilfe und des Arbeitslosengeldes so aussieht, daß die Leute noch mehr gezwungen sind, „verfügbar“ zu sein und auch nicht annehmbare Arbeitsangebote anzunehmen. Das trifft speziell Frauen, die man auch dazu zwingen will, sich dann nicht zu bewerben, wenn man sagt, das sind Personen, die ihren Angehörigen Betreuungsleistungen anbieten müssen. Und da wünsche ich mir genau das gleiche Engagement von ÖVP und SPÖ, wie es jetzt bei diesen Stücken teilweise angeklungen ist, nämlich, daß man auf den Bund einwirkt, daß diese Reduktionen nicht durchgeführt werden.

In dem Zusammenhang möchte ich ganz kurz unsere Positionen für die morgen beginnenden Verhandlungen zum Sozialhilfegesetz darlegen. Die Leute, die morgen mit uns zusammen in die Verhandlungen gehen werden, gehen absolut unvorbereitet hin, weil das Sozialhilfegesetz in der Form, wie es in der letzten Periode erarbeitet wurde, einfach nicht mehr gültig ist. Das heißt, wir starten die Parteienverhandlungen ohne einen Sozialbericht, denn der ist vor einigen Jahren abgeschafft worden, wir starten die Verhandlungen ohne irgendeine Regierungsvorlage, die uns auch zur Kenntnis bringt, wie die SPÖ den Sozialhilfebereich gegliedert haben möchte, und wir starten die Diskussionen um das Sozialhilfegesetz mit dem Wissen, daß die letzte Novelle zum Sozialhilfegesetz erst am 1. Jänner 1997 in Kraft treten wird. Und die Novellierungsfreudigkeit im Sozialbereich in letzter Zeit hat uns schon genug Scherereien gemacht und hat die Situation für sozial Schwache in der Steiermark eigentlich immer unerträglicher gemacht.

Völlig ungeklärt ist auch, wie man das Betreuungsangebot im Sozialbereich gestalten möchte, daß es nicht zu Hospitalisierungen kommt. Das sind große Gefahren, die durch die letzten Novellierungen gerade im Behinderten- und Pflegegeldbereich stark vorangetrieben werden. Man muß sich da nur in den Gemeinden erkundigen. Es ist für die Gemeinden teilweise kostengünstiger, Leute in „geschlossene Einrichtungen“ zu geben, als weiterhin mobile Angebote zu machen.

Und ein zweiter Bereich, der besonders negativ auffällt: Ich gehe davon aus, daß soziale Angebote in der Steiermark so gemacht werden müssen, daß die Leute, die sie in Anspruch nehmen, das möglichst anonym machen können. Und das ist nicht möglich, wenn man die Angebote so weit auf die Gemeindeebene runterbringt, daß sich Leute schämen, bestimmte Be-

treuungsangebote anzunehmen. Ich denke zum Beispiel gerade an Hauterkrankungen oder an andere Erkrankungen, die einfach von den Betroffenen als etwas wahrgenommen werden, wo man nicht möchte, daß die Gemeindeverwaltung davon weiß. Und diese Schwierigkeiten sind derzeit in der Steiermark dadurch gegeben, daß man die Menschen zwingt, in die Gemeinde zu gehen und dort klarzulegen, daß man zum Beispiel für einen Sohn eine Betreuung braucht, und der Gemeindegassier weiß dann ganz genau auf Grund des Tagsatzes der Betreuungseinrichtung, diese Person kostet der Gemeinde im Monat zum Beispiel 50.000 Schilling. Ich glaube, das ist absolut unzumutbar und bringt in der Steiermark noch mehr versteckte oder verschämte Armut zustande, als wir ohnehin bereits haben.

Ein Bereich noch bezogen auf Ausländer und Ausländerinnen. Ich bin sicher, daß es eine heiße Diskussion geben wird, weil wir davon ausgehen, daß im Sozialhilfegesetz auch festgelegt werden muß, daß Ausländer und Ausländerinnen die Möglichkeit haben sollen, Sozialhilfeleistungen in Anspruch zu nehmen. Sie wissen, daß das derzeit in der Steiermark nur in der Stadt Graz möglich ist. Das ist eine relativ fortschrittliche Praxis vom Sozialamt, und diese Praxis muß unbedingt auch auf Landesebene für alle Bezirkshauptstädte eingeführt werden.

Und nachdem es bis jetzt keinen Zwischenruf von den Freiheitlichen gegeben hat, gehe ich davon aus, daß wir bei einer Novellierung des Sozialhilfegesetzes in diese Richtung auch Unterstützung von allen Fraktionen im Landtag haben werden, auch von denen, denen man es teilweise nicht unbedingt zutraut auf Grund ihrer sehr stark im rechten Bereich anzutreffenden Positionierungen bei anderen Themen.

Etwas noch, was in dem Zusammenhang auch einzuordnen wäre, sind alle Rücknahmen von den sehr diskriminierenden Rückersatzbestimmungen, die im Budgetlandtag durchgedrückt worden sind, und, selbstverständlich, von Seiten der ÖVP keine weiteren Vorstöße in Richtung Landessicherheitsgesetz. Es gibt zwei Entwürfe, die so schlecht in der Qualität sind, daß sie vom Bund beeinsprucht worden sind. Dieses Landessicherheitsgesetz wendet sich gegen bettelnde Roma- und Sinti-Frauen. Dieses Gesetz wendet sich gegen obdachlose Jugendliche am Hauptplatz. Wir sind strikt dagegen, daß dieses Landessicherheitsgesetz in die Praxis umgesetzt wird. Die Verantwortlichkeit dafür liegt ausschließlich bei der Landeshauptfrau Klasnic. Es würde mich sehr wundern, wenn die Frau, die das „Miteinander“ in der Steiermark predigt, in diesem Bereich eine gesetzliche Norm durchsetzt, die Menschen in drei Grazer Straßenzügen zu Außenseitern macht, dazu zwingt, sie mit 10.000 Schilling zu bestrafen und im Fall von Musikern auch ermöglicht, daß man ihnen die Instrumente abnimmt, wenn sie lärmender agieren. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 11.26 Uhr.)

Präsident: Als nächster und vorläufig letzter Redner hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Reinhold Lopatka zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Lopatka (11.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist, glaube ich, höchste Zeit, daß wir nach einjähriger Pause die Verhandlungen zum Sozialhilfegesetz wieder aufnehmen. Meine Vorredner haben das ja auch schon vorher gesagt. Ich finde es für sehr schade, daß wir – wenn wir morgen zu den Parteienverhandlungen zusammenkommen – wieder mit einem Entwurf – soweit mein Informationsstand – konfrontiert sind, der schon mehr als ein Jahr alt ist. Und es hat mittlerweile auch Gespräche gegeben. Diese Gespräche haben hier in diesem Entwurf überhaupt keine Berücksichtigung gefunden. Ich halte es deswegen für sehr wichtig und für so notwendig, daß wir für diese Verhandlungen auftreten, weil man eines ganz offen und ehrlich sagen muß, daß in Zukunft die Sozialpolitik des Landes stärker gefordert sein wird. Warum? Weil Sparmaßnahmen auf Bundesebene notwendig sind und auf Grund unserer Struktur immer dann, wenn Transferleistungen des Bundes nicht mehr gewährt werden, im Sinne der Subsidiarität Sozialhilfeverbände und die Landessozialleistungen stärker gefordert sind. Und hier haben wir ein Gesetz aus dem Jahr 1976/77, inzwischen hat es enorme Umwälzungen gegeben im Sozialhilfebereich, nur, wir haben bis heute keine Novelle zustande gebracht. Ohne Schuldzuweisungen, aber für mich ist es wieder typisch, daß die zuständige Soziallandesrätin auch bei dieser Debatte leider nicht dabei ist. In der Sache selbst liegen wir vielleicht gar nicht so weit auseinander. Vieles von dem, was auch von der Kollegin Zitz gesagt worden ist und auch vom Kollegen Schinnerl, kann ich nur unterstützen.

Das Entscheidende ist, glaube ich, daß wir morgen bei den Parteienverhandlungen uns darauf einigen, wie wir vorgehen und wohin diese neue Sozialpolitik in der Steiermark gehen soll. Und hier möchte ich in aller Kürze nur fünf Grundsätze von unserer Seite her nehmen, für die wir sehr stark eintreten werden. Wir haben ja auch vor ein paar Tagen unsere Vorstellungen in der Öffentlichkeit präsentiert. Das erste – und ich hoffe, daß hier auch von sozialdemokratischer Seite die Zustimmung gegeben werden kann – ist der Grundsatz, daß wir glauben, daß private gemeinnützige Träger besser arbeiten in diesem Bereich als Bedienstete, die bei Gemeinden und beim Land angestellt sind. Also, wir vertrauen hier sehr auf private gemeinnützige Trägerorganisationen, was den Aufbau der sozialen Dienste betrifft. Wir wollen, daß das auch klar und deutlich im neuen Sozialhilfegesetz dann verankert wird, daß eben nicht Gemeinden mit Gemeindebediensteten solche Dienste anbieten, wie wir es zur Zeit haben, sondern daß wir uns hier ausschließlich auf private gemeinnützige Träger organisieren, ob dieser Träger jetzt Volkshilfe, Rotes Kreuz oder Hilfswerk oder wie auch immer heißen mag.

Zweiter Punkt: Wir sind dagegen, daß einzelne Träger nur bestimmte Dienste anbieten. Zum Beispiel ein Träger nur die Hauskrankenpflege, ein anderer Träger nur die Heimhilfe. Wir glauben, daß wir hier vom Land her darauf hinarbeiten müssen, daß die verschiedenen sozialen Gesundheitsdienste möglichst in integrierter Art und Weise von einem Träger angeboten werden sollen, um so zu einer optimalen

Zusammenarbeit der einzelnen Dienste und auch der Familien und der Klienten zu kommen. Wir sind aber gleichzeitig ganz massiv dafür, daß es selbstverständlich auch in diesem Bereich ein Konkurrenzverhältnis zwischen den einzelnen Trägern gibt, um auch die Träger – soweit es eben im Sozialbereich möglich ist – auch zu einem privatwirtschaftlichen Denken zu bringen und daß auch die Träger vor allem im Bereich der Verwaltung Sorge tragen müssen, daß sie möglichst kostengünstig arbeiten. Selbstverständlich sind wir für eine freie Wahl der Dienste, was im städtischen Bereich sicherlich viel leichter zu verwirklichen ist als in ländlichen Gegenden, wo man froh sein muß, wenn man einen Träger hat, der die Dienste anbietet, aber so soll es zum Beispiel in der Landeshauptstadt Graz und in anderen städtischen Ballungsräumen eine Selbstverständlichkeit sein, und keine Ausnahme sein, daß verschiedene Träger ihren Dienst anbieten, wie wir ja auch Gott sei Dank bei uns in Österreich die freie Arztwahl haben. Das ist ganz wesentlich und wichtig in diesem Bereich.

Wir treten auch dafür ein und glauben, durch diese Form der Organisation, daß nämlich private, freie Träger die Dienste anbieten, daß das, was zunehmend mit der Aufblähung des Sozialstaates verlorengegangen ist, nämlich das nachbarschaftliche Engagement, daß sich auch der einzelne verantwortlich fühlt, im sozialen Bereich seinen Beitrag zu leisten, das, was bei Feuerwehren und in anderen Bereichen selbstverständlich funktioniert, nämlich die Ehrenamtlichkeit, daß wir diese Ehrenamtlichkeit nur dann in einem größeren Ausmaß aktivieren können, wenn die Verantwortung für diese Dienste auf Gemeindeebene in Zusammenarbeit mit den freien Trägern fixiert wird. Das heißt, daß das Land ganz klar gesetzliche Regelungen vorgibt, daß das Land ganz klar auch im finanziellen Bereich selbstverständlich seiner Verantwortung nachkommt, auch im Bereich der Kontrolle agiert, aber ansonsten wollen wir die Hauptverantwortung bei den Gemeinden festgemacht wissen.

Die Gemeinden selbst sollen entscheiden, wie sie diese integrierten sozialen Gesundheitssprengel organisieren, ob als Verwaltungsgemeinschaft in Vereinsform, wie auch immer, und bei den Gemeinden muß auch die Verantwortung liegen. Wir hoffen sehr, daß wir hier diese Grundsätze, die ich genannt habe, die ja auch von Fachexperten mitvertreten werden, durch das neue Sozialhilfegesetz möglichst rasch in der Steiermark rechtlich bewerkstelligen werden, was de facto in vielen Bereichen schon hervorragend funktioniert. Nur soll es hier keinen Wildwuchs geben, sondern es muß hier landeseinheitlich unser Ziel sein, Mindeststandards wenigstens zu erreichen. Darüber hinausgehend ist sicherlich jede Gemeinde aufgefordert, soweit es auch kostenmäßig möglich ist, zusätzliche Angebote aufzubauen.

Meine Bitte wäre, daß die Frau Landesrätin bei diesen Verhandlungen nicht durch Abwesenheit glänzt, sondern aktives Engagement zeigt. Wir als Landtagsabgeordnete aller Fraktionen sind ebenso gefordert, hier einen Beitrag zu leisten. Das Schönste, was uns passieren könnte, wäre, wenn wir zu einer Fünfparteieneinigung kämen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 11.34 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Dieser Gesetzesvorschlag enthält eine Verfassungsbestimmung. Ich weise daher auf Paragraph 48 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages in Verbindung mit Paragraph 20 Landes-Verfassungsgesetzes 1960 hin, wonach ein Landesverfassungsgesetz nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden kann.

Ich stelle fest, daß das Anwesenheitserfordernis erfüllt ist.

Ich komme nun zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Ich stelle fest, daß dieser Beschluß mit der erforderlichen Mehrheit gefaßt und der Antrag angenommen wurde.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5.

5. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 258/1, betreffend die Änderung des Übereinkommens zwischen dem Land Steiermark und der Stadt Graz über die gemeinsame Führung der Vereinigten Bühnen.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (11.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Steiermärkische Landesregierung hat am 15. April beziehungsweise 10. Juni 1996 beschlossen, folgende Änderung des Übereinkommens zwischen dem Land Steiermark und der Stadt Graz über die gemeinsame Führung der Vereinigten Bühnen vorzunehmen: Zur gemeinsamen Führung der Vereinigten Bühnen setzen die Gebietskörperschaften einen Theaterausschuß ein, um den es geht. Das Übereinkommen zwischen dem Land Steiermark und der Stadt Graz zur gemeinsamen Führung der Theaterbetriebe und des Grazer Philharmonischen Orchesters wird im Paragraph 5 wie folgt geändert:

Paragraph 5 Absatz 1 litera a: Drei vom Land Steiermark zu bestellende Mitglieder, unter denen sich jedenfalls der von dieser Gebietskörperschaft nominierte Vorsitzende sowie der Kulturreferent und der Finanzreferent der Steiermärkischen Landesregierung oder ein anderer von ihm nominiertes ständiger Vertreter befinden müssen. Es wird nunmehr vorgeschlagen, den Paragraph 5 Absatz 1 litera c folgendermaßen neu zu formulieren: Er wird geändert in vier weiteren Mitgliedern, von denen zwei vom Land Steiermark und zwei von der Stadt Graz bestellt werden:

Der Paragraph 5 Absatz 2 ist neu formuliert und lautet nun: Je ein weiteres Mitglied wird vom Land Steiermark und der Stadt Graz nach dem Vorschlag der drittstärksten im Steiermärkischen Landtag vertretenen Partei bestellt. Der stellvertretende Vor-

sitzende der jeweiligen Gebietskörperschaft wird von der stärksten im Steiermärkischen Landtag vertretenen Partei bestellt, sofern diese nicht den Vorsitzenden stellt. In diesem Fall stellt die zweitstärkste der im Steiermärkischen Landtag vertretenen Partei den stellvertretenden Vorsitzenden. Bei Mandatsgleichstand der beiden stärksten im Steiermärkischen Landtag vertretenen Parteien bestellt jene Partei den stellvertretenden Vorsitzenden, die nicht den Vorsitzenden stellt.

Dieser Beschluß erlangt jedoch nur Gültigkeit, wenn auch die Stadt Graz einen ähnlich lautenden Beschluß faßt. Die Stadt Graz hat diesen Beschluß in der Gemeinderatssitzung vom 30. Mai 1996 und einen gleichlautenden gefaßt. Hievon wurde seitens der Stadt Graz am 17. Juni 1996 Mitteilung gemacht.

Namens des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten stelle ich daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Änderung des Übereinkommens zwischen dem Land Steiermark und der Stadt Graz zur gemeinsamen Führung der Theaterbetriebe und des Grazer Philharmonischen Orchesters wird zur Kenntnis genommen. (11.38 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und erteile als erstem Redner dem Herrn Abgeordneten Ussar das Wort.

Abg. Ussar (11.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Wir alle freuen uns immer wieder über die rege und vielseitige kulturelle Tätigkeit in den Städten, Märkten und Orten in unserer steirischen Heimat. Ich betone ausdrücklich in der ganzen Steiermark, weil viele kulturelle Aktivitäten sehr oft von Großveranstaltungen medial abgedeckt werden. Schon in meiner 14jährigen Tätigkeit als Kulturstadtrat der Stadt Leoben habe ich der Programmorschau unseres Opernhauses in Graz immer besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Meine Damen und Herren, besondere Aufmerksamkeit deswegen, weil ich immer wieder erwartet habe, daß Produktionen des Opernhauses wieder so gestaltet werden, daß auch Aufführungen auf geeigneten Bühnen, und das betone ich auch, in steirischen Städten und Orten, vor allem auch im Stadttheater Leoben, möglich sind. Gerade das Stadttheater Leoben, das im Jahre 1990 bereits das 200jährige Bestandsjubiläum gefeiert hat, bietet sich für solche Darbietungen, Veranstaltungen und Produktionen ganz besonders an.

Immer wieder, sehr geehrte Damen und Herren, wird nicht nur von den Mitbürgerinnen und Mitbürgern unserer Stadt, sondern auch von den Gemeinden des Umlandes an mich vehement der Wunsch herangetragen, daß Produktionen des Opernhauses in Graz so gestaltet werden, daß sie auch an unseren Bühnen, zum Beispiel am Stadttheater Leoben, aufgeführt werden können. Die letzte mir bekannte Aufführung dieser Art fand im Stadttheater Leoben in der Saison 1986/87 mit dem „Barbier von Sevilla“ statt. Praktisch zehn Jahre, sehr geehrte Damen und Herren, hat nun das Opernhaus keine musikalische Produktion für die Städte und Orte, wo die Möglichkeit einer Aufführung besteht, angeboten. Ich betone das deswegen, weil viele gar keine

Möglichkeit dazu haben, sei es aus finanziellen oder anderen Gründen, das Grazer Opernhaus zu besuchen. Wir müssen bedenken, daß bei uns Menschen im Hüttenwerk Donawitz oder in anderen Betrieben um vier oder um halb fünf Uhr aufstehen, dann ihren Dienst beginnen und daher aus diesen Gründen nicht die Möglichkeit haben, solche Aufführungen in Graz zu besuchen. Ich glaube, daß es wichtig ist, daß wir weiterhin durch die Produktionen des Opernhauses ermöglichen, daß musikalische Aufführungen, wie es bereits vor zehn Jahren der Fall war, in unseren Orten und Städten, und ich betone nochmals, wo die Möglichkeit besteht, aufgeführt werden.

In diesem Zusammenhang, sehr geehrte Damen und Herren, gestatte ich mir, hier im Hohen Haus den Verantwortlichen des Schauspielhauses dafür zu danken, weil es immer wieder die Möglichkeit gibt, mit ausgezeichneten Produktionen zu uns hinauszukommen und so dem Auftrag, der eigentlich vom Gesetzgeber gegeben ist, Rechnung zu tragen. Ich weiß, daß es für die Schauspieler und für die Mitarbeiter nicht einfach ist. Trotzdem glaube ich, daß gerade der Beifall den Schauspielern des Schauspielhauses immer wieder entgegenbrandet und Zeugnis dafür abgibt, wie wichtig es ist, auch ins Land hinauszufahren.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin der Ansicht, daß die Vereinigten Bühnen, die vom Land Steiermark mit namhaften Summen gefördert werden, und ich betone ausdrücklich, mit Recht gefördert werden, aber auch die Verpflichtung haben, die Verpflichtung, bei der Spielplangestaltung den gesamtsteirischen Aspekt im Auge zu behalten. Was dem Opernhaus in Marburg möglich ist, muß auch dem Opernhaus in Graz möglich sein. Ich sage das deswegen, weil erst vor kurzem bei uns das Opernhaus Marburg mit „La Traviata“ und „Rigoletto“ anwesend war.

Sehr geehrte Damen und Herren, allein in der Stadt Leoben haben in der Saison 1995/96 36 Aufführungen stattgefunden. Eine Besucherzahl von 10.072 Besuchern der Stadt und des Umlandes sind zu diesen Veranstaltungen gekommen. Die Stadt bietet insgesamt 100 kulturelle Veranstaltungen an, und über 300 werden insgesamt in der Stadt durchgeführt. Die Stadt gibt 20 Millionen Schilling für diese kulturelle Tätigkeit aus, und ich glaube, daß diese Zahlen ganz einfach für sich selber sprechen. Ich ersuche heute hier im Hohen Haus die Verantwortlichen für die Spielplangestaltung im Grazer Opernhaus, in Zukunft wieder dafür zu sorgen, daß die ausgezeichneten Produktionen des Opernhauses auch in steirischen Städten – und ich betone noch einmal –, wo die Voraussetzungen gegeben sind, aufgeführt werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren, 1997 wird die Landesausstellung in Leoben stattfinden. Ich glaube, daß das wieder ein Grund wäre, daß das Ensemble des Opernhauses wieder mit musikalischen Produktionen hinausgeht und so damit auch dem vom Gesetzgeber gegebenen Auftrag Rechnung trägt. Ich danke Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 11.45 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Brünner das Wort.

Abg. Dr. Brünner (11.45 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch das Liberale Forum verfolgt mit Interesse die Kulturpolitik, die sich auf die Vereinigten Bühnen bezieht und selbstverständlich auch die vielen Aktivitäten der Vereinigten Bühnen. Wir würden nur gerne unser Interesse nicht nur so quasi als Privatleute dokumentieren, sondern auch politisch mitgestalten und würden gerne auch gemeinsam mit den Grünen im Theaterausschuß der Vereinigten Bühnen sitzen, um diese politische Mitgestaltung tatsächlich vor Ort beziehungsweise an Ort und Stelle durchführen zu können.

Wir stellen daher folgenden Beschlußantrag, wir heißt die Abgeordneten Keshmiri, Dr. Wabl, Mag. Zitz und Dr. Brünner.

Das Liberale Forum und die Grünen sind seit 17. Dezember 1995 mit je zwei Mandaten im steirischen Landtag vertreten, und diesem Umstand muß auch bei der Besetzung von Ausschüssen Rechnung getragen werden.

Die Stärkung von Minderheitenrechten ist eines der großen politischen Anliegen des Liberalen Forums und der Grünen. Auch im Sinne des von Frau Landeshauptmann Klasnic propagierten „Miteinander“ ist die Vertretung neuer Parteien im Theaterausschuß der Vereinigten Bühnen unerlässlich.

Es wird daher folgender Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, je eine Vertreterin oder einen Vertreter des Liberalen Forums und der Grünen mit Sitz und Stimme in den Theaterausschuß aufzunehmen. (11.47 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag von den Abgeordneten des LIF und der Grünen, betreffend Sitz und Stimme des Liberalen Forums und der Grünen im Theaterausschuß der Vereinigten Bühnen.

Dieser Beschlußantrag hat die gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung erforderliche Unterstützung.

Ich lasse nun in folgender Reihenfolge abstimmen:

Erstens über den Antrag der Berichterstatterin und zweitens über den Beschlußantrag des LIF und der Grünen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die Annahme fest.

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten des LIF und der Grünen, betreffend Sitz und Stimme des Liberalen Forums und der Grünen im Theaterausschuß der Vereinigten Bühnen, die Zustimmung erteilt, den bitte ich um Zeichen mit der Hand.

Dieser Beschlußantrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6.

6. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 256/1, betreffend den vierteljährlichen Bericht über den Stand der Europäischen Integration für das zweite Vierteljahr 1996.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (11.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Gemäß Paragraph 5 des Landesverfassungsgesetzes vom 23. Juni 1992 über den Ausschuß für Europäische Integration hat die Landesregierung dem Steiermärkischen Landtag vierteljährlich einen Bericht über den Stand der Europäischen Integration zu erstatten.

In diesem Sinne liegt der zweite Bericht für das Jahr 1996, also der zweite vierteljährliche Bericht, vor. Er ist wie die vorhergehenden Berichte in drei Kapitel gegliedert, in ein erstes Kapitel, wo über den Stand der Rechtsanpassung in der Steiermark berichtet wird, in ein zweites, wo wichtige Maßnahmen und Ereignisse auf europäischer Ebene seit April 1996 festgehalten werden, und in ein drittes Kapitel, wo Maßnahmen Österreichs bzw. der Steiermark im Hinblick auf die Europäische Union kommentiert werden.

Von besonderer Bedeutung ist, daß in diesem Bericht auch zu dem am 21. Mai 1996 gefaßten Beschlußantrag des Landtages, betreffend den EU-Beitritt der Republik Slowenien, Stellung genommen und festgehalten wird, daß das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Slowenien am 10. Juni 1996 unterzeichnet wurde. Slowenien hat daraufhin sofort ein Beitrittsansuchen gestellt, und von der Europaabteilung wurden die Arbeiten zur Umsetzung der vom Landtag gewünschten Maßnahmen bereits begonnen.

Erwähnenswert ist weiter, auch im Hinblick auf die Entschließung des Landtages vom 21. Mai 1996, über die Festlegung eines zusätzlichen Konvergenzkriteriums für die Wirtschafts- und Währungsunion zu berichten, daß der Europäische Rat in seiner Tagung am 15./16. Dezember 1995 in Madrid beschlossen hat, die Konvergenzkriterien nicht zu ändern, und diesen Standpunkt auch bei seiner Tagung in Turin am 29. März 1996 aufrechtgehalten hat.

In diesem Sinne darf ich im Namen des Ausschusses um Annahme des Berichtes ersuchen. (11.51 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und erteile als erstem Redner dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (11.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Der Herr Prof. Jeglitsch hat geschildert, welche drei Kapitel – wie immer – dieser Bericht der Regierung beinhaltet, Kapitel 1 „Stand der Rechtsanpassung“ beinhaltet nicht mehr und nicht weniger als die immer wiederkehrende Darstellung möglicher Rechtsfolgen für das Land Steiermark, wenn es in der Umsetzung der Rechtsanpassung säumig ist, bis hin zur An-

drohung von Schadenersatzverpflichtungen, die dem Land Steiermark, dem Bund, den Kommunen entstehen könnten. Hier wird in aller Eindringlichkeit darauf verwiesen, daß man ganz augenscheinlich noch immer nicht in aller Deutlichkeit sich dieser Möglichkeiten der Einflußnahme von Brüssel auf unser Geschehen bewußt geworden ist.

Der zweite Teil „Wichtige Maßnahmen und Ereignisse auf europäischer Ebene“ veranlaßt mich, meine Damen und Herren, etwas über diesen Berichtszeitraum hinauszugehen und ein paar Sätze dazu zu verlieren.

Es wäre wohl nicht verständlich, wenn wir uns zu dem Thema und zum aktuellen Anlaß verschweigen würden, ein paar Sätze dazu zu verlieren, wie halten wir es denn mit unserer Europapolitik nach dem 13. Oktober? Wie stehen wir zu dem, was wir überwiegend einvernehmlich in diesem Hause dazu gesagt haben, wie wir mit den Notwendigkeiten des Handlings, mit den Möglichkeiten, Chancen, aber auch Risiken und Gefahren der europäischen Integration umgehen? Gibt es nach dem 13. Oktober einen Bedarf zur Veränderung unserer Positionen in dem einen oder anderen Bereich? Ich denke, es wird nur verständlich sein, wenn ich die verschiedenen Darlegungen der Europaabteilung und damit der Landesregierung zum Thema auch unter diesem Lichte kurz beobachte. Ich werde natürlich nicht auf das eingehen, was vielfach, mehr oder weniger, wie ich hoffe, aber immer mit dem nötigen Ernst behandelt wird, nämlich auch die Frage, welche innenpolitischen Auswirkungen die Wahl am 13. Oktober hatte und haben wird und haben soll.

Ich möchte mich hier darauf beschränken, und ich habe es schon gesagt, die Frage anzuschauen, hat denn über dieses Maß der innenpolitischen Relevanz dieser Wahlsonntag Auswirkung auf die Haltung zur europäischen Frage? Hier sind wir in einer Umgebung der europäischen Mitgliedsstaaten, die ähnliche Situationen an Wahlabenden nach EU-Wahlen vorgefunden hatten. Wenn ich daran denke, erst unlängst Finnland: Diejenigen, die an der Regierung waren und sind, haben auch an die 7 Prozent verloren, obwohl dort das Maß der Zustimmung zu Europa ein wesentlich höheres war und ist, auch vor den Wahlen, als bei uns. Diejenigen, die oppositionell an der Arbeit der Regierung Kritik geübt hatten, hatten den entsprechenden Zulauf, und das kommt uns ja vertraut vor. Wenn ich daran denke, daß in Schweden vor einem Jahr, um die vorletzte Wahl anzusprechen, die regierende Sozialdemokratische Partei 17 Prozent weniger Zustimmung gefunden hat bei den EU-Wahlen als bei den zuvor stattgefundenen Bundeswahlen, wenn ich daran denke, daß ein sehr hoher Prozentsatz, der bei den Bundestagswahlen Helmut Kohl gewählt hatte, sich nicht entschließen konnte, einige Monate vorher ihn zu wählen, das waren auch etwa 6 bis 7 Prozent, wenn wir wissen, daß der Anteil derer, die diese Wahl überhaupt interessiert hat, in Österreich außerordentlich hoch war, das war ja in Wahrheit die Überraschung, nämlich höher als zum Beispiel in Deutschland, in England, in Portugal, in Schweden und, und, und, ja auch in Finnland, das jetzt mit großer Begeisterung gewählt hat, wenn wir wissen, daß auch jetzt in Finnland die Fragen der

Kommunalpolitik, die ja dort eng verwoben waren, überwiegend das Wahlverhalten beeinflusst hat, dann ist es nicht mehr so verwunderlich, wie sich der österreichische Wähler und die österreichische Wählerin davon am 13. Oktober beeinflussen ließ, daß in dieser Wahlentscheidung auch die Gelegenheit impliziert wäre, über die österreichische Innenpolitik mitzubefinden. Man wird also unter diesen Randbemerkungen, die ich mir eben gestattet habe, das mitzubeobachten haben, welche Schlüsse daraus zu ziehen sind – in allem Ernst.

Meine Damen und Herren! Ich komme zurück zu der Frage, wie weit hat die Wählerentscheidung irgendwelche Einflüsse oder hat sie überhaupt Einflüsse auf unsere grundsätzliche Positionierung zu den einzelnen Bereichen, die ich hier im Sinne der Systematik dieses Berichtes dann kurz durchgehe. Den Bereich 1 habe ich schon erwähnt. Hier sehe ich keinerlei Anlässe, auch nur darüber zu diskutieren. Im Bereich Maßnahmen und Ereignisse auf europäischer Ebene können wir natürlich davon ausgehen, daß sich das, was hier zur Tagung Verkehr erwähnt wurde, natürlich schon ein bißchen anders darstellt, nicht nach der Wahl, aber seit der Entwicklung von damals, zumal wir mit Bedauern feststellen mußten, daß jene Initiative nicht die Mehrheit gefunden hat, die, wie ich glaube, in unserem übereinstimmenden Sinne hier lanciert wurde, Mittel, die die EU nicht verbraucht hat, Budgetmittel, die sie im vergangenen Jahr oder in diesem Jahr nicht verbraucht hat, zur Umsetzung der 14 transeuropäischen Netzprojekte einzusetzen. Leider ist das nicht in diesem Sinne passiert, und ich glaube, hier haben wir das, was wir vorher gesagt haben, auch jetzt zu sagen, wir legen Wert darauf, daß alle Initiativen, die in diese Richtung gehen, massiv zu unterstützen sind, und haben das von diesem Pult aus gemeinschaftlich am 21. Mai, als wir das letzte Mal zu diesem Thema diskutiert haben, klargestellt. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß in diesem Kapitel auch der Bereich des Assoziierungsabkommens mit Slowenien andiskutiert wurde, daß hier sehr rasch die Reaktion bereits am 10. Juni feststellbar war, daß hier zu diesem Bereich, wie halten wir es mit der möglichen Osterweiterung, gerade wir Steirerinnen und Steirer eine besondere Position einzunehmen haben. Auch das war uns allen klar. Daher sehen wir mit großem Interesse dem Bericht der Frau Landeshauptmann Klasnic entgegen, der gerade in Arbeit ist, wo sie ja vom Ausschuß der Regionen im Frühjahr dieses Jahres eingeladen und aufgefordert wurde zur Berichterstattung über die Auswirkungen der Osterweiterung auf die EU, wobei ich glaube, daß es für uns maßgeblich sein wird, diesem allgemeinen Bericht auch einen für uns relevanten Teil, nämlich Auswirkungen für die Steiermark, beizufügen. Wie ich höre, ist der Bericht in Arbeit, und ich hoffe, daß das, was wir im dementsprechenden Landtagsantrag von der Bundesregierung im Frühjahr dieses Jahres eingefordert hatten, auch hier seinen Niederschlag finden wird.

Ich komme, meine Damen und Herren, zum dritten Kapitel, nämlich Maßnahmen der Steiermark im Zusammenhang mit der EU. Ich erinnere daran, daß wir hier am 21. Mai einen gemeinsamen Landtagsantrag beschlossen haben, in dem wir gesagt haben, es

wird die Landesregierung aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, daß in den zuständigen EU-Institutionen als Voraussetzung für eine österreichische Teilnahme an der dritten Stufe der EWU die Situation des Arbeitsmarktes als zusätzliches Konvergenzkriterium aufgenommen wird. Ich kann Ihnen dazu schildern, daß das schon kurze Zeit später, nämlich am 16. Juni, im Europaparlament in Diskussion gezogen wurde. Man hat das auf mehreren Ebenen erörtert. Erst vor kurzem ist mir ein Brief zugegangen, den die angesprochene EU-Kommissarin Dr. Monika Wulf Mathies verfaßt hat, in dem sie darauf hinweist, daß es in den verschiedensten Bereichen sehr wohl die in unserem Sinne gelegenen Ansätze zu Diskussionen über mehr Beachtung der Beschäftigungspolitik, mehr Berücksichtigung der Arbeitslosenziffern gibt, ich kann dann darauf eingehen, es gibt eine Reihe solcher Ansätze dazu, daß man aber gerade aus Gründen der Wirtschaftsstabilität und Arbeitsmarktabstärkung und Arbeitsplatzabsicherung an ein Aufschnüren des Gesamtpaketes der Maastrichter Kriterien nicht denken sollte.

Sie hat das ja umfassend begründet. Ich schließe hier gleich an eine Bemerkung zu den in letzter Zeit immer wieder auftauchenden Avancen, das Gesamtpaket aufzuschnüren und zu sagen, es müßte doch denkmöglich sein, ähnlich wie es den Engländern gelungen war, ein anderes Ergebnis herauszuverhandeln.

Meine Damen und Herren, ich habe hier große Probleme mit diesem Ansinnen, weil ich glaube, daß man hier einer an sich legitimen Idee mit Eifer nachhängt, ohne sich dessen bewußt zu sein, daß man eigentlich kontraproduktiv wäre, wenn man ein Paket aufschnürt, das allgemein im gesamteuropäischen Kontext als solches zu erachten ist, daß die Österreicher dort sehr gut und sehr positiv verhandelt haben und sich in den Paktergebnissen wiederfinden. Ich sage dazu nur zwei Ziffern und würde das andere dann gerne der weiteren Debatte überlassen.

Österreich ist nach allen Wirtschaftskriterien das drittreichste Land Europas, und Österreich bezahlt in Europa hinein eine Summe, die dem sechsten Rang entspricht. Also, wenn man das nur ein bißchen überlegt und sagt, so, jetzt machen wir alles auf und verhandeln wir alles neu, kann überhaupt denkmöglich sein, daß für das drittreichste Land ein angenehmeres Verhandlungsergebnis herauskommt? Alle, die damit befaßt wurden, und ich habe mich hier sehr intensiv bei allen Stellen erkundigt, auch bei jenen, die in London verhandelt haben, ja um Gottes willen, Hände weg, liebe Freunde, allein aus wirtschaftspolitischen Gründen schon Hände weg, und ich erwähne gar nicht die vielen besorgten Äußerungen zu diesem Thema, die sagen, wer das Europäische Bündnis auf die Frage eines möglicherweise erzielbaren Rabattes bei den Beitrittszahlungen reduziert, der leistet der europäischen Idee einen Bärendienst. Wir haben ja auch schon in den vielen Diskussionen vor der Wahl klargestellt, was im wesentlichen im Vordergrund stehen sollte. In einem Punkt waren wir uns einig: Beschäftigungspolitik, Beschäftigungspolitik, Beschäftigungspolitik, jawohl. Dazu kommt klarerweise das gesamte soziale Paket, das deutlicher als bisher

verankert werden muß. Hier gibt es erfreuliche Ansätze, und die haben wir zu verstärken. Dort haben wir anzusetzen, und dort haben wir auch eine Chance dazu. (Beifall bei der SPÖ.)

Es gibt die Ansätze. Meine Damen und Herren, erst unlängst haben der Bundeskanzler und der Finanzminister aus Dublin berichtet, bereits zwölf – manche sagen 13 – der 15 Finanzminister neigen schon, jenen zuzustimmen, die mit dem Antrag gekommen sind, nämlich die Schweden, Irland und Österreich, Beschäftigungspolitik in den EU-Vertrag am Ende der Dubliner Verhandlungen hineinzunehmen. Das heißt, es sind selbstverständlich die Ansätze da. Es ist selbstverständlich gelungen, das Thema Beschäftigung hineinzutragen, aber es sollte selbstverständlich nur dort passieren, wo nicht auf der anderen Seite mehr Schaden für die Beschäftigung und für die Wirtschaft entsteht. Und wir sollten uns konstruktiv bemühen, daß es dort passiert, wo es Sinn macht. (Beifall bei der SPÖ.)

Es gäbe eine Reihe von Belegzahlen, die alle vor Augen führen könnten, was passiert, wenn dieses Ergebnis so umkippt, wie es andere wollen. Ich könnte zitieren Aussagen der ärmeren EU-Länder gegenüber Deutschland, als Deutschland eine Idee gehabt hat, die in die ähnliche Richtung ging, nämlich Rücknahme ihrer insgesamt doch ein Drittel ausmachenden Beitragszahlungen in den gesamten EU-Topf. Ein Aufschrei und sofort die Drohung, ihr wollt ja das und ihr wollt ja das im europäischen Konzert spielen. Da werden wir sofort nein sagen. Wir haben ja auch einiges, was wir im europäischen Konzert gespielt haben wollen. Wir wollen selbstverständlich den Bereich der Beschäftigungspolitik in erster Linie betreiben. Wir wollen selbstverständlich in der Frage, wie halten wir es dann mit unseren südlichen Nachbarn und östlichen Nachbarn, federführend sein. Es gibt eine Reihe von Punkten, wo wir auch in der Frage der internationalen Solidarität in friedensichernden Maßnahmen sagen wollen, was wir wollen. Weil wir sind hier unmittelbar, wenn ich an die letzten Jahre erinnere, vom Süden her Betroffene. Wir wissen, warum es geht, wenn bei unseren Nachbarn kein Friede einkehrt. Wir wissen, warum es geht, wenn wir rufen nach mehr Toleranz, nach internationaler Solidarität in friedensichernden Angelegenheiten. Das sind Dinge, wo wir die EU sehr wohl brauchen und wo wir ohne eine internationale Dimension diese nationalen Wahnsinnigkeiten schlicht und einfach nicht in den Griff bekommen werden.

Meine Damen und Herren, wir brauchen die Zustimmung der EU, wir können uns das nicht verscherzen, indem wir sagen, wir als das drittreichste Land Österreich sind nicht einmal bereit, den sechsten Platz bei den Zahlern einzunehmen, das wird uns niemand abnehmen. Da wird man uns international ächten und sagen, die sind nicht bereit, auch nur einen solidarischen Gedanken in die große europäische Idee einzubringen. Das wollen wir nicht. Das wollten wir vor dem 13. nicht, das wollen wir nach dem 13. nicht, und darum sage ich, diesem Bericht ist auch nach dem 13. nichts hinzuzufügen. (Beifall bei der SPÖ. – 12.09 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Herr Kollege Abgeordneter Dipl.-Ing. Vesko. Ich erteile es ihm.

Präsident Dipl.-Ing. Vesko (12.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir kurz ein paar einleitende Worte zum Bericht selbst. Er ist wie immer rasch, präzise und vorbildhaft. Er ist zu einer Zeit erschienen, wo man bei anderen Berichten noch immer lange darauf warten kann. Im Gegenteil, wir haben schon den nächsten Bericht hier als Auflage liegen und können sehen, daß in der Europaabteilung gute Arbeit geleistet wird, wofür ich herzlich danke. Ich glaube, das verdient einen Applaus. (Beifall bei der SPÖ.)

Auf die drei Punkte, die hier angeführt sind – Kollege Grabner hat ja schon das eine oder andere dazu gesagt –, möchte ich im Detail gar nicht eingehen. Ich möchte nur sagen zum Punkt 1, Anpassung, selbstverständlich, jetzt sind wir dabei und jetzt haben wir alles zu tun, um rasch und ordentlich zu arbeiten, eine Intention, die in manchen Bereichen nicht so deutlich zu erkennen ist.

Zu den Maßnahmen, die Österreich betreffen, beziehungsweise Maßnahmen Österreichs und der Steiermark im Hinblick auf die Europäische Union, da gibt es mehrere Punkte, die hier herauszustrichen sind. Das erste ist die Währungsreform, die damit verbundenen Konvergenzkriterien, und, Kollege Grabner, hier beginnen sich langsam aber sicher unsere Meinungen wieder zu treffen. Wir haben nämlich – und das war sehr erfreulich – vor nicht allzulanger Zeit in diesem Hause gemeinsam gesagt, wir wollen diese Konvergenzkriterien drinnen haben. Das Wollen ist noch immer da, nur, es zeigt sich immer deutlicher, daß alle Maßnahmen, die bisher gesetzt worden sind, seit unserem Antrag in keiner Weise darauf hindeuten, daß wir diese unsere Intention dort realisieren können. Die inoffiziellen Aussagen einzelner Länder, wie zum Beispiel der Iren, die mit uns gemeinsam ähnliche Überlegungen gehabt haben, weil sie auch von dieser Plage der Arbeitslosigkeit und der drastischen Krise am Arbeitsmarktsektor betroffen sind, ist durchaus verständlich. Nur, in keiner der vorangegangenen Verhandlungen, die stattgefunden haben, wurde grünes Licht gegeben, und auch die Äußerungen, die wir im Zusammenhang mit dem Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Brüssel damals noch vor der Wahl – vielleicht wäre es besser gewesen, er wäre nicht gefahren – gehört haben, nämlich, das ist Sache der Länder, putzt euch. Das war eine sehr deutliche Aussage, die auch hier entsprechend kommentiert wurde, auch aus der sozialdemokratischen Fraktion heraus.

Das heißt also, daß wir zum jetzigen Zeitpunkt diesen Punkt in den Konvergenzkriterien nicht unterbringen können, wobei ich dazusagen muß, daß auch die Bedeutung dieses Kriteriums bei weitem nicht jenes Ausmaß erreichen kann, wenn es nicht gelingt, alle Mitglieder der Europäischen Union zum selben Zeitpunkt mit derselben Voraussetzungen in dieselbe gemeinsame Währung hineinzuführen. Wenn wir, was vorher vehementest bestritten wurde, kein Europa der zwei Geschwindigkeiten haben wollen, wobei bereits an unseren Grenzen eine dritte

Geschwindigkeit auftaucht, nämlich auch die gewünschten Maßnahmen der Osterweiterung, die sicherlich gerade in diesem Zusammenhang noch viel, viel mehr Geschwindigkeiten aufs Tapet bringen, ist auch die Frage der gemeinsamen Währung unter einem ganz anderen Aspekt zu sehen, wie das vorher der Fall war. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Da gibt es einen Stabilitätspakt!“) Es gibt einen Stabilitätspakt. Wir wissen aber, was wir von Pakten dieser Art zu halten haben. Und ob er kommt, ist eine zweite Frage.

Das nächste, worum es hier auch geht, ist, daß auch scheinbar auf Bundesebene das Interesse an diesem Bereich nicht mehr so gegeben ist. Auch die Aussagen meines Vorredners im Hinblick „wie sieht die EU-Politik nach der Wahl vom 13. Oktober aus“ geben mir sehr deutlich zu verstehen, daß sich eigentlich im Grunde genommen nichts ändern wird. Wir haben es auch nicht erwartet. Den Druck, den man erzeugt, oder der Druck, den der Bürger zu erzeugen versucht, wird sich daraufhin sicherlich verstärken – ein Moment, zu dem wir sicherlich auch einiges beitragen werden. Was sich aber, und darum geht es mir, im Interesse Österreichs und im Zusammenhang mit der EU tun muß, sind einfach Voraussetzungen zu schaffen, die das, was in der Zwischenzeit geschehen ist, beeinflussen. Wenn ich von Nachverhandlungen rede, dann muß ich Ihnen sagen, es geht nicht nur um die Beiträge. Das ist ein wesentlicher Faktor des Ganzen. Wir finden uns in diesem Zusammenhang nicht allein, das muß ich schon dazusagen.

Es geht auch darum, daß sich in der Zwischenzeit wesentliche Voraussetzungen, zum Beispiel im Transit, gravierend geändert haben. Der Umstand, daß jene Transitentlastung für Österreich Nord-Süd, nämlich der sogenannte Brennerbasistunnel, nunmehr endgültig von der Liste der Prioritäten in den trans-europäischen Netzen gestrichen wurde, was schlußendlich bedeutet, meine Damen und Herren, daß die volle Wucht des Transits selbstverständlich Österreichs Straßen treffen wird und auch in einem nicht unbedeutenden Ausmaß die Steiermark. Da gilt es, raschest zu handeln und raschest zu verhandeln, damit wir hier Voraussetzungen schaffen können, die nicht am Buckel der steirischen Bevölkerung als Transitland ausgetragen werden. Wir müssen auch auf diesem Sektor etwas tun.

Wenn ich mir nur den Zusammenhang in der Vergangenheit noch einmal vor Augen führe, das ganze Förderungswesen, das wir uns im Rahmen der EU geschaffen haben, das sich immer mehr als obskur herausstellt, weil wir den Teil, den wir dann von der EU zurückbekommen, vorher hineinzahlen und wir nichts anderes damit tun, als falsche Hoffnungen und zusätzlichen Bürokratismus erzeugen und vielleicht auch, und das mag für den einen oder anderen sicherlich ein Beweggrund gewesen sein, auch zusätzliche Abhängigkeiten erzeugen, damit kommen wir auch nicht mehr zurecht. Und gerade der neue Wirtschaftsminister hat sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, was er von diesem Vorgang hält. Ich hoffe aber doch, daß es auch in diesem Zusammenhang zu Änderungen kommt. Ich nehme an, daß wir die vier Jahre in diesem Bereich sicherlich unter den gegebenen Voraussetzungen abdienen müssen, nicht aber abdienen brauchen, wie alles andere. Daher ist es

notwendig, raschest in Verhandlungen einzutreten beziehungsweise Nachverhandlungen mit der EU zu führen.

Ich darf hier einen Beschlusantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Porta, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend Nachverhandlung mit der EU, verlesen und einbringen.

Prinzipiell sieht sich ein der Europäischen Union beitrittswerbendes Land zwei großen Verhandlungsmodellen gegenüber. Auf der einen Seite hohe Beitragszahlungen in Verbindung mit höheren Förderungsmöglichkeiten - Variante I -, und auf der anderen Seite niedrigere Beitragszahlungen mit geringeren finanziellen Förderungsmitteln - Variante II. Das österreichische Verhandlungsteam hat sich für die Variante I entschieden und dabei in Kauf genommen, daß dafür ein hohes Maß an Eigenmittel benötigt wird (Modell der Kofinanzierung). Leider wird dadurch und auch durch die Bemühungen um Einhaltung der Maastricht-Kriterien der Handlungsspielraum im eigenen Land verringert. Beispielshalber ist das Burgenland, welches als förderungswürdigstes Bundesland eingestuft wurde, bereits gezwungen, Kredite in der Schweiz aufzunehmen, um überhaupt einen Teil der Förderungen ausschöpfen zu können. Unter dem Gesichtspunkt, daß sich die wirtschaftliche Lage landes- und bundesweit in einer äußerst angespannten Situation befindet, können die höheren Förderungsmöglichkeiten durch nicht aufbringbare Eigenmittel nur zu einem kleinen Prozentsatz ausgeschöpft werden. Da keinerlei Verbesserung der Wirtschaftslage absehbar ist, wird sich obige Problematik auch in den Folgejahren fortsetzen und verschärfen. Daraus ist abzuleiten, daß die Variante I für Österreich nicht die optimale Lösung darstellt. Selbst Minister Farnleitner bezeichnet diese Variante als „Förderfalle“. Letztendlich zeichnet sich auch in der österreichischen Bevölkerung bereits schon nach knapp über einem Jahr Mitgliedschaft in der EU ein stetig steigendes Maß an Unzufriedenheit ab.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die österreichische Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, umgehend Nachverhandlungen mit der EU aufzunehmen, um ein für die österreichische Finanzkraft maßgeschneidertes Verhältnis von Beitragszahlungen und nutzbaren Förderungsmitteln auszuverhandeln. Dieser Antrag wurde ordnungsgemäß übergeben und wird dann im Laufe der Sitzung abgestimmt. Ich möchte aber noch ganz kurz auf das eingehen, was Kollege Grabner gesagt hat, wie er die Politik nach dem 13. Oktober sieht, nämlich nicht anders als bisher, und etwas hinzufügen. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Das ist die Europapolitik, die wir hier im Hause machen!“)

Zur Europapolitik, die wir hier im Hause machen. Wir waren uns an sich darüber im klaren, daß wir nicht sehr viel dazu beitragen können, weil die beiden Großparteien a priori schon im vorausseilenden Gehorsam immer das tun, was die Bundesregierung von ihnen verlangt hat, und nur in wenigen Bereichen

ausgebrochen sind, wobei ich dazusagen muß, erfreulicherweise, weil wir uns Instrumentarien geschaffen haben, die uns eine Möglichkeit geben einzuschreiten. Bei der Bundesstaatsreform warten wir zwar immer noch darauf, aber es kommt vielleicht einmal dazu, daß die Länder jenes Mitspracherecht, das wir uns damals beschlossen und gewünscht haben, zum Tragen kommt. Die Interessen Österreichs zu vertreten wird notwendiger sein denn je. Mit der Osterweiterung werden zusätzliche Probleme auf uns zukommen, die wir bewältigen müssen, sicherlich im Interesse eines gemeinsamen Europas. Das darf aber bitte nicht zu Lasten Österreichs und zu Lasten seiner Bevölkerung gehen. Auch was die europäische Währung betrifft und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die in der GASP gegeben ist, wird und muß sehr wesentlich von uns beeinflusst werden, und dazu wird es notwendig sein, in diesem Europa stärker als bisher das österreichische Wort zu predigen und die österreichischen Interessen zu vertreten. Da hoffen wir, daß sich das nach dem 13. Oktober im Interesse Österreichs in einem gemeinsamen Europa ändert.

Ich bin überzeugt davon, daß es zwar jetzt Worte gibt, die sagen, „wir sind mit einem blauen Auge davongekommen, denn es ist eh nichts passiert“. Realität ist sehr viel geschehen, denn es ist das erste Mal die österreichische Bevölkerung in einem sehr großen Ausmaß darangegangen, ihrem Unbehagen Ausdruck zu verleihen. Ich glaube schon, daß es angebracht wäre, möglichst rasch diese Willensäußerung zur Kenntnis zu nehmen und zu versuchen, endlich das zu tun, was wir eigentlich wollen: Österreich in einem gemeinsamen Europa, nicht aber ein gemeinsames Europa ohne die Österreicher. (Beifall bei der FPÖ. - 12.23 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (12.23 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf besonders auf ein Kapitel des vorliegenden Berichtes Bezug nehmen, nämlich wo über die Tagung des Europäischen Rates am 21./22. Juni in Florenz berichtet und festgehalten wird, daß die Europäische Kommission bei dieser Tagung ein Dokument mit dem Titel „Für Beschäftigung in Europa: ein Vertrauenspakt“ eingebracht hat. Die Europäische Kommission verfolgt dabei das Ziel, alle Akteure, die nationalen, regionalen und lokalen Behörden der Mitgliedsstaaten, die Sozialpartner und die europäischen Organe in eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzubinden. Der Beschäftigungspakt soll weder neue Kompetenzen für die Union schaffen, noch die Gemeinschaftsausgaben erhöhen, noch neue Kriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion einführen; es sollte aber ein wachstumsförderndes Umfeld geschaffen werden. Ich möchte darauf noch später zurückkommen.

In einem Maßnahmenpaket werden Hinweise gegeben, wie die Schaffung günstiger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, Vollendung und effektive Umsetzung des Binnenmarktes, Ver-

besserung der wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen Europas, Förderung der mittelständischen Wirtschaft und so weiter. Und der Europäische Rat fordert auch am Ende seiner Sitzung die Mitgliedsstaaten auf, ihre Bemühungen in diese Richtungen zu setzen.

Meine Damen und Herren, diese Sätze kommen häufig vor. Ich kenne viele Reden, wo sie immer wieder auftauchen. Aber ich möchte diese Anforderungen gleichsam auf eine übergeordnete Ebene heben, die in den beiden letzten vierteljährlichen Berichten nicht angesprochen wurde, nämlich jene, wo die EU im Dezember des vergangenen Jahres ein Grünbuch herausgegeben hat, in dem die Frage der europäischen Wettbewerbsfähigkeit analysiert wurde. Und wenn man dieses Grünbuch durchliest, wird man etwas nachdenklich. Europa weist in der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Japan und den Vereinigten Staaten gravierende Defizite auf. Es ist nicht nur der durchschnittliche Forschungs- und Entwicklungsaufwand in Europa unzureichend, im Schnitt etwa 2 Prozent des BIP gegenüber 2,7 bis 2,8 Prozent in Japan und den Vereinigten Staaten. Auch in der Zahl der Forschungsingenieure und Wissenschaftler auf die Erwerbstätigen ist Europa hinten. Es wird angeführt, daß in Europa die Gründung eines Unternehmens zu lange dauert, je nach Mitgliedsland bis zu 300 Tagen. Europa hat im Vergleich zu den Amerikanern kein ausreichendes Instrumentarium für Risikokapital. Die Vereinbarung über das europäische Patent ist noch immer nicht von allen Mitgliedsstaaten unterzeichnet.

Ich habe gestern von einem EU-Mitarbeiter aus Brüssel, der in Leoben war, Herrn Dr. Schmiemann, gehört, daß nach einer Erhebung zwei Drittel aller europäischen Unternehmen, wenn sie ein patentfähiges Produkt haben, dieses nicht patentieren lassen beziehungsweise sich im Patentrecht so schlecht auskennen, daß die Erfindung nicht patentfähig wird. Die Kosten für die Aufrechterhaltung eines Patentes sind weiters in Europa etwa sechsmal höher als in den Vereinigten Staaten, und es gibt wohl auch noch immer in Europa eine zu große Abschottung zwischen Forschung und Ausbildung in Universitäten und Industrie.

Vielleicht ist es nicht so sehr das Rückbleiben der Forschungsausgaben in Europa, sondern etwas anderes, das auch als europäisches Paradoxon bezeichnet wird. Dieses besteht darin, daß die wissenschaftlichen Leistungen in Europa zwar exzellent und im Vergleich mit den Hauptwettbewerbern nicht selten sogar höher zu bewerten sind, aber Europa deutlich weniger erfolgreich ist, wenn es darum geht, diese wissenschaftliche Kompetenz in neue Produkte oder Marktanteile umzusetzen. Und es wird der Schluß gezogen, daß eine der europäischen Hauptschwächen in dem Unvermögen besteht, die Resultate der technischen Forschung in Innovationen und Wettbewerbsvorteile umzuwandeln.

Aus diesem Grunde hat auch die EU im vierten Rahmenprogramm nachträglich eine Horizontalschiene für Innovationsprojekte eingezogen. Der erste Aufruf war Anfang 1995, der zweite wird jetzt im September beginnend bis Ende Dezember laufen.

Innovationsprojekte sollen damit bevorzugt gefördert werden, um eben dieser Umsetzungsschwäche zu begegnen. 503 Projekte sind im ersten Aufruf eingereicht worden, 100 wurden genehmigt, gestern wurde ein erfolgreiches in Leoben vorgestellt.

Wenn man diese Faktenlage auf Österreich herunterbricht, dann wird die Situation noch viel dramatischer. Österreich liegt mit seinem Forschungs- und Entwicklungsaufwand weit unter den 2 Prozent von Europa. Die Forschungsmittel der öffentlichen Hand werden überdies zum Großteil an der Industrie vorbeigeleitet. Ich darf dazu einige Zahlen nennen: Der Anteil der vom Staat finanzierten Forschungs- und Entwicklungsausgaben in der Wirtschaft beträgt in Österreich 5,6 Prozent, in Deutschland etwa 11 Prozent, in Italien 16 Prozent, in Norwegen rund 20 Prozent. Die Industrie trägt zwar einen redlichen Anteil am Forschungsvolumen bei, das aber auf einem sehr niedrigen Niveau. Man muß auch sehen, daß die österreichische Industrie noch immer in einem erheblichen Umfang relativ standardisierte Produkte erzeugt, für die wenig Preissetzungsspielraum besteht.

Und noch etwas kommt dazu, ich möchte es mit dem Begriff „Systemkosten“ bezeichnen. Österreich liegt etwa bei den Telekommunikationskosten an der internationalen Spitze. Die industriellen Strompreise liegen im europäischen Feld im oberen Drittel, die Haushaltsstrompreise im unteren, und Österreich gehört zu jenen Ländern mit den längsten Genehmigungsverfahren für Betriebe und Betriebsanlagen in Gesamteuropa. Kürzlich wurde ein Beispiel genannt, wo das Genehmigungsverfahren zehnmal so lange gedauert hat wie die Errichtung der Firma. Österreich ist auch jenes Land, das in der Zahl der öffentlichen Bediensteten pro Erwerbstätigen weit vor Deutschland, der Schweiz oder Japan liegt. Wenn der Hinweis kommt, es muß gespart werden, und die Industrie gravierend die Ausgaben für Forschung und Entwicklung senkt und natürlich auch die öffentliche Hand, dann ist die Aussicht, daß ein Schilling ein Schilling ist, gleichgültig, wo er ausgegeben wird, wohl die fatale Folge einer nicht differenzierenden Kameralistik.

Umso wichtiger ist es daher für Österreich, sich an den EU-Forschungsprogrammen zu beteiligen, sowohl für die österreichische Forschung als auch und ganz besonders für die Industrie. Auf diese Weise kann die Umstrukturierung der österreichischen Wirtschaft im Hinblick auf technologisch erfolgreichere Felder unterstützt werden. Die österreichische Forschung ist dabei nicht schlecht unterwegs; etwa bei 20 EU-Forschungsprogrammen in einem Gesamtausmaß von 750 Millionen Schilling, das sind etwa 10 Prozent der gesamten EU-Forschungsförderungen, ist die österreichische Forschung beteiligt. Die österreichische Industrie ist leider nicht ganz so erfolgreich.

Es hat mich daher sehr gefreut, daß gestern abends in Leoben ein EU-Projekt vorgestellt wurde, das mit drei Ländern gemeinsam durchgeführt wird, und zwar von der Leobner Firma LMS (Logik, Management, System).

In diesem Projekt, das über die Innovationsschiene aus dem vierten EU-Rahmenprogramm gefördert wird, geht es um ein Computer-Aided Environmental

Management and Information System, wo mit ausländischen Firmen ein Instrumentarium für ganz Europa aufgebaut wird.

Wenn wir sehen, wie derzeit in der Steiermark in den Ziel-2- und Ziel-5b-Gebieten die Projekte laufen, dann können wir einigermaßen zufrieden sein. Sie wissen, daß bis jetzt etwa 450 Projekte im Ziel-2-Gebiet genehmigt worden sind und im Ziel-5b-Gebiet etwa 650 Projekte, wobei die Freude an der großen Zahl gedämpft wird, weil ein Großteil dieser Projekte Beratungsprojekte sind, und nicht Firmengründungen oder ähnliches. Damit sind die Mittel im Ziel-2-Gebiet derzeit mit fast 80 Prozent und im Ziel-5b-Gebiet mit über 60 Prozent ausgeschöpft. Aber wer sich schwer tut, das sind die Klein- und Mittelbetriebe in ihren Antragstellungen sowohl in den Zielgebieten als auch in den Forschungsprogrammen. Ich verweise auf meine Budgetrede am 13. Dezember 1994, wo ich voller Freude gesehen hatte, daß im damaligen Budgetansatz des Wissenschaftsreferenten 50 Millionen Schilling für EU-kofinanzierungsfähige Projekte aufgeschienen sind, die übrigens zu einem Großteil nicht ausgegeben wurden – zu meinem Bedauern –, und wo ich den Vorschlag gemacht habe, daß man aus diesen 50 Millionen Schilling für Klein- und Mittelbetriebe die Projektantragskosten, wenn sie in Brüssel vorstellig werden, übernimmt. Ich sagte das bereits mehrmals, es verhalte jedesmal ungehört. Umso mehr freue ich mich, als ich im Sommer dieses Jahres erfahren habe, daß die EU selbst im Erkennen dieses Problems ein zweistufiges Verfahren für Klein- und Mittelbetriebe in der Antragstellung beschlossen hat, nämlich in der Form, daß ein Klein- und Mittelbetrieb, für den so ein EU-Antrag wirklich eine große Hürde bedeutet, und Personalkosten von etwa Zwei-Mann-Monaten aufzuwenden sind, zusätzlich weiterer Kosten für die Kontaktsuche und Kontaktnahme mit anderen europäischen Firmen, daß die EU selbst jetzt diesen Klein- und Mittelbetrieben in der Form hilft, daß ein Klein- und Mittelbetrieb nur einen ein- bis vierseitigen Ideen Antrag einreichen muß, nicht im Sinne einer Antragsform, sondern einer Ideenvorstellung, und wenn die Idee von der EU geprüft und für positiv befunden wird, was bis jetzt etwa in 50 Prozent der Fälle war, dann finanziert die EU und übernimmt die Projektantragskosten. Seit Einführung dieses zweistufigen Verfahrens haben sich für die Klein- und Mittelbetriebe die Genehmigungschancen verdoppelt.

Zusammenfassend möchte ich noch folgendes festhalten: Es wird oft eingewendet, die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit könne nicht auf der Ebene der Union gefunden werden. Ich meine, daß dies richtig und falsch zugleich ist. Richtig, weil die Schaffung von Arbeitsplätzen von den Unternehmen abhängt und weil das Umfeld, in dem diese tätig sind, weitgehend auf der nationalen, regionalen oder gar lokalen Ebene gestaltet wird. Falsch, weil Europa nicht nur bei der Schaffung eines beschäftigungsfördernden gesamtwirtschaftlichen Ordnungsrahmens, sondern auch bei der Koordinierung und Abstimmung der einzelstaatlichen Politiken eine wichtige Rolle spielt. Für die Union muß die Beschäftigung zu einer echten Frage eines gemeinsamen Interesses werden. Ich stimme sehr den Worten von Robert Schuman zu, der

gemeint hat: „Handeln ist besser als Resignieren, und das Warten auf ideale Voraussetzungen ist eine billige Ausrede für Untätigkeit.“

Darf ich nun einige Fakten und Gedanken zu dem Beschlußantrag, den Herr Präsident Vesko vorgestellt hat, äußern. Zuerst einige Zahlen, ohne Sie zu langweilen: Österreich konnte während der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union für den Zeitraum 1995 bis 1999 insgesamt rund 21 Milliarden Schilling an Regionalförderungen aus den Strukturfonds ausverhandeln. Diese drei Fonds sind der Sozialfonds mit etwa 7,6 Milliarden Schilling, der Agrarfonds mit 7,7 Milliarden und der Wirtschaftsfonds, wenn ich ihn so bezeichnen darf, mit 5,6 Milliarden Schilling. Nun ist die Frage zu stellen, wie weit diese Fonds bis jetzt durch die österreichischen Projekte ausgeschöpft worden sind. Bis Ende September 1996 sind aus dem Europäischen Sozialfonds von Österreich rund 65 Prozent des möglichen Rückflusses der Jahre 1995 und 1996 nach Österreich gelangt. Bis Ende 1996 werden es etwa 85 Prozent sein. Das sind nicht 100 Prozent, das ist schon klar, aber es ist zu berücksichtigen, daß die Mittel rückwirkend mit 1. Jänner 1995 genehmigt worden sind, die Projekte und das Förderungsübereinkommen aber erst Ende 1995 in den meisten Fällen unterfertigt worden sind.

Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Landwirtschaftsfonds. Beim Landwirtschaftsfonds sind derzeit rund 60 Prozent der Mittel ausgegeben. Man erwartet sich, daß bis Ende des Jahres diese Quote auf etwa 70 Prozent steigen wird. Wieder sind es nicht 100 Prozent, wieder ist der von der Genehmigung Ende 1995 bis heute zur Verfügung stehende Zeitraum zu berücksichtigen.

Aus dem EFRE-Fonds: Hier ist es so, daß aus dem EFRE-Fonds nach der Vereinbarung eine erste Rate von 50 Prozent der Gesamttranche überwiesen worden ist, also die Hälfte von 5,6 Millionen Schilling; wenn die verbraucht sind, kommt die zweite Rate. In diesem EFRE-Fonds sind auch die neun Gemeinschaftsinitiativen mit etwa 9 Prozent der Strukturfondsmittel enthalten, also alle Gemeinschaftsinitiativen von INTERREG über LEADER, EMPLOYMENT, ADAPT, RECHAR, RESIDER, REDEX, für die KMU's und URBAN. Österreich ist zum Beispiel allein im INTERREG-Programm mit sieben Teilprogrammen mitvertreten. Wird die Steiermark mit diesen österreichweiten Zahlen verglichen, ich habe die Zahlen schon genannt, dann ist die Ausschöpfungsquote der Steiermark deutlich besser als im gesamtösterreichischen Durchschnitt.

Wie groß sind im Jahr 1995 die Beitragszahlungen gewesen: Die Beitragszahlungen waren 23,6 Milliarden Schilling (inklusive der Beiträge an die Europäische Investitionsbank 25,6). Ursprünglich waren sie mit 28 Milliarden vorgesehen. Die Differenz zu der Zahl von rund 24 Milliarden ergibt sich einerseits aus den um zwei Milliarden geringeren Zolleinnahmen und einem Nachlaß von etwa zwei Milliarden durch Überschüsse aus dem EU-Haushalt aus dem Jahr 1994. Diesen 24 Milliarden stehen Rückflüsse im Jahr 1995 von 10,1 Milliarden gegenüber. Wenn zur Stellung Österreichs und seiner Wirtschaftsleistung ausgeführt wurde, daß Österreich an sechster Stelle liege, dann stimmt das bei den Bruttobeiträgen, die gezahlt

werden, aber ohne Gegenrechnung der Rückflüsse. Da steht Österreich nach Luxemburg, Niederlande, Belgien, Dänemark und Deutschland an sechster Stelle, unmittelbar und knapp gefolgt von Frankreich, Irland, Schweden und Finnland. Wenn Sie neben dieser Liste auch die Nettozahlerreihung anschauen, wo Österreich an vierter Stelle der Nettozahler liegt, nämlich nach Deutschland, Schweden und Niederlande, dann kann man aus diesen Zahlen nicht ableiten, daß die österreichischen Verhandlungen schlecht gelaufen sind.

Ich möchte zum Beschlußantrag noch folgenden Gedanken anfügen: Ich glaube nicht, daß eine defensive Strategie in der Form richtig ist, daß niedere Beitrittszahlungen mit niederen Förderquoten anzustreben sind. Was wir brauchen, ist eine aktive Politik, eine aktive Wirtschaftspolitik, die sich auch in einer aktiven Beschäftigungspolitik niederschlägt, nicht eine defensive. Wir haben die Unternehmen zu unterstützen und zu stärken, und diese sind daher aufzufordern, die Fördermittel, die zur Verfügung stehen, zur Gänze und sogar noch darüber auszuschöpfen. Das ändert die Struktur unserer Wirtschaft, und nicht eine defensive Wirtschaftspolitik.

Der zweite Punkt ist die Verquickung von Förderung und Beitragszahlungen. Sie haben aus den Reihungen der Länder gesehen, daß die zwei Kriterien, nämlich Beitragszahlungen und Förderungen, nicht übereinandergelegt werden dürfen. Das sind zwei paar Schuhe, denn die Beitragszahlungen resultieren im wesentlichen auf der Mehrwertsteuer und auf dem Bruttosozialprodukt, und das sind vorgegebene Größen in einem Staat. Die Förderbeiträge hingegen gehorchen anderen Kriterien. Wenn Sie etwa die Förderbeiträge und die Förderungsgebiete von Finnland und Österreich vergleichen, dann sehen Sie es am deutlichsten. Finnland hat kein Ziel-1-Gebiet, zahlt ungefähr gleich viel wie Österreich, hat aber dafür ein Ziel-6-Gebiet.

Ein weiterer Punkt: 1999 werden ohnedies, beginnend schon mit 1997 und 1998, Neuverhandlungen über die Förderkulisse zu führen sein. Das wird uns niemand abnehmen, und darauf sollten wir uns konzentrieren.

Noch ein letzter Punkt zum Nettozahler: Es wird in der Diskussion – ich darf es daher ergänzen – nicht angeführt, daß Österreich etwa zwei Drittel seiner Exporte, nämlich 64,8 Prozent, in die EU-Länder liefert und daß im Jahr 1995 diese Exporte um 8 Prozent gestiegen sind. Es wird nicht darauf hingewiesen, daß sich die Investitionen der ausländischen Firmen im Jahr 1995 nach dem Beitritt vervierfacht haben. Es wird nicht darauf hingewiesen, daß sich die Inflationsrate halbiert hat und der Schilling so hart wie noch nie ist. Und wenn Sie sich mit der Geschichte der EU befassen, dann finden Sie keinen einzigen Hinweis, wo ein Nettozahler den Schluß gezogen hat, weil er Nettozahler ist, wird er aus der EU austreten. Noch immer waren die Vorteile für den Nettozahler als den Stärkeren in der Nutzung des Binnenmarktes wesentlich größer als seine Nettzahlung. Das sind die Überlegungen einer offensiven Politik, die die ÖVP veranlassen wird, dem Beschlußantrag nicht zuzustimmen. (Beifall bei der ÖVP. – 12.46 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollege Dr. Strenitz. Ich erteile es ihm.

Präsident Dr. Strenitz (12.46 Uhr): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Es gibt ein geflügeltes Wort, das etwa meint, die EU sei ein wirtschaftlicher Riese und ein politischer Zwerg, ein staatspolitischer Zwerg, ein sicherheitspolitischer Zwerg. Ich gehe in diesem Wort noch weiter und sage, daß die EU nicht einmal ein wirtschaftlicher Riese ist, solange sie ein arbeitspolitischer Zwerg ist und solange sie ein sozialpolitischer Zwerg ist. Und die EU hat überhaupt nur dann eine Chance, wenn sie neben der Wirtschaftsunion, neben der Währungsunion, neben der Friedensunion auch eine Beschäftigungsunion und eine Sozialunion ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine verehrten Damen und Herren, es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn man es noch einmal wiederholte, daß die Angst um die Arbeitsplätze die Sorge Nr. 1 in diesem Lande ist. Und zwar nicht nur in der Steiermark, nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa. Wir in Österreich sind hier längst keine Insel der Seligen mehr. Die Auguststatistik weist steigend 190.000 Arbeitslose in Österreich auf. Und die Globalisierungsfalle, die Sie wahrscheinlich alle in der Zwischenzeit längst gelesen haben, hat auch über Österreich längst zugeschnappt. Die Konkurrenz der billigen Arbeitskräfte und der Billigstarbeitskräfte fängt unmittelbar hinter unseren Grenzen an, und sie reicht bis Singapur, bis Thailand, bis Indien, wo zum Beispiel unter unmenschlichen Bedingungen auch durch Kinderarbeit Produkte erzeugt werden, die wir hier wieder in Österreich kaufen und konsumieren. Wir erleben die Mobilität des Kapitals, wir erleben die Macht der Manager, und wir erleben gleichzeitig die Ohnmacht der Regierenden. Sprechen wir es doch offen und deutlich aus, meine Damen und Herren: Die raschen Standortverlegungen betreffen nicht nur Deutschland, wo zum Beispiel der Vorstandssprecher der Firma Siemens sehr stolz bekennt, daß seine Firma in der Zwischenzeit im Ausland wesentlich mehr Kapital macht als in Deutschland und insgesamt in 400 Produktionsstätten in 190 Ländern in allen sechs Kontinenten der Welt produziert. Auch über die Steiermark höre ich, daß der sehr geschätzte Tesmarpfohl meint in einem Interview, das erst vor kurzem im „Standard“ zu lesen war, daß rund die Hälfte der steirischen Unternehmen daran denken würde, Produktionen und damit Beschäftigungsplätze ins Ausland zu verlagern, was für die einzelnen Firmen aus Konkurrenzgründen sicherlich nicht uninteressant wäre, aber natürlich den Arbeitsmarkt in der Steiermark mit bis zu 35.000 Arbeitsplätzen belasten würde. Und das, meine verehrten Damen und Herren, ist die eigentliche Aufgabe Europas: eine Antwort zu finden aus dieser Spirale, die sich scheinbar unablässig nach unten dreht. Und das, meine verehrten Damen und Herren, mit einer politischen Entscheidung, nicht nur einer betriebswirtschaftlichen Entscheidung. Nur Naive würden glauben, daß wir tatenlos zusehen könnten, wie Zehntausende, Hunderttausende und in ganz Europa Millionen Menschen ihre Arbeit verlieren, ohne daß wir allesamt dafür den politischen Preis zahlen müssen. Politischer

Preis hieße in dem Fall, die Funktionsfähigkeit des Staates auf das Spiel setzen und die demokratische Stabilität.

Meine verehrten Damen und Herren, ich komme schon zum Schluß: Die Währungspolitik verdeckt im Augenblick alles Übrige. Sie ist wichtig, aber sie ist allein zu wenig. Die Erreichung der Konvergenzkriterien ist wichtig, aber allein zu wenig. Daß 15 Staaten Sparpakete schnüren, jeder auf seine Art, klug oder unklug, gerecht oder weniger gerecht, ist auch wichtig, aber allein zu wenig. Das, was wir von der EU verlangen müßten, ist in Hinkunft eine aktivere Arbeitsmarktpolitik. (Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)

Eine Arbeitsmarktpolitik, die auf Vollbeschäftigung ausgerichtet ist und auch die sozialen Grundrechte beinhaltet, die in den EU-Verträgen verankert sein sollten. Das ist die eigentliche Aufgabe unserer 21 EU-Abgeordneten, gleichgültig, welcher Fraktion sie angehören, in diesem Sinne Österreich zu vertreten. (Allgemeiner Beifall. – 12.52 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Dr. Karisch das Wort.

Abg. Dr. Karisch (12.52 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als erstes möchte ich für diesen Bericht danken, und zwar für alle Berichte zu Europa, die uns einen sehr guten Einblick in die Entwicklungen geben. Ich möchte kurz zu drei Punkten Stellung nehmen.

Erstens zum Stand der Rechtsanpassung, der auch schon von meinem Vorredner, dem Kollegen Grabner, genannt worden ist. Es ist einiges an Rechtsanpassung geschehen, leider ist aber auch noch vieles offen. Die Europäische Kommission hat festgestellt, daß Österreich säumig ist und daß Österreich unter dem Durchschnitt jener Länder liegt, die pünktlich anpassen.

Die Folgen sind, daß wir gegenüber dem einzelnen haftbar sind, und es könnte auch die Zuständigkeit vom Land auf den Bund übergehen, wenn das Land Steiermark säumig ist. Wir sollten uns sehr bemühen, die Richtlinien pünktlich umzusetzen.

Ansprechen möchte ich ganz kurz die Vogelschutz-Richtlinie, Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, die beide noch nicht umgesetzt sind, die aber im Interesse des Naturschutzes umgesetzt werden sollten. Beide enthalten höhere Naturschutzanforderungen, als Österreich bisher vorgesehen hat. Beide werden einen hohen Finanzbedarf hervorrufen. Dafür steht auch ein eigenes Finanzierungsinstrument der Europäischen Union zur Verfügung, das LIFE-Projekt. Auch hiervon sollten wir sehr schnell Gebrauch machen.

Ein zweiter Punkt: Der Bericht enthält einen Verkehrsbericht, und dieser Verkehrsbericht ist einerseits sehr interessant, andererseits für mich sehr beunruhigend. Kommissar Kinnock hat vorhergesagt, daß bei gleichbleibender Politik der Marktanteil des Schienengüterverkehrs von 32 Prozent im Jahr 1970 auf 5 Prozent im Jahr 2010 fallen wird und daß umgekehrt der Straßengüterverkehr von 49 auf 84 Prozent ansteigen wird. Meine Damen und Herren, das ist für mich eine Horrervision. Sowohl auf dem Sektor der

Abgase als auch auf dem Sektor des Lärmes sind wir noch nicht so weit, um die Dinge in den Griff zu bekommen. Es ist mit großen Umweltbelastungen für die Bevölkerung zu rechnen, vor allem auch im Alpengebiet, das immer ein Transitgebiet bleiben wird. Wir müssen daher alle Anstrengungen unternehmen, daß immer mehr Verkehr auf die Schiene verlegt wird, daß die Schiene ausgebaut wird. Ich bin sehr betroffen und traurig, daß das in der Steiermark so langsam vor sich geht. Ich darf erinnern, wir haben im Ennstal eine eingleisige Schiene, und wir haben noch die eingleisige Schiene im Süden von Graz nach Marburg. Es ist hier in den letzten Jahren sehr wenig weitergegangen. Die Steiermark war ein Stiefkind der Bundesbahn. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ist, ist!“ – Abg. Dr. Wabl: „Ihr seid in der Regierung drinnen!“) Sie war und ist, richtig. Aber das war nicht so einfach möglich. Es wird immer österreichweit der Vorrang dem Westen gegeben. Jetzt auch wieder. Wir hoffen, daß diese neue Südbahn, die gestern von Frau Landeshauptmann Klasnic und dem Landeshauptmann Zernatto in Wolfsberg angesprochen worden ist, mit dem Koralmtunnel möglichst bald kommt.

Ein dritter Punkt: Daß man in der Europäischen Union auch als kleines Land etwas erreichen kann, daß man einen Erfolg erzielen kann, zeigt ein weiterer Berichtspunkt zur Gentechnik. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ihr wart's nicht dabei, es war nur die Frau Landeshauptmann dabei. Ich würde mich bedanken bei der Frau Landeshauptmann!“) Selbstverständlich waren mehrere dabei. Es war der Verkehrsreferent dabei, sowohl von Steiermark als auch von Kärnten. Es war auch eine Reihe von Abgeordneten der betroffenen Bezirke dabei. Selbstverständlich. Ich habe nur die zwei Spitzen federführend genannt. (Abg. Gennaro: „Die Vaterschaft hat der Präsident Klauer!“)

Nun mein vierter Punkt: Im Umweltministerrat wurde ein Antrag auf Zulassung von gentechnisch verändertem Mais nach massiven Protesten, vor allem auch der kleinen Länder, auch von Österreich, zurückgezogen. Ich hoffe, daß wir auf diesem Sektor gemeinsam weiter erfolgreich sein werden, und ich hoffe, daß die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln noch kommen wird, daß wir auch das noch erreichen können.

Zum Schluß ein kurzes Wort zum Herrn Kollegen Grabner. Er hat die Frage gestellt: „Wie stehen wir in der Europapolitik nach dem 13. Oktober da?“ Ich kann für mich sagen, wir stehen so da wie vorher. Wir wollen weiter konstruktiv für Österreich in Europa arbeiten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 12.57 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag. Zitz das Wort.

Abg. Mag. Zitz (12.57 Uhr): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident!

Das EU-Referat wird auf Landesebene als Koreferat geführt zwischen den beiden großen Koalitionspartnern ÖVP und SPÖ, und da möchte ich rückwirkend auf die Zeit des EU-Wahlkampfes sagen, daß

aufgefallen ist, daß die steirische Erklärung zur EU nur von diesen beiden unterschrieben worden ist. Das ist eine klare Wertung der Politik des Miteinanders, die auf der Landesebene durch dieses Koreferat möglich gewesen wäre, die aber genau durch solche Aktionen den Liberalen, den Grünen auch zeigt, wo wir stehen, nämlich absolut am Rande des Landtages und auch am Rande einer möglichen gemeinsamen EU-Politik. Das ist übrigens auch etwas, was dem Herrn Abgeordneten Grabner auffallen sollte, nachdem Sie ja die EU-Ausschüsse in Kooperation mit den zuständigen Beamten immer sehr professionell durch ein Treffen, einen Jour fixe, am Tag vorher vorbereiten. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Letzten Montag nicht!“) Wir nehmen diese Treffen gerne an, aber wenn tatsächlich breitenwirksamer agiert wird, ist ganz klar, wen man nicht dabei haben möchte, nämlich den grünen Bereich, die Fraktion, die die sozialen Folgen, ökonomischen Folgen, arbeitsmarktpolitischen Folgen des Beitritts schon vor dem Juni 1994 aufgezeigt hat.

Es ist vorher vom Kollegen Strenitz angesprochen worden, daß die EU eine Struktur ist, die ein ganz starker Spieler dieser Globalisierungsfalle ist. Die EU ist aus grüner Sicht sicher kein Sozialraum in der Struktur, in der sie besteht. Die EU ist aus grüner Sicht ein Raum, wo man Kapital, Arbeiter und Arbeiterinnen problemlos verschieben kann und wo man mit Natur beziehungsweise mit ökologischem und sozialem oder im weiteren Sinn Reichtum in diesen Bereichen sehr verschwenderisch beziehungsweise sehr arrogant umgehen kann.

Es dürfte bekannt sein, daß in Österreich seit etwa zehn Jahren eine gesamtwirtschaftliche Kostenrechnung besteht. Diese gesamtwirtschaftliche Kostenrechnung, die die sozialen und ökologischen Parameter miteinzieht bei der Berechnung des Volkseinkommens, gibt es nach wie vor auf EU-Ebene nicht. Da ist klarer Handlungsbedarf gegeben, aber die EU scheut sich offenbar auf Grund ihrer Politik, sich einer Kostenwahrheit zu unterwerfen, die man sehr wohl in Subbereichen, beim Verkehr etwa, immer wieder versucht einzufordern.

Was jetzt die österreichische und die steirische Situation seit dem EU-Beitritt betrifft: Diese totale Verfügbarkeit von Kapital, Arbeitskräften und Natur hat sich bei uns in der Budgetpolitik so niedergeschlagen, daß wir auf allen Ebenen klare Sparpakete haben. Es kommt auch im Vierteljahresbericht der Europaabteilung dezidiert vor, daß die Budgetpolitik für heuer und das nächste Jahr durch den Beitritt ganz klar geprägt war und daß die Einsparungen, die wir haben im Pflegegeldbereich, im Bereich zweites Karenzjahr, im Bereich Arbeitslosenversicherung beziehungsweise im Bereich Notstandshilfe, deswegen nolens volens einen sehr dramatischen EU-Bezug haben. Die Beitrittskosten werden auf die Schwächeren abgewälzt, werden auf die Leute abgewälzt, die sich nicht breitenwirksam zur Wehr setzen können, und die Gewinner der EU, das sind bestimmte Teile der Industrie, werden sicher nicht mit irgendwelchen Beitrittskosten belästigt werden. Das ist eine ganz klare politische Entscheidung, gerade von den beiden Koalitionsparteien auf der Bundesebene.

Ich möchte noch einen Bereich ansprechen, wo die Frau Abgeordnete Karisch mir eigentlich den Ball aufgelegt hat, und zwar Rechtsanpassung an EU-Normen im Land Steiermark. Das Land, das wird im Bericht wortwörtlich erwähnt, ist haftbar für Fristüberschreitungen bei der Anpassung diverser Richtlinien. Die Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie muß baldmöglichst umgesetzt werden, Martin Wabl wird dazu auch einen Beschlusantrag einbringen, da sonst das Land gegenüber internationalen Rechtsgremien straffällig werden würde.

Ein zweiter Bereich, der in diesem Vierteljahresbericht auch erwähnt ist, ist die Anpassung unserer Wahlrechtsordnungen an EU-Niveau.

Das betrifft konkret die Wahlordnung, die Gemeindewahlordnung 1992, für die Kommunalwahl in Graz. Von grüner Seite sind wir dafür, daß nicht nur Unionsbürger wahlberechtigt sind, sondern im Sinne einer „Stadtbürgerschaft“ auch Bürger aus Nichtunionsländern und Bürger, die eine bestimmte Zeit in Österreich gelebt haben. Die Liberalen haben das bereits gemacht, wir werden in die Richtung in nächster Zeit Vorstöße unternehmen, und ich möchte erinnern, daß dieses Vorgehen insofern interessant wäre, als Anfang 1997 in Graz Kommunalwahlen stattfinden und außerdem 1997 das Europäische Jahr gegen Rassismus ist.

Und da wäre ich genau bei einem Punkt, der bis heute im Landtag nicht angesprochen wurde. Sie wissen, daß sich in diesen Zeiten von seiten der Landesregierung seltsame Aktivitäten häufen. Eine ist, daß nationalfreiheitliche Burschenschaften in Kooperation mit äußerst rassistisch agierenden Studentenvertretungen offizielle Empfänge des Landes Steiermark bekommen, und zwar unter Patronanz von Landesregierungsmitgliedern, auch der Landeshauptfrau Klasnic. Das heißt, man traut sich auf Landesebene nicht mehr, gegenüber rechtsextremen, ausländerfeindlichen und minderheitenfeindlichen Gruppen klare Ausgrenzungsstrategien vorzunehmen. Wir haben deswegen einen Antrag eingebracht, und der paßt genau zum EU-Jahr gegen Rassismus, daß die Empfänge des Landes Steiermark auf ihre Verträglichkeit beziehungsweise Unverträglichkeit mit rechtsextremen Gruppen überprüft werden sollen. Bezüglich der Presseförderung hat es die SPÖ gefordert und auch die ÖVP. Ich glaube, man muß diese Unverträglichkeit mit rechtsradikalem Gedankengut ganz klar auch bei der Empfangspolitik des Landes Steiermark einfordern. Ich fühle mich durch so einen Empfang sicher nicht vertreten.

Ein zweiter Bereich, der auch bereits andiskutiert wurde, das ist die Landwirtschaftspolitik auf EU-Ebene. Die Landwirtschaftsförderungen machen seit vielen, vielen Jahren – das ist nachzulesen nicht nur im Landwirtschaftsbericht des zuständigen Ministeriums, sondern auch in allen EU-Publikationen – etwa die Hälfte des EU-Budgets aus. Von dieser Hälfte gehen 70 Prozent in Agrargroßindustrien und in Exportsubventionen. Das heißt, von diesem EU-Agrarbudget kommen nicht einmal 30 Prozent kleineren Förderwerbem und Förderwerberinnen zugute, zu denen natürlich auch die österreichischen Förderwerber und Förderwerberinnen im Landwirtschaftsbereich gehören.

Und da heißt das ganz klar, daß alle Versuche von Landesrat Pörtl, aus dem Landesbudget noch 50, 60, 70 Millionen Schilling zusätzlich aufzutreiben, nur fatale Korrekturmaßnahmen für eine von der EU komplett verfehlte Agrarpolitik sind. Was die Agrarpolitik der EU betrifft, fällt auch auf, daß man mit diesen Ausgleichszahlungen eine Agrarpolitik auf eine sehr seltsame Art und Weise wieder in den Griff bekommen möchte, nämlich eine, die es kleinen Unternehmen in benachteiligten Gebieten beziehungsweise auch ökologisch orientierten Betrieben sehr, sehr schwer macht, tatsächlich noch konkurrenzfähig zu sein.

Ich zitiere noch einmal den Bericht Molterer aus dem Jahr 1995, es gibt auch Zahlen für das Jahr 1996, daß für alle landwirtschaftlichen Produkte seit dem EU-Beitritt die Erzeugerpreise im Durchschnitt um 18 Prozent gesunken sind. Das heißt, die heimischen Bauern bekommen fast um ein Fünftel weniger, als das vor dem EU-Beitritt der Fall war. (Abg. Schinnerl: „Der Vizekanzler Schüssel hat das anders gesagt!“) Der hat das anders gesagt, ich bitte Sie, verlassen Sie sich auf den Landwirtschaftsminister und seinen schriftlichen Bericht selbst, der ist vom Nationalrat auch mit Stimmen der ÖVP anerkannt worden.

Außerdem kommt in diesem Bericht ganz klar heraus, daß 5 Prozent Menschen sich aus der Landwirtschaft als Arbeitsplatz gezwungenermaßen „ausklinken“ haben müssen. Das heißt, daß Landwirtschaft als Arbeitsplatz immer schwieriger ist.

Und ein weiterer Bereich, der besonders negativ auffällt, ist noch – nachdem das offiziell im Bericht des Landes Steiermark vorkommt – der Umgang mit Risikotechnologien in der Landwirtschaft. Es ist bekannt, daß in den nächsten Monaten in den EU-Raum beziehungsweise auch nach Österreich gentechnisch manipuliertes Soja aus den USA kommen kann. Da gab es weder von seiten der Bundesregierung noch von seiten der Abgeordneten – außer den Grünen – auf EU-Ebene entsprechend harte Gegenmaßnahmen. Das heißt, in der Steiermark wird man möglicherweise in etwa zwei Monaten genmanipuliertes Soja haben in unterschiedlichen Produkten, vom Schweinemastfutter bis zu Soletti, von Nestle-Produkten bis hin zu diversen Müsliriegeln. Überall dort kann sich genmanipuliertes Soja verstecken.

Ein zweiter Bereich, der mich sehr überrascht hat in Verbindung mit Gentechnik. Es hat vor zwei Wochen eine große Veranstaltung der Landwirtschaftskammer zur Gentechnik gegeben. Dazu gibt es in den „Landwirtschaftlichen Mitteilungen“ einen Bericht, und da heißt es tatsächlich: „Gentechnik – Chance, Pflicht und Bedenken.“ Der Begriff Pflicht kommt in der Symposionsankündigung nicht vor, aber die Kammer hat sich aus meiner Sicht mit diesem Begriff Pflicht zur Gentechnik ganz klar dazu positioniert, daß man keine Schwierigkeiten hat, auch Gentechnik in Österreich, in der Steiermark angewendet zu wissen. Ich habe vorher gesagt, daß die meisten Produkte im landwirtschaftlichen Bereich, nämlich genau bis auf eines, bis auf Weißwein, ganz starke Erzeugerpreisverluste hinnehmen mußten. Den Konnex zur EU-Agrarpolitik stellt auch der Jahresbericht des zuständigen Ministers selbst her. Das ist nichts, das ich jetzt bewußt als Oppositionspolitikerin hineingeheimnisse. Es ist inter-

essant, daß im Weinbereich, im Bereich der Reben, weltweit kaum gentechnisch manipulierte Verfahren angewandt wurden. Das hängt einfach damit zusammen, daß sich die Weinbauern bewußt sind, daß in diesem Bereich – es ist der einzige Bereich, wo eine Kostensteigerung möglich war – der Imageverlust zu groß wäre. Der Imageverlust wäre noch größer als bei Mais, als bei Erdäpfeln, als bei Tomaten, weil Wein einfach ein sehr edles Getränk ist, und trotzdem haben wir vom Landwirtschaftsministerium erfahren, daß das Land Steiermark vorhat, Forschungsvorhaben im Bereich gentechnisch veränderter Wein durchzuführen. Wir haben daraufhin sofort mit dem Büro Pörtl Kontakt aufgenommen und auch mit allen Landtagsfraktionen, und ich möchte jetzt einen Antrag einbringen, betreffend Mitfinanzierung von Forschungsvorhaben im Bereich von gentechnisch verändertem Wein durch das Land Steiermark.

Zeitungsberichten zufolge und nach Auskunft des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft ist die Steiermark an einer Mitfinanzierung an einem Forschungsvorhaben über bio- und gentechnologische Methoden zur Resistenzzüchtung von Reben interessiert. Nach Mais, Raps, Zuckerrüben, Erdäpfeln und Tomaten droht nun auch das Aushängeschild der steirischen Landwirtschaft, der Wein, Objekt der gentechnischen Forschung zu werden. Laut Jahresbericht 1995 des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft ist Wein das einzige landwirtschaftliche Produkt, daß trotz EU-Beitritt einen höheren Erzeugerpreis erzielen konnte als vorher. Neben ungeklärten Langzeitfolgen für Mensch und Umwelt ist im konkreten Fall vor allem ein Imageverlust der steirischen Weinbauern und ein Preisverfall für den steirischen Wein insgesamt zu erwarten.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Steiermärkische Landtag fordert die Steiermärkische Landesregierung auf, keine finanziellen Mittel für die Züchtungsforschung und Freisetzung von gentechnisch veränderten Weinreben zur Verfügung zu stellen.

Ich muß sagen, ich war sehr überrascht, daß Schritte in diese Richtung von Landesregierungsebene überhaupt aufgenommen wurden, ohne damit den Landtag zu befassen, und ich sehe dieses konkrete Projekt, das wir verhindern möchten mit Unterstützung der ÖVP und ich hoffe der SPÖ, als einen Arbeitsauftrag an die Landesregierung insgesamt im Bereich gentechnische Forschung in der Landwirtschaft, keine weiteren Mittel zu investieren. Wie gesagt, ich bin sehr überrascht darüber, weil im letzten halben Jahr von allen Fraktionen Gentechnikträge eingebracht wurden und dann, wenn es konkret wird, wenn steirische Mittel in Genweinforschung fließen sollen, dann müssen die Grünen das durch Zufall über das Landwirtschaftsministerium erfahren.

Ich sehe da eine grobe Fahrlässigkeit von den Landwirtschafts- und Umweltpolitikern, die in diesem Bereich viel besser an Informationen herankommen als wir. Ich bitte Sie daher auch, daß Sie diesen Antrag von uns unterstützen. Bitte schön, Herr Klubobmann. (Abg. Dr. Flecker: „Da sind wir raufgegangen auf den Antrag!“) Das habe ich vorher gerade erwähnt, Herr Klubobmann Flecker. (Abg. Dr. Flecker: „Weil Sie

gesagt haben, die ÖVP und hoffentlich auch die SPÖ!")

Ich muß jetzt einmal Lobes- und Dankesworte an den sonst sehr unökologisch agierenden Klubobmann der SPÖ schicken. Es stimmt tatsächlich, daß die SPÖ sehr schnell als einzige Fraktion und ohne von uns eine Änderung des Antrages zu verlangen, diesen Text sofort unterstützt hat. Das ist ein Schritt, wo man nur hoffen kann, daß sich die Kaufmann-Fraktion gegen die Pörtl-Fraktion auch längerfristig durchsetzen wird im Landtag.

Ich möchte noch einen Antrag einbringen, bezogen auf die ÖPUL-Maßnahmen der EU, die in der Steiermark kaum umgesetzt werden. Das wären genau diejenigen Maßnahmen, die in Richtung Erhalt einer natürlichen Artenvielfalt gehen. Gentechnik erzeugt mit hoher Geschwindigkeit künstliche Organismen mit Hightech-Mitteln. Die natürliche Artenvielfalt zu erhalten, haben zwei ÖPUL-Maßnahmen, die Maßnahme zur Förderung gefährdeter heimischer Pflanzenarten und die zur Förderung gefährdeter heimischer Tierarten, zum Ziel. Ich möchte, nachdem diese Maßnahmen in der Steiermark kaum umgesetzt werden, weil die Betroffenen offenbar auch nicht entsprechend informiert sind, folgenden Antrag stellen.

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Land- und Forstwirtschaftskammer heranzutreten, damit in Kooperation mit Biobauernverbänden die ÖPUL-Maßnahmen „seltene Nutztierassen“ und „seltene landwirtschaftliche Kulturpflanzen“ verstärkt beworben werden können.

Herr Klubobmann Flecker, selbstverständlich ist die Kollegin Kaufmann als erste von den Nicht-oppositionsparteien auf diesen Antrag draufgegangen. Ich würde mich freuen, wenn ihn alle anderen Fraktionen auch unterstützen würden. Danke schön. (Beifall bei den Grünen. - 13.15 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Landesrat Pörtl. Er hat das Wort.

Landesrat Pörtl (13.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Einige Sätze zur Wortmeldung von Kollegin Zitz: Ich möchte für die Steiermark einmal festlegen, weil der Eindruck vermittelt worden ist, daß 70 Prozent der Mittel in die Agrargroßindustrie und in den Export wandern. Ich stelle fest, daß 70 Prozent der ÖPUL-Mittel in Grünlandgebieten und Berggebieten ihren Niederschlag finden und daß die Investitionsförderung zur Erhaltung unserer bäuerlichen Betriebe geschaffen worden ist. Der dritte Punkt, daß vor allem die 5b-Strukturförderung genau das Gegenteil der agrarindustriellen Entwicklung im Grunde auslöst, und die Feststellung, daß Agrarpreise sich um 18 Prozent reduziert haben, das war in der klaren Vorausschau immer die Position in der Landwirtschaft. Auf Grund dessen sind diese Ausgleichsprogramme entwickelt worden. Aber das ist speziell die Folge der GATT-Vereinbarungen.

Ich möchte wirklich bitten, sich einmal in der Schweiz zu erkundigen, wie „lustig“ es dort ist, unter den derzeitigen Bedingungen ohne dieser „grauslichen“ Europäischen Union und „sinnlosen“ Agrarpolitik Landwirtschaft zu betreiben. Ich glaube daher, daß wir uns solchen Fragen offensiv zu stellen haben. Das gilt auch in der Genfrage. Nur zu ignorieren, ist zu gefährlich und zu wenig. Eine Klarstellung der Gefahr und der Chancen sowie Gegenstrategien zu entwickeln ist ein zweiter richtiger Schritt. Ich glaube daher, daß es ein ganz wesentlicher Punkt ist, die Kennzeichnung genmanipulierter Produkte oder Vorprodukte durchzusetzen. Das ist ein wesentlicher Punkt, der vor allem eine sehr klare Positionierung in der inneren Ablehnung die Dinge verstärkt.

Ich bin selbstverständlich auch der Meinung, was genmanipulierte Weinreben betrifft. Wir haben nie die Absicht gehabt. Nur gibt es eine Biotechnologie. Sie dürfen jetzt nicht lachen, denn da geht es hauptsächlich um die Frage der Vaterschaftsfeststellung der Weintrauben beziehungsweise der Weinreben. Wir sind jetzt erst draufgekommen, daß unser Müller-Thurgau kein Riesling Sylvaner ist, sondern daß der Züchter bei einer Umsiedlung die Reben verwechselt hat und eine Gutedeltraube da wesentlich mit dabei ist beim Müller-Thurgau. Wir wollen aber jetzt keine Ahnenforschung betreiben. Es geht schwerpunktmäßig darum, daß Sicherungsmaßnahmen für die Sortenreinheit vorangetrieben werden, damit eben solche Durchmischungen im Grunde nicht möglich sind.

Das gleiche gilt auch für seltene Nutztierassen. Das ist bereits ein Programm gewesen, das wir bisher gefahren sind mit dem Generhaltungsprogramm, wo wir bei Tieren und selbstverständlich auch bei Pflanzen, und ich halte das für sehr logisch, die Werbestrategie für solche Produkte verstärken. Wer beim steirischen Fleischrindertag war, hat erlebt, was eigentlich an Genetik alles vorhanden ist, allein im Rinderbereich. Wie diese Bergziegen beziehungsweise die Hochlandrinder aus den Tiroler Bergen und alles, was sich dort auf dem Gebiet abgespielt hat, bis hin zum Wiederentdecken der Murbodner, sich darstellen, so ist das ein weites, reiches Feld über die Züchtung, vor allem an Spitzenprodukten ohne Genmanipulation zu erreichen. Das ist ganz klar auch unsere Position.

Ich bin sehr dankbar, wenn wir hier einheitliche Positionen einnehmen. Ich möchte aber nochmals sagen, vor allgemeinen Entwicklungen nur wegschauen und sich hineinhechteln in den Sand und sagen, das gibt es nicht, das, glaube ich, ist nicht der richtige Weg. Wir müssen solche Herausforderungen offensiv in unserem Sinne für eine natürliche Landwirtschaft und zur vernünftigen Positionierung unserer Landwirtschaft gegenüber unseren Konsumenten und unseren Konsumentenbedürfnissen vertreten. In diesem Sinne möchte ich das klargestellt haben, daß hier nicht der Eindruck entsteht, die Europäer haben uns restlos aufgefressen.

Soweit ich jetzt orte, ist das Hauptproblem die BSE-Krise. Ich glaube, wenn wir keine Einlagerungsaktion hätten, dann würden wir schön dastehen. Wir hätten alle Rinder von den Herbstviehmärkten heimtreiben können, weil kein Angebot vorhanden gewesen wäre.

Das ist die Realität. Daher habe ich mich schnell zu Wort melden müssen, damit hier nicht irgend etwas in die Köpfe einsickert, was in Wahrheit nicht stimmt. (Beifall bei der ÖVP. – 13.20 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl am Wort.

Abg. Dr. Wabl (13.20 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Von der Regierung ist Gott sei Dank der Herr Landesrat Pörtl da. Ich war ursprünglich der Meinung, daß dieser EU-Bericht und die Frage des EU-Beitrittes eine sehr weitreichende Bedeutung haben, die auch andere interessieren könnte. Ich habe mich aber getäuscht, auch, was die Medien anlangt, denn alle warten heute schon auf die dringliche Anfrage. Ich sage ja, der Kollege Gries, Entschuldigung, daß ich Kollege Gries gesagt habe, Chefredakteur Gries. Ich möchte hier hervorheben, was für uns nicht sehr einfach ist, wenn man eine Tagesordnung mit neun Punkten und nicht sehr spektakulären Dingen hat. Aber gerade der EU-Bericht ist doch von einer Bedeutung. So wichtig dringliche Anfragen sind, aber die Medienlandschaft bewegt sich in die Richtung, daß man sich auf die dringlichen Anfragen stürzt.

Vorher war der Krankenhausgipfel. Ich bin nicht einer, der neidig ist, aber ich bin halt irgendwo überrascht, wenn wir hier herinnen diskutieren, und alles hat Interesse für da drüben, wo wir gar nicht dabeisein können. Das sind halt die Dinge, über die man nachdenken müßte und sich vielleicht Gedanken macht. Aber der Chefredakteur Gries, und das möchte ich da hier hervorheben, wenn man dann die Berichte nachher liest, und ich bin schon seit dem Jahr 1981 da, hat es früher Zeiten gegeben, wo eine Landtagsdebatte oder Tagesordnung einigermaßen noch kommentiert worden ist oder zumindest auszugsweise wiedergegeben wurde. Die einzige „Neue Zeit“ ist es heute noch, die über den Ablauf berichtet, was ja auch für unsere Arbeit wichtig ist, weil die Leute draußen fragen ja sehr oft, was tut ihr eigentlich im Landtag. Wenn dann nur mehr über wichtige Dinge, wie Meinungsumfragen, die eine ganze Seite dann beinhalten, berichtet wird, so muß man halt hier die Frage nach der Rangordnung, nach dem Wertmaßstab stellen.

Ich möchte zu drei Punkten Stellung nehmen in aller Kürze. Zuerst zum Kollegen Strenitz, entschuldige, Präsident Strenitz. Präsident zu sein ist ja an sich eine interessante Aufgabe, und vor allem ist es dann interessant, wenn der Herr Präsident zum Rednerpult schreitet und sich Zeit nimmt. Das ist immer ein Beweis, daß das Thema ein wichtiges ist. Und der Kollege Strenitz ist ja an sich ein rhetorisch hochgeschulter und wortgewaltiger Mandatar, und ich muß sagen, ich kann seine Wortmeldung nur 100prozentig unterschreiben. Auch ich bin zutiefst betroffen über all die Auswirkungen in sozialpolitischer, beschäftigungspolitischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht. Und wenn es uns nicht gelingt, die sozialpolitischen Auswirkungen in den Griff zu bekommen, das heißt, daß die EU eine starke Verteilungsgerechtigkeitsnote, eine starke sozialpolitische Note bekommt, wenn es uns nicht gelingt, in den Kriterien auch die Be-

schäftigungssituation, die Arbeitslosenrate und auch die Verteilungsgerechtigkeit aufzunehmen, dann sehe ich in wahrstem Sinne des Wortes grün oder schwarz, und ich meine, daß dieser Sprengstoff, der in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, der im Verlust von Arbeitsplätzen gelegen ist, daß dieser Sprengstoff uns alle einholen wird.

Und der Kollege Jeglitsch – ich möchte heute nicht nur Komplimente verleihen –, ich muß wirklich sagen, es ist manchmal schade für uns alle, ich höre immer sehr aufmerksam zu, der Herr Kollege Jeglitsch ist auch ein Professor an der Hochschule, und für mich sind seine Wortmeldungen, auch zu wirtschaftspolitischen Fragen, sehr hilfreich, hoch interessant und auch sehr lehrreich. Ich glaube einfach, man sollte, wenn wir schon hier Diskussionen über solche Berichte vornehmen, wobei natürlich wir nicht Politik betreiben, aber wir sollten das zum Anlaß nehmen, daß man sich mit Inhalten auseinandersetzt, weil das sehr selten der Fall ist. Und wenn aber diese Frage der Wirtschaftspolitik der Kriterien, wie Verschuldungsgrad, Neuverschuldung, fast ausschließlich in den Vordergrund der politisch Verantwortlichen in der EU stehen, so ist das für uns sicherlich ein Alarmzeichen. (Beifall bei den Grünen.)

Zum zweiten, zur Frage der Landwirtschaft. Kollege Pörtl, Herr Landesrat Pörtl, entschuldige vielmals, aber wir sind alles Kollegen, zumindest bei der Diskussion. Es ist schon richtig, daß wir in der Steiermark versuchen, unsere kleinstrukturierte Landwirtschaft zu erhalten aus der tiefsten Überzeugung heraus, daß unser Land diese Struktur braucht. Nicht nur wegen der Landschaft zur Erhaltung, auch – und das sage ich hier mit aller Deutlichkeit – wegen Erhaltung der Kultur, der Wertmaßstäbe, die dort herrschen, und natürlich auch vom Gesichtspunkt der Versorgung aus. Es gibt namhafte und gescheite Leute, die sagen, man hätte oder müßte überlegen, ob man nicht die Landwirtschaft – was heute wahrscheinlich nicht mehr möglich ist –, das Uruguay-Abkommen, GATT und so weiter. Aber ich persönlich bin der tiefsten Überzeugung, daß die Landwirtschaft in der Form in der EU nicht überleben wird. Ich bin zutiefst der Überzeugung, daß Landwirtschaft nicht mit Wirtschaft gleichgesetzt werden darf. Landwirtschaft hat andere Voraussetzungen, hat einen anderen Ursprung. Landwirtschaft war und ist immer wieder eine Form der Wirtschaft, wo es in erster Linie darum geht, die Bevölkerung einer Region mit Lebensmitteln, nicht mit Nahrungsmitteln, wie die Kollegin Kaufmann immer gesagt hat ganz richtig, mit Lebensmitteln zu versorgen, mit frischen Lebensmitteln, ursprünglichen Lebensmitteln, gesunden Lebensmitteln, und nicht zuzulassen, daß ein ungebremster Wettbewerb auf dem ganzen Kontinent und weltweit herrscht, wo die kleinen Landwirte natürlich untergehen müssen.

Ich persönlich kann mich nicht damit abfinden, Herr Landesrat Pörtl, daß man sagt, die Erzeugerpreise in der Landwirtschaft sinken automatisch durch den Wettbewerb. Ich bin immer wieder entsetzt, und damit kann ich ehrlich nicht umgehen, daß ein Joghurt, das die Landwirtin in der Obersteiermark oder in irgendwelchen Teilen der Steiermark zusammenfügt zu einem Fru-Fru oder mit Marmelade, daß sie das zum Erzeugerpreis herstellt, der höher liegt als bei

einem Joghurt von Müllermilch oder was immer das ist, das Tausende von Kilometern transportiert worden ist. Man hat Untersuchungen, daß ein europäisches Joghurt 8000 Kilometer transportiert wird, bis die Marmelade zur Milch kommt. Das ist doch ein heller Wahnsinn. Dann wird es hergeführt und kostet dann weniger als das, was an Kosten der Landwirtin vor Ort entstehen. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Das ist Mischen auf der Straße!“)

Da müßten wir uns überlegen, wo das hinführt, diese Transportflut, die mangelnde Kostenwahrheit für den Transport auf der Straße. Dann muß man dieses Thema einmal anpacken. Ich glaube nur und habe Sorge, daß man, wenn die Ausgleichszahlungen, die ja degressiv gestaffelt sind, wenn die wegfallen oder nicht mehr in der Form bezahlt werden, daß dann unsere Landwirtschaft tatsächlich bis auf wenige Großbetriebe überbleibt. Und alles, was hier propagiert wird, das ist industrielle Landwirtschaft mit all den Nachteilen auch für unsere Gesundheit, das möchte ich hier besonders betonen. Und daher meine ich, und der Überzeugung war ich immer, und damit bin ich schon fertig, daß die Landwirtschaft sich grundsätzlich nicht eignet für eine arbeitsteilige Großraumwirtschaft mit unzähligen Transportkilometern, wo der kleine Landwirt oder die kleine Landwirtin nur überbleiben kann. Das kann nicht funktionieren.

Wenn ich daran denke, daß die Hälfte des EU-Budgets für den Landwirtschaftsbereich verwendet wird, da ist ja eine Entwicklung im Gange, die wir alle nicht begrüßen können. Wir werden es hier nicht aufhalten können. Ich wage nicht, zu fragen oder daran zu denken, was in zehn Jahren sein wird. Wenn man schaut, Monika, du weißt es besser, wie viele Landwirte am Tag zusperren, wie viele Arbeitsplätze verlorengehen, wie viele Landwirte in einen Nebenberuf oder Hauptberuf dann flüchten, weil sie nicht mehr weiterkönnen. Wie das weitergehen soll.

Dann ist beim Bauern eines noch interessant. Mit den Förderungen, die oft mit schwierigen Formularen verbunden sind, mit denen ist es ja nicht getan. Es geht ja um das Selbstwertgefühl. Wenn ich nichts mehr für mein Produkt bekomme und wenn ich das Gefühl habe, ich bekomme nur mehr ein paar Unterstützungsbeiträge, damit ich überleben kann, dann läßt die Begeisterung auch nach. Ich frage mich, wie wir diese Schere durchbrechen werden. Und da geht es auch darum, daß wir zwei Dinge den Menschen sagen müssen, und nicht so, wie das von der Ederer gesagt worden ist, ja um 1000 Schilling billiger. Alles, was dort billiger wird, wird für den Produzenten auch zum Bumerang. Wir sind ja leider Gottes nicht bereit zu sagen, gesunde Landwirtschaft, gesunde Lebensmittel, ursprüngliche Lebensmittel, die sollen auch etwas wert sein. Ich weiß schon, daß für sozial Schwächere eine Milch, die 10 Schilling oder 12 Schilling kostet, daß er sich es überlegt und um 8 Schilling sich eine Packerlmilch kauft. Eine Packerlmilch, die nicht frisch ist und die nicht jene Mineralien beinhaltet, die sie beinhalten soll, ist nicht das, was wir uns wünschen. Ich bin der Meinung, daß wir einer Entwicklung entgegengehen, auch wenn alle diese Förderungsmaßnahmen greifen, daß die Landwirt-

schaft auf das Ärgste bedroht ist und daß vor allem unsere kleinstrukturierte Landwirtschaft mehr als gefährdet ist.

Es gibt ein Wort, es hat sich auch bewiesen im Kommunismus: Dort, wo die freie Landwirtschaft, der freie Landwirt zugrunde gehen, dort geht auch die Gesellschaft zugrunde. Im Kommunismus hat man das festgestellt. Dort hat man geglaubt, mit den Kolchosen, mit einer Zwangswirtschaft kann man die gesellschaftlichen Probleme und die Ernährungsprobleme meistern. Das Gegenteil war der Fall. Und auch bei uns ist diese Entwicklung eine höchst dramatische.

Das Zweite wären noch die Frage des Naturschutzes, des Schutzes seltener Vogelarten und die Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie. Mich hat das erschüttert, wie ich gehört habe, daß die EU zwar gilt und wir zwar bei der EU sind, so halten wir uns in sehr vielen Bereichen an EU-Vorschriften, aber in der Frage der Ennsnahen Trasse ist uns das so quasi Wurscht. Das gilt zwar, und das hat die EU zwar erklärt, daß dort dieser Wachtelkönig im Wörschacher Moor zwar vorhanden ist, aber an das brauchen wir uns nicht halten. In allen anderen Bereichen halten wir uns an EU-Vorschriften, auch wenn sie manchmal noch so unsinnig und noch so problematisch sind, aber da halten wir uns nicht dran.

Die Kollegin Karisch, sie ist jetzt leider nicht da, hat ja an sich erklärt, daß es bedauerlich ist, daß die Steiermark da hier noch diesen Schritt nicht gegangen ist. Ich möchte daher einen Beschlußantrag einbringen. Der Kollege Flecker ist auch nicht da, weil der hat wahrscheinlich geträumt vom Wachtelkönig als massiver Befürworter der Ennsnahen Trasse. Man kann sich aber nicht nur die Rosinen aussuchen, und in dem Fall gilt es wirklich, daß man Naturschutz, insbesondere aber Vogelschutz, ernst nimmt. (Abg. Gennaro: „Die Menschen leben auch gerne!“) Ich nehme Menschenleben auch ernst. Es gibt auch dort Lösungen, die sowohl Menschenleben als auch Tierleben unter einen Hut bringen können. Was Menschenleben anlangt, so muß man halt überhaupt den Verkehr an sich einmal überdenken. Es ist aber auch schlimm bei Unfällen, die in einem Straßenbereich passieren, die gar nicht von der Ennsnahen Trasse betroffen wären, daß man das da hier quasi ausspielt in Richtung Ennsnahe Trasse. Aber der Kollege Flecker ist nicht da, damit ist die Brisanz aus der ganzen Frage genommen. Ich lese diesen Antrag vor.

Die Frist zur Umsetzung der Vogelschutz- und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie ist bereits überschritten. Das hat auch die Kollegin Karisch gesagt. Damit verletzt die Steiermark Gemeinschaftsrecht. Die Beschlußfassung über ein neues Naturschutzgesetz ist derzeit noch nicht absehbar, zumal der neue Gesetzesentwurf noch gar nicht in den Landtag eingebracht worden ist und Parteienverhandlungen wohl einige Zeit in Anspruch nehmen werden. Die fortwährende Verletzung von Gemeinschaftsrecht scheint daher für den Fall gewiß, daß die angeführten Richtlinien erst im Zuge eines grundlegend neuen Naturschutzgesetzes umgesetzt werden würden. Auf Grund des gemeinschaftsrechtlichen Normierungsbedarfes sollten daher die beiden Richtlinien im Wege einer Novellierung des

Naturschutzgesetzes 1976 unverzüglich umgesetzt werden. Also wir meinen, daß das vorgezogen werden sollte.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich eine Regierungsvorlage zur Novellierung des Naturschutzgesetzes 1976, LGBl. Nr. 65, in der geltenden Fassung, einzubringen, um die Vogelschutz- und die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie umzusetzen. Das ist der erste Antrag.

Dann haben wir noch einen zweiten Beschlußantrag, den ich auch noch vorlesen möchte. Hier geht es um die Agrarpolitik. Das grundsätzliche Problem der Beitragszahlungen an die EU besteht darin, daß der EU-Haushalt zu einem Großteil zur Finanzierung einer von französischen Vorstellungen geprägten großindustriellen EU-Agrarpolitik aufgewendet wird, was ich auch schon vorher gesagt habe. Bei einer Ausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik auf eine sozial und ökologisch verträgliche Landwirtschaft könnten somit beachtliche Mittel eingespart oder in Forschung und Technologie umgeschichtet werden, was zu einer zentralen Frage bei der Konkurrenzfähigkeit innerhalb von Europa, Nordamerika und Japan wird. Die Forderung der Herabsetzung von Beitragszahlungen ist daher mit einem Reformanspruch an die verschwenderische großindustrielle EU-Agrarpolitik zu verbinden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die österreichische Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, umgehend Nachverhandlungen mit der EU aufzunehmen, um klarzustellen, daß die Höhe der Beitragszahlungen bei der bestehenden Ausrichtung der EU-Agrarpolitik als nicht zweckmäßig erachtet werden kann, daß Einsparungen im EU-Agrarhaushalt durch eine Orientierung an eine sozial und ökologisch verträgliche Landwirtschaft vorzunehmen sind und daß die dabei eingesparten Mittel zur Reduktion der Beitragszahlungen oder zur Umschichtung in eine sozial und ökologisch verträgliche Strukturpolitik sowie zur Förderung der Forschung und technologischen Entwicklung Europas aufzuwenden sind. Ich bitte, diese unsere Beschlußanträge in die Beratungen miteinzubeziehen. Danke schön. (Beifall bei den Grünen. – 13.38 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Brünner.

Abg. Dr. Brünner (13.38 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich möchte zum Integrationsbericht einige Aspekte hinzufügen. Ein erster Aspekt betrifft den Bericht selbst. Da stimme ich all jenen zu, die den Bericht gelobt haben, denn er ist höchst informativ und, und das ist gerade für eine Minderheitspartei ganz wichtig, er ist kein Jubelbericht der Regierung, sondern er listet auch die Problembereiche auf, die wir mit der Integration haben, zum Beispiel, was die Umsetzung von EU-Richtlinien betrifft. Es ist schon die Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie angesprochen worden. Ich möchte die EU-Kommunal-

wahlrichtlinie ansprechen, die ebenfalls mit 1. Jänner dieses Jahres hätte umgesetzt werden sollen. Das Liberale Forum hat vor einem halben Jahr einen Wahlrechtsänderungsantrag eingebracht, der bis heute noch nicht das Licht des zuständigen Ausschusses erblickt hat. Ich merke freilich zustimmend auch an, daß heute bei dieser Landtagssitzung entsprechende Regierungsvorlagen zur Änderung des Gemeindevahlrechtes in der Steiermark eingebracht worden sind. Ich hoffe, daß in Kürze nach der Ausschlußbefassung Parteienverhandlungen sowohl über unseren Wahlrechtsänderungsantrag als auch über die Regierungsvorlagen stattfinden werden.

Ein Zweites: Gestatten Sie mir auch eine Nachlese zum 13. Oktober. Ich kann und werde nicht in das Wehgeschrei und in den Katzenjammer, insbesondere der SPÖ betreffend den 13. Oktober einstimmen, obwohl das Liberale Forum nur knapp in das EU-Parlament hineingekommen ist und auch wir nicht vor Freude singen. Trotzdem wird das Liberale Forum, so wie bisher, klar seine Pro-EU-Linie-Strategie fortsetzen und zum Unterschied von der Regierungskoalition dabei aber nicht mit Halbwahrheiten und Verschleierungen arbeiten und nicht nur die Vorteile des EU-Beitrittes aufzeigen, sondern auch die gravierenden Nachteile, die Österreich durch den EU-Beitritt erlitten hat, dabei auch auf Unangenehmes eingehen, von der Aufgabe der Neutralität, die vor dem Hintergrund des EU-Rechts und der EU-Politik unerlässlich sein wird, bis zur Aufgabe der Anonymität der Sparbücher. Alles Gegenteilige, das man den Österreicherinnen und Österreichern sagt, entspricht einfach nicht den EU-rechtlichen Tatsachen. Dabei möchte ich anmerken, daß ich selber, was die Aufgabe der Neutralität anbelangt, nicht der Grundlinie meiner Partei zustimme. Ich sehe in der Aufgabe der Neutralität keinen Sinn; ich bin hier in meiner Partei jedoch eine Minderheitsposition. Was ich nicht verstehen kann angesichts der Watschen, die die EU-Politik der Regierungskoalition am 13. Oktober verpaßt bekommen hat, ist, daß man jetzt seitens der Regierungskoalition sagt, von den 21 Abgeordneten im EU-Parlament seien ohnehin zwei Drittel für die EU, und das entspreche der Zweidrittelbefürwortung des Beitritts bei der Volksabstimmung.

Meine Damen und Herren, wer solche Milchmädchenrechnungen anstellt, der hat die EU-politische Watschen des 13. Oktober nicht verstanden. Bei der EU-Volksabstimmung waren über 80 Prozent bei der Abstimmung, bei der EU-Wahl am 13. Oktober rund 60 Prozent, das heißt, 20 Prozent sind wahrscheinlich aus Protesthaltung der EU-Wahl ferngeblieben. Wenn ich diese 20 Prozent zu den Stimmen der Freiheitlichen und der Grünen am 13. Oktober dazuzähle, dann gibt es in der österreichischen Bevölkerung derzeit keine Mehrheit für die EU, und nicht eine Zweidrittelmehrheit nach wie vor für die EU, weil man nur auf die 21 Abgeordneten schießt. Ein solches Nichtzurkenntnisnehmen von Fakten und Tatsachen wird uns in Zukunft weitere Probleme bescheren. Es werden noch Stunden der Wahrheit kommen, wo wieder die Bevölkerung in der Form einer Volksabstimmung gefragt werden muß. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn nach den Regierungsverhandlungen betreffend eine Erweiterung des Maastricht-Vertrages weitere Säulen vertraglich eingezogen werden, dann wird es auf der Grundlage des österreichischen Verfassungsrechtes, wenn tragende Prinzipien unserer Rechtsordnung tangiert sind, zwangsläufig wieder eine Volksabstimmung geben müssen. Und dann schaue ich mir die Geschichte an, wie diese Volksabstimmung angesichts der Situation in der Bevölkerung ausgeht. Dann wird sie nämlich so ausgehen, wie die Volksabstimmung seinerzeit in Dänemark ausgegangen ist über den Maastricht-1-Vertrag. Dann wird es nämlich seitens der österreichischen Bevölkerung ein Nein zur weiteren Integration in der Europäischen Union geben. Ich würde daher dafür plädieren, nicht Jubelmeldungen abzusetzen, sondern sich hinzusetzen und nachzudenken, warum plötzlich von einer Zweidrittelmehrheit Pro-EU so viele abgebröckelt sind, daß in der Bevölkerung derzeit – das ist meine untermuerbare Behauptung – keine Mehrheit mehr gegeben ist für die Europäische Union. Wenn man darüber nachdenkt, wird man ein bißchen so quasi in sich gehen müssen und sich fragen müssen, ob nicht das ständige Verschleiern – gelinde gesagt –, Verschleiern von unangenehmen Begleiterscheinungen des EU-Beitrittes dazu geführt hat beziehungsweise von Versprechungen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt, die schlicht und einfach nicht eingetreten sind. Die 1000-Schilling-Ersparnis-Versprechung von Brigitte Ederer ist heute schon zitiert worden. Oder ich denke an Hinweise, die die ÖVP immer wieder deponiert, daß die Liberalisierung der Gewerbeordnung wegen des EU-Beitrittes notwendig geworden ist, und diesen Schwarzen Peter Liberalisierung der Gewerbeordnung so quasi der EU zuschiebt. Die Gewerbeordnung hätte auch ohne Beitritt liberalisiert werden müssen, insbesondere dann, wenn man zu Recht seitens der ÖVP die geringe Selbständigenquote in Österreich im internationalen Vergleich besingt.

Vom Eiertanz, den man betreffend Neutralität aufgeführt hat, insbesondere die ÖVP, ganz zu schweigen. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich sammle Zeitungsausschnitte zu diesem Thema, weil es mich persönlich und als Verfassungsjurist sehr interessiert, wenn Sie mich fragen würden, welche Position jetzt wirklich die Österreichische Volkspartei zur Frage Neutralität und Aufgabe der Neutralität hat, ich müßte antworten, ich weiß es nicht ganz genau. Und wenn Sie mich fragen würden, was die Regierungskoalition auf diesem Gebiet vertritt, dann müßte ich ebenfalls sagen, ich weiß es eigentlich nicht ganz genau. Faktum ist, daß schon durch den Beitritt, verfassungsrechtlich abgesichert, ein Teil der Neutralität hat aufgegeben werden müssen. Und wenn wir den Beitritt zur Westeuropäischen Union verlangen, die Westeuropäische Union ist eine Verteidigungsgemeinschaft bereits jetzt, dann ist es ein Widerspruch zum Neutralitätsgesetz, und der Beitritt zur Westeuropäischen Union bedeutet zwangsläufig die Aufgabe der Neutralität.

Ich möchte auch auf die Rückflüsse und auf die Volumina betreffend die Rückflüsse der EU eingehen. Es ist vor der Volksabstimmung gesagt worden seitens der Bundesregierung, daß im Jahr der Mitgliedschaft

17 Milliarden Schilling zurückfließen werden. Es sind nur 10 Milliarden zurückgeflossen. Und jetzt kann man, Herr Kollege Jeglitsch, Prozentsätze nennen, aber laut Wirtschaftsforscher Breuß, er hat eine diesbezügliche Äußerung im Mai dieses Jahres abgegeben, sind zumindest 3 Milliarden unwiederbringlich verloren. Die werden schlicht und einfach nicht zurückfließen.

Wenn ich mir die Förderungssituation für die nächste Förderungsperiode, nämlich 1995 bis 1999, anschau, dann stellt sich die Situation für mich wie folgt dar: In dieser Förderperiode stehen seitens der EU knapp 2000 Milliarden Schilling zur Verfügung, 70 Prozent davon für Ziel-1-Gebiete. In Österreich leben aber nur 3,5 Prozent in einem Ziel-1-Gebiet, nämlich im Burgenland. Wie kann das der österreichischen Bevölkerung bitte verkauft werden? Oder für unser Ziel-1-Gebiet stehen für die Periode 1995 bis 1999 rund 5,9 Milliarden Schilling zur Verfügung. Die Hälfte davon muß aber national aufgebracht werden. Für Ziel-5b-Gebiete gibt es von der EU für Österreich 5,3 Milliarden Schilling. Der Kofinanzierungsanteil von Österreich beträgt aber 2,4 Milliarden Schilling. Aus dem Sozialfonds gibt es für Österreich 7 Milliarden Schilling, der Kofinanzierungsanteil beträgt 9,7 Milliarden Schilling. Ich frage mich, meine Damen und Herren, wie angesichts der Budgetprobleme und der Finanzierungsprobleme, die wir in Österreich haben, diese Kofinanzierungsanteile aufgebracht werden können. Und wenn sie nicht aufgebracht werden können, dann fließen nicht entsprechende Quoten aus den Förderprogrammen der EU zurück. Das heißt bitte auch für mich, daß mit der EU Nachtragsverhandlungen aufgenommen werden müssen, weil, Herr Kollege Jeglitsch, der österreichischen Bevölkerung nicht verkauft werden kann das Auseinanderklaffen der geringeren Rückflüsse und das Aufbringen der Kofinanzierungsmittel, was wahrscheinlich aus Budgetgründen nicht möglich ist einerseits und der Höhe des Mitgliedsbeitrages andererseits. Da können wir uns bitte nicht in den Sack lügen, da wäre es eben im Sinne einer vorwärts orientierten Europapolitik notwendig, abgesehen davon, daß es auch fair wäre, hier der Bevölkerung entweder reinen Wein einzuschenken und diese Zahlen auf den Tisch zu legen oder tatsächlich mit der Europäischen Union in Nachtragsverhandlungen über die Senkung des Mitgliedsbeitrages einzutreten, wofür ich plädieren würde.

Auf Grund der geschilderten Sachverhalte werden wir, das Liberale Forum, dem Beschlußantrag der Freiheitlichen, aus dem eben diese Nachtragsverhandlungsgeschichte hervorgeht, auch zustimmen. Ich möchte vielleicht noch eines anmerken, weil wir in verschiedenen Ausschüssen auch seitens des Landes und auch seitens der Bundesregierung immer neue Regionalmittel verlangen, ohne daß wir auf die Kofinanzierungsanteile dabei Bedacht nehmen, daß es wahrscheinlich gescheiter wäre, auf das Einfordern immer neuer Regionalmittel zu verzichten, weil wir uns wahrscheinlich die Kofinanzierungsanteile nicht werden leisten können.

Ein Drittes, nämlich zu den Ausführungen des Integrationsberichtes betreffend die Gentechnik und auch gleich zum Antrag der Grünen betreffend die

Mitfinanzierung von Forschungsvorhaben im Bereich von gentechnisch veränderten Wein durch das Land Steiermark. Es liegen, wenn ich es richtig zähle, in den Ausschüssen des Landtages zwischen sieben und neun verschiedene Anträge der Landtagsfraktionen zur Gentechnik. Es sind teilweise punktuelle Anträge, auch wir haben punktuelle Anträge gestellt. Die Landesregierung gibt ihrerseits Stellungnahmen zur Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen ab, ohne daß dem Landtag offiziell diese Stellungnahmen zur Verfügung gestellt werden und bekannt sind. Ich möchte einmal mehr dafür plädieren, die Frage der Folgen der Gentechnik und der Abschätzung der Folgen der Gentechnik für die Steiermark systematisch und gesamthaft in einer Art Unterausschuß des Landtages zu diskutieren, damit wir ein bißchen wegkommen von dieser punktuellen Betrachtungsweise.

Die Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl, Mag. Zitz und Dipl.-Ing. Getzinger stellen daher folgenden Beschlußantrag betreffend Einsetzung einer Enquetekommission des Landtages zur Folgenabschätzung der Gentechnik unter Berücksichtigung europarechtlicher Entwicklungen.

Dem Landtag liegen bereits Anträge betreffend die Gentechnik vor und werden immer wieder vorgelegt. Eine punktuelle Beratung dieser Anträge führt zu keiner systematischen und gesamthaften Analyse und Beurteilung der Folgen der Gentechnik. Es sollten daher in einer Enquetekommission des Landtages zur Folgenabschätzung der Gentechnik eine systematische und gesamthafte Analyse und Beurteilung der Folgen der Gentechnik vorgenommen werden. Dabei ist auch auf europarechtliche Entwicklungen Bedacht zu nehmen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Es wird eine Enquetekommission des Landtages zur Folgenabschätzung der Gentechnik unter Berücksichtigung europarechtlicher Entwicklungen eingesetzt. Die Enquetekommission setzt sich aus Vertretern aller Landtagsparteien zusammen. Auskunftspersonen können beigezogen werden. Dem Landtag ist innerhalb eines Jahres Bericht zu erstatten. Über die Verhandlung in der Enquetekommission werden stenographische Protokolle verfaßt und gedruckt herausgegeben.

Damit keine Mißverständnisse entstehen, möchte ich festhalten, daß es nur ein Bericht der Enquetekommission an den Landtag wäre und nicht irgendwelche Vorschläge betreffend Gesetzesänderungen. Der Bericht hätte den Vorteil, daß man alle diese Einzelanträge sich einmal genau anschaut und die Auswirkungen der Gentechnik auf die Steiermark diskutiert.

Ich möchte noch kurz etwas zu den Ausführungen von Herrn Landesrat Pörtl über die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte sagen, aber auch über die Kennzeichnung von Vorprodukten. Ich stimme Herrn Landesrat Pörtl vollkommen zu, denn ich bin ein Verfechter der vollständigen Kennzeichnung, sowohl der Produktkennzeichnung als auch der Verfahrenskennzeichnung, das heißt Kennzeichnung auch dann, wenn sich im Produkt keine gentechnisch veränderten Organismen mehr befinden, aber im Zuge

des Verfahrens die Gentechnik eingesetzt worden ist. Ich stimme daher Herrn Landesrat Pörtl vollkommen zu. Ich frage mich nur, wie das innerhalb der ÖVP mit der Akkordierung aussieht, denn seit ich mich mit der Gentechnik beschäftige, und das hat schon im Parlament begonnen, hat das Wirtschaftsministerium ständig ein Nein zu einer umfassenden Kennzeichnungspflicht gesagt, insbesondere zu einer Kennzeichnungspflicht betreffend die Verfahrenskennzeichnung. Hier würde mich einmal interessieren, wie hier wirklich die Position der ÖVP gesamthaft dazu aussieht, weil ich könnte das, was Herr Landesrat Pörtl gesagt hat, vollinhaltlich akzeptieren. (Beifall beim LIF und den Grünen. – 13.54 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker.

Abg. Ing. Löcker (13.54 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Einige Schwierigkeiten in der Nachvollziehung habe ich bei der gerade gemachten Wortmeldung des Kollegen Brünner schon. Vielleicht kannst du mir da Aufklärung geben. Bei der ersten Abstimmung über die EU-Mitgliedschaft haben sich 80 Prozent beteiligt, und es war, wie schon gesagt, eine Zweidrittelzustimmung. Jetzt, bei dieser neuerlichen Abstimmung, haben sich 60 Prozent beteiligt. Das war auch wieder eine Zweidrittelzustimmung, wenn man die Parteien so zusammenrechnet. Du sagst aber, die restlichen 20 Prozent von 60 auf 80 waren Gegner. Wie kommt man zur Annahme, wenn bei einer Wahl 20 Prozent nicht an der Wahl teilnehmen, daß die sozusagen in Differenz sind in der Zuordnung, daß aber dann indifferent von 20 auf 40 Prozent Nichtwahlbeteiligung grundsätzlich Gegner gewesen sein müßten? Das kann ich mir nicht ganz erklären. (Abg. Dr. Brünner: „Wahrscheinlich!“) Wahrscheinlichkeit. Das ist dann schon korrekter. Es ist aber schwer, das nachzuvollziehen. Das ist ja das Problem.

Wir diskutieren heute über diesen EU-Bericht. Je nach Parteienzugehörigkeit und Sympathie ist man der Meinung, daß es richtig war, zur EU zu gehen, oder weniger richtig oder überhaupt nicht richtig. Ich glaube, man sollte ein bißchen die Größenordnung und die Zusammenhänge beachten. Es geht schließlich und endlich um ein europäisches Unternehmen, wenn ich das salopp sagen darf. Das sagt aber nicht, daß es nicht eine globale Betrachtung noch gäbe beziehungsweise eine nationale. Wir wissen, was sich global in den letzten Jahren ereignet hat. Die Einflüsse dieser globalen Entwicklung sind sicherlich viel, viel größer in der Wirksamkeit, als es je eine europäische sein könnte.

Denken wir, und da stimme ich den Vorrednern durchaus zu, an die Verbilligung des Verkehrs und damit an die Explosion der Warenverkehre. Denken wir an das Zusammenbrechen des Ostblocks, mit der Öffnung der Grenzen und mit dem Auftreten eines neuen Konkurrenten unter völlig anderen Voraussetzungen, wie wir sie hätten. Denken wir, wenn wir national denken, an unsere Entwicklung der Alterspyramide, ein Umkippen dieser Pyramide, daß früher zwei Aktive einen Pensionisten versorgen mußten und

heute wir in den Bereich der umgekehrten Situation kommen. Ich glaube, man sollte wirklich die Kirche im Dorf lassen.

Wenn wir in Österreich rund 14 Milliarden Schilling im Jahr als Nettozahler für die EU aufwenden, bei einem Bundesbudget von nur rund 700 Milliarden, dann sieht man allein schon an diesem Größenanteil, daß das nicht so sensationell umwälzend sich für Österreich auswirken kann. Da kommen noch die ganzen anderen Budgets der Gebietskörperschaften dazu, so daß dieser Prozentsatz nochmals erheblich geringer wird. Jetzt zu erwarten, daß alles besser wurde, weil wir bei der EU sind, wäre ja völlige Überschätzung der Möglichkeiten gewesen. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ihr seid wie tibetanische Gebetsmühlen durch das Land gezogen und habt das Blaue vom Himmel erzählt. Die Leute sind enttäuscht, weil das nicht stimmt!“) Ich habe gerade gesagt, daß sich global verschiedenste Dinge geändert haben, die gerade die sogenannten reichen Länder am meisten treffen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Die EU hat sich geändert!“) Ich werde noch weiterreden. Ich bin einverstanden.

Ich glaube, daß wir wirklich überlegen sollten, was können wir bei der EU herausholen. Man muß aber trotzdem sagen, daß zum Beispiel schon vor zwei Jahren die Förderungen ausgehandelt wurden. Kollege Jeglitsch hat mir gerade gesagt, daß im Zuge der ETPP die Kofinanzierung genau geregelt wurde. So wie es der Herr Kollege Brünner gesagt hat, stimmt das nicht. Es ist bisher noch kein Projekt an mangelnder Kofinanzierung in Österreich gescheitert. Das stimmt einfach nicht. Das muß man eben ehrlicherweise auch sagen.

Jetzt werde ich pragmatisch und möchte den nationalen Anteil an unserem Wohlbefinden oder Nichtwohlbefinden auch einmal etwas erläutern, und zwar ganz einfach deswegen, weil diese Wahl ja schließlich nicht zu einer großen Abstimmung über die Befindlichkeit in Europa wurde, sondern sie wurde ja zu einer nationalen Denkmittelveranstaltung umgewandelt. Wenn man das so national auslegt, dann möchte ich hier die nationalen Randbedingungen auch beleuchten. Wenn wir glauben, daß wir zuwenig Arbeitsplätze in Österreich haben, und wir haben verschiedene Probleme in diesem Bereich, dann sollten wir uns aber wohl sehr genau überlegen, wie weit wir selbst daran die Schuld tragen.

Da erzähle ich Ihnen jetzt ein, aber es ist symptomatisch, weil es sich vervielfältigt und vierhundert- und vertausendfach, Beispiel, wie wir in Österreich mit unserer Wirtschaft umgehen. Ich kenne im Großraum von Graz einen Konditorei-Kaffeehaus-Betrieb. Dieser Betrieb hat 30 Jahre anstandslos gearbeitet. Der Inhaber war von in der Früh bis abends im Geschäft und hat gearbeitet. Im Laufe dieser Jahrzehnte hat er viele Lehrlinge ausgebildet, hat seine Steuern und sonstigen Abgaben abgeliefert. Eines Tages erscheint bei ihm ein Kontrollor der Lebensmittelbehörde, kauft zehn Faschingskrapfen, läßt sie verpacken und gibt sich dann als Organ der Lebensmittelpolizei aus, um die Untersuchung anzukündigen. Die Untersuchung hat folgendes ergeben:

Das Faschingskrapfenrezept, und bitte entschuldigen Sie mir, daß ich so penibel bin, aber es ist bezeichnend für unsere Geisteshaltung, sagt, daß ein Faschingskrapfen 40 Gramm haben muß. Alle zehn Krapfen haben bei der Nachwaage diese 40 Gramm ergeben. Weiters sagt das Rezept, daß davon 15 Prozent, also 6 Gramm, Marmeladefüllung sein müssen. Von den zehn Krapfen haben sieben Krapfen 6 Gramm gehabt und drei zwischen 4 und 5 Gramm. Auf Grund dieses Ergebnisses wurde der Inhaber dieser Konditorei wegen Verletzung des Lebensmittelgesetzes angezeigt und vor ein Strafgericht gebracht. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Das Gesetz habt's brav mitbeschlossen! - Obwohl so viele Leute über Krapfen Bescheid wissen!“)

Jetzt wurde ein Sachverständiger beigezogen. Der Sachverständige kam zur Kenntnis, daß von der Herstellung der Krapfen bis zur Abwaage durchaus 1 bis 2 Gramm Flüssigkeit aus der Marmelade verdunstet sein hat können, und dann hat ein Richter Senat dieses Verfahren, dieses Strafverfahren, eingestellt. Der Konditoreiinhaber kam mit einer Ermahnung davon.

Er hatte aber immerhin dann genug von seinem Selbständigsein, und weil er ohnehin schon in Pensionsnähe war, übergab er den Betrieb an seinen Sohn. Dieser - voller Freude - wollte die Krapfenproduktion und das andere fortsetzen. Es klingt lustig, aber es ist leider sehr, sehr traurig. Worauf die Gemeinde feststellte, daß ein Besitz- und Rechtswechsel erfolgte, und natürlich auch die Gewerbebehörde, daß die Betriebsstätte neu zu genehmigen sei. Es wurde also eine hochpeinliche Kommission einberufen, und diese stellte fest, daß nach 30 Jahren die Flächen der Toiletten zu klein waren für das Lokal gegenüber bisher. Er wurde aufgefordert, innerhalb einer Frist diesem Umstand Abhilfe zu schaffen. Er hat dann einen Projektanten geholt, der hat ihm die Sanitäre durch einen Zubau geplant. Daraufhin wurde dann von der Gemeinde das Bauverfahren eingeleitet. Die Gemeinde wiederum stellte beim Bauverfahren fest, daß die Bebauungsdichte von 0,5 auf 0,55 überschritten wurde, daß demnach der Toilettenzubau nicht genehmigungsfähig war. Immer unter Berufung auf bestehende Gesetze und Verordnungen. So, dann durfte er seine Toiletten nicht bauen, obwohl er dazu verpflichtet war. In seiner Not dachte er, den Kredit habe ich schon beantragt oder zugesagt bekommen, so baue ich mir die Heizung um. Er machte den nächsten Fehler und wollte sich einen neuen, umweltfreundlichen Heizkessel in seinem Betrieb aufstellen zur Beheizung des Hauses. Da stellte man aber gleich fest, daß der von uns im Land auch wiederum festgesetzte k-Wert überschritten wurde, so daß ein Gewerbeverfahren notwendig war. Und die Gemeinde hat vorher den Kamin kommissioniert unter Bürgermeister, Bausachverständigen und Rauchfangkehrer. Das war also in Ordnung. Nun kam die nächste Kommission für den Kessel. Wie wir wissen, müssen die Kessel mit einem Umweltsignet als Typenkennzeichen ausgestattet werden, ob dieser Kessel überhaupt zugelassen ist, weil er ja in der Typenkontrolle die Abgaswerte erfüllen muß. Das alles war natürlich erfüllt. Der war schon typisiert.

Wenn man in Amerika ein Auto kauft, ist das auch typisiert, und mit diesem Schein geht man zur Versicherung, und die Versicherung gibt dann einem die Nummertafel und den Versicherungsschutz, und man kann schon wegfahren. Also bei uns will jemand, ein Unternehmer, für einen Privaten trifft das ja nicht zu, einen kleinen Heizkessel aufstellen. Dann kommt nach der Gemeindebaubehörde die gewerberechtliche Genehmigung der Bezirkshauptmannschaft. Diesem Verfahren gehören folgende Personen an – man würde es ja nicht glauben: Wiederum natürlich die Gemeinde, dann die Bezirkshauptmannschaft als Verhandlungsleiter, dann die Fachabteilung IVa in der Waringergasse, die Fachabteilung V in der Alberstraße, das Arbeitsinspektorat am Opernring, die Landesstelle für Brandverhütung in der Steiermark. Es ist zu wenig, daß der Rauchfangkehrer dabei war, der Gemeindegewerkschaftsleiter und sonstige Sachverständige. Da muß noch die Landesstelle für Brandverhütung kommen. Aber das ist noch immer zu wenig, da muß der Landesbranddirektorstellvertreter von Lebring dazu eingeladen werden, denn der ist auch noch notwendig, und dann natürlich alle Anrainer. Das ist Faktum. Das ist bei uns Realität.

Und wenn wir uns jetzt über die EU klagen, daß sie nicht das gebracht hat, dann möchte ich wohl sagen, daß vermutlich die größte Arbeitsplatzvernichtung in Österreich von den Gebietskörperschaften ausgeht, von den Kommunen beginnend, wir als Land sind ebenfalls sehr fleißig, wir brauchen nur an unsere permanenten Anträge denken und an unsere Gesetzesverhandlungen und Beschlusanträge und was im Nationalrat passiert, das war ja auch in diesem Gesetz hinsichtlich des Gewerberechtes geregelt, ebenfalls. Das heißt also, bevor wir über Brüssel oder über andere Unzukömmlichkeiten schimpfen sollten, sollten wir uns eigentlich selbst am Schopf packen und endlich einmal beginnen, unser System zu reformieren, so daß sich die Unternehmer wieder mit Freude betätigen können. (Beifall bei der ÖVP. – 14.08 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Huber. Er hat das Wort.

Abg. Huber (14.08 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Unter dem jetzt behandelten Punkt ist sehr viel über die Landwirtschaft gesprochen worden. Man erkennt das Interesse und teilweise die Sorgen, die eben mit dem Beitritt zur Europäischen Union für die Landwirtschaft aufgetreten sind, über die man Bescheid gewußt hat und für die es eigentlich große Summen an Ausgleichszahlungen gegeben hat und gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Herr Landesrat Pörtl hat bereits erwähnt, daß es jetzt Umschichtungen gegeben hat, und zwar im Bereich des ÖPUL-Programms fließen zirka 70 Prozent ins Grünland. Das Grünland war nämlich bisher am stärksten benachteiligt. Man kann sagen, in den letzten Jahren in der Landwirtschaft, der „Grüne Bericht“, diese Schwarte, ist immer dicker geworden, die Ausgleichszahlungen sind gewaltig erhöht worden, und bei den Bauern sind immer weniger ge-

worden. Im Vorjahr sind zirka 30 Milliarden Schilling für den Bereich der Landwirtschaft von den Ländern, dem Bund und der EU aufgebracht worden. Bei zirka 160.000 Betrieben in Österreich ergibt das zirka 190.000 Schilling im Durchschnitt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was ist in der Praxis herausgekommen? Heute unter Punkt 4 haben sich alle Fraktionen für die soziale Gerechtigkeit ausgesprochen, sind eingetreten, und einer will den anderen überholen. Im Vorjahr, der Antrag im Nationalrat auf eine soziale Staffelung und eine Deckelung, waren sowohl die ÖVP, die FPÖ und die Grünen dagegen. Mit der Art der Auszahlung, nur auf Fläche und Stückzahl bezogen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo Großbetriebe Millionenbeträge im Vorjahr kassiert haben und das auch heuer passieren wird, und kleine Vollerwerbsbauern in unseren Regionen, die unter 10 Hektar Nutzfläche noch im Vollerwerb leben, vielleicht 50.000 Schilling an Ausgleichszahlungen bekommen, den kleinen Betrieb haben und eigentlich die gleichen Lebenskosten, die genauso im Vollerwerb wirtschaften.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir wirklich so sozial gerecht sein wollen, dann müßten wir schauen, daß in diesem Bereich tatsächlich ein bißchen mehr weitergeht und daß wir eine gerechte Aufteilung zusammenbringen. Nur zu reden über eine flächendeckende Kleinlandwirtschaft, über die Leistungen, die die Bauern für die Gesellschaft bringen und der Kleinen aber nichts ausgeglichen bekommt für die Leistungen, für seinen Arbeitsplatz. Die Arbeitsplätze gehören gesichert. Auf der anderen Seite werden für Großbetriebe Millionenbeträge ausgegeben, und der Kleinen muß trotzdem wieder auf den Arbeitsmarkt, weil er mit der Situation nicht fertigwerden kann. Da brauchen wir gar nicht die Schuld auf die EU oder irgendwohin schieben. Das sind nationale Dinge, die wir, wenn wir wollen, gemeinsam sehr wohl lösen können. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.11 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Präsident Dipl.-Ing. Vesko. Nach ihm Prof. Jeglitsch.

Präsident Dipl.-Ing. Vesko (14.11 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte ganz kurz auf die Ausführungen vom Kollegen Wabl betreffend die Umsetzung der Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie eingehen. Es ist schon richtig, daß man all diese Dinge nachvollziehen muß, weil wir jetzt ex lege dazu verpflichtet sind. Ich möchte aber in dem Zusammenhang zwei Dinge aufwerfen, die mir als sehr wichtig erscheinen. Wir reden auf der einen Seite immer wieder von der Erhaltung und der Schaffung von Arbeitsplätzen mit allem, was dazugehört. Ich möchte Ihnen vor Augen führen, was Richtlinien dieser Art in einem Land, das sicherlich nicht wirtschaftsfeindlich ist, mit sich gebracht haben, nämlich in den Vereinigten Staaten. Im Norden Kaliforniens wurde durch die Habitatsicherung einer kleinen Eule eine Holzindustrie lahmgelegt und Tausende, wenn nicht Zigtausende Arbeitsplätze vernichtet. Das war vor nunmehr neun Jahren. Es hat sich dort um blühende Landschaft, um

gesunde, gewachsene Landschaft gehandelt mit einer sehr vernünftigen Holzbringung. Acht Jahre später bereits, sind dort katastrophenähnliche Zustände eingetreten. (Abg. Mag. Zitz: „Wie viele Arbeitsplätze bringt die Ennsnahe Trasse?“) Ich komme auf die Ennsnahe Trasse auch noch zu sprechen.

Ich möchte nur sagen, das ist das eine Extrem. Ich bin für alle Richtlinien zu haben, wir werden übrigens diesen Antrag auch unterstützen, aber ich muß dazusagen, es muß alles mit Maß und Ziel gehen. Die Taktik – stecken wir einmal den kleinen Finger hinein –, und warten, was passiert –, ist mir zuwenig. Ich bin auch ein Gegner der Ennsnahen Trasse, aber sicherlich nicht deshalb, weil man jetzt nach 180 Jahren wieder einmal einen Wachtelkönig gesehen hat, wo man nicht weiß, ob er auf der Durchreise war und die schon in Plan befindliche Raststätte nicht gefunden hat oder ob er etwas anderes im Sinn gehabt hat. Bitte lassen wir bei all diesen Dingen die Kirche im Dorf, sonst werden wir uns genau in die Richtung bewegen, die Kollege Löcker hier am Sektor Arbeitsinspektorat, Gewerberecht und so weiter vorgetragen hat. Bringen wir uns nicht alles um durch Regulative, in denen wir uns schlußendlich dann verstricken. (Beifall bei der FPÖ.)

Jede Zeit, jede Generation und alle Menschen, die darin leben, haben immer noch gewußt, mit Maß und Ziel damit fertig zu werden, wenn man ihnen die Möglichkeit läßt. Dort, wo man diktatorisch darüber hinweggefahren ist, kennen wir die Konsequenzen und die Mißstände, die daraus erfolgt sind. Aber alles nur in dieser Form zu ändern, und da bin ich mit dem Professor Brünner, der ganz am Anfang gesagt hat, ich möchte deregulieren, einer Meinung. Wir möchten das auch deregulieren. Wir möchten aber auf der anderen Seite auch haben, daß unsere Natur erhalten bleibt und all das, was damit verbunden ist. Nur, mit solchen Dingen, und ich befürchte, Frau Kollegin Zitz, daß gerade Sie eine derjenigen sind, die die kleine Fingertaktik ganz gut beherrschen (Abg. Mag. Zitz: „Genau!“), wo wir nicht nachlassen können, darauf aufmerksam zu machen, welche Gefahren damit verbunden sind. Ich möchte das gesagt haben, weil die Konsequenzen solcher Entscheidungen oft sehr dramatisch sind. (Beifall bei der FPÖ. – 14.15 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Vorläufig letzter Redner ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (14.15 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich werde mich sehr kurz fassen. Ich freue mich natürlich – wo ist der Kollege Brünner, ich habe ihn gebeten, nicht davonzulaufen? –, wenn man zitiert wird. Ich freue mich etwas weniger, wenn dabei Mißverständnisse auftauchen, und ich möchte zu diesen Mißverständnissen etwas sagen, auch – und da komme ich nicht ganz weg von meinem Beruf – als Naturwissenschaftler. Wenn man die Aussage, daß offenkundig zwei Drittel bei der letzten Wahl die EU befürwortet haben, als mathematisch falschen Schluß kommentiert, dann beginnt man den gleichen Fehler, wenn man die 20 Prozent geringere Wahlbeteiligung zu den EU-Gegnern rechnet, das dann mildert durch die Beifügung „wahrscheinlich“, aber die Folgerung

zieht, daß es daher keine EU-Mehrheit mehr gibt. Hier ist mathematisch die gleiche Schwäche gegeben im Kommentieren des einen und in der Schlußfolgerung des anderen.

Das Zweite ist, wenn Maastricht immer angezogen wird als Ursache des Sparens, warum uns diese Kriterien so weh tun, dann muß ich sagen, ich habe eine andere Meinung dazu, nämlich die, daß die europäischen Staaten, die meisten jedenfalls, so sehr über ihre Verhältnisse gelebt haben, daß Maastricht notwendig geworden ist und nicht umgekehrt. Das ist die Ursache und Wirkungsbeziehung, weil sonst die europäische Wirtschaft nicht mehr in den Griff zu bekommen ist, deswegen mußte Maastricht diese Kriterien aufstellen.

Der dritte Punkt: Wenn hier gesagt wird, lieber Christian, du zitiertest einen Wirtschaftsforscher – paßt du wohl auf, offenbar bist du ein Napoleon und kannst drei Dinge gleichzeitig tun –, daß der österreichische Staat 3 Milliarden an Fördermitteln verloren hat, dann muß ich dich bitten zu sagen, und ich höre es mit Interesse, wo genau, denn alle Zielförderungsprogramme sind rückwirkend bis zum 1. Jänner 1995 und laufen bis zum Jahr 1999. Nur die Zahl allein zu nennen ist zu wenig.

Weiters wird ausgesagt, daß wir die Projekte nicht mehr finanzieren können, weil der österreichische Staat zur Kofinanzierung der EU ja selbst auch Fördergeld aufwenden muß. Die notwendigen eigenen Fördergelder sind keine Neuigkeit. Das steht ja schon im EDPP-Papier drinnen und dort genau in den einzelnen Maßnahmenbereichen, wieviel die Kofinanzierung durch die EU ausmachen wird und wieviel selbst aufzubringen ist. Es war ja nie die Absicht, daß die EU die Förderungen der öffentlichen Hand, etwa die Wirtschaftsförderung, übernehmen soll, ganz im Gegenteil, sondern daß sie zu den beschlossenen Wirtschaftsförderungen der öffentlichen Hand zusätzlich entlastend finanziert und daher, ohne daß ein Projekt mehr Förderung bekommt, ermöglicht, daß in Österreich mehr Projekte durchgeführt werden können. Das war immer das Bild, und so steht es im EDPP. Jetzt die Welt anders zu zeichnen ist nicht korrekt. Mir sind auch keine Zahlen geläufig, daß die Wirtschaftsförderung insgesamt durch den EU-Beitritt im Gesamtbetrag hätte erhöht werden müssen, so daß ich sagen kann, diesen erhöhten Betrag kann ich nicht mehr finanzieren. Es ist mir auch kein Projekt österreichweit bekannt, das etwa abgelehnt worden wäre oder das man hätte ablehnen müssen, weil die österreichische Finanzierung mit der Kofinanzierung der EU nicht mehr möglich gewesen wäre.

Ein letztes Beispiel, und da bitte ich sehr um Nachsicht, lieber Christian, ich wollte es nicht anführen, aber es ist die Bitte, Angaben, die man von diesem Rednerpult aus macht, soweit es möglich ist, auf eine seriöse Grundlage zu stellen. Ich hätte mich sonst dazu sicher nie zu Worte gemeldet, aber weil gerade Aussagen im Zusammenhang mit der EU-Diskussion gemacht wurden, möchte ich Sie alle einladen, das, was wir heute als Unterlage bekommen haben, nämlich den „Stenographischen Bericht“ zur elften Sitzung des Steiermärkischen Landtages, kritisch durchzulesen. Dann werden Sie sehen, wie viele der Redner die Wendung „ich glaube“ verwendet haben.

Der Glaubensbereich ist wichtig, aber nur „Glauben“, um Sachverhalte darzulegen, ist zu wenig, vor allem, wenn man vor diesem Rednerpult steht.

Zu dir persönlich, etwa zu deiner Rede auf Seite 792, als du zur ENAGES gesprochen hast, du hast dort ausgeführt, daß der Betriebswert nach gewerberechtlichen Bestimmungen 1000 Milligramm pro Normkubikmeter Abluft ist, hingegen beim Abfallwirtschaftsgesetz 70 Milligramm. Das ist lieb, nur 1000 Milligramm von was? Und solange ich das nicht sage, ist der Wert nicht sehr viel wert. Wenn ich die 1000 Milligramm in der Frage der Belastung auf einen Normkubikmeter Luft beziehe, ist das auch nicht viel wert, weil ich die Abluft verdünnen kann. So wird das Problem nicht gelöst.

Ich bitte sehr, sehen Sie meine Äußerungen auch in dem Sinn, daß wir uns allen etwas Gutes tun, wenn wir Informationen, die wir von dieser Stelle aus mitteilen, auf eine möglichst verlässliche Basis stellen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 14.19 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Da sich auf der Regierungsbank niemand befindet, ist von dieser Seite kein Schlußwort zu erwarten.

Wir kommen zu sieben Abstimmungen:

Erstens über den Antrag des Berichterstatters. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Gegenprobe.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Zweitens über den Beschlußantrag der FPÖ, betreffend Nachverhandlung mit der EU. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Das ist die Minderheit.

Drittens über den Beschlußantrag der Grünen, des LIF, der SPÖ und ÖVP, betreffend Forschungsvorhaben im gentechnisch veränderten Wein. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Gegenprobe.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Viertens über den Beschlußantrag der Grünen, des LIF und der SPÖ, betreffend ÖPUL-Maßnahmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Gegenprobe.

Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Fünftens über den Beschlußantrag der Grünen und des LIF, betreffend Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die Mehrheit.

Sechstens über den Beschlußantrag des LIF, der Grünen und des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, betreffend Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Folgenabschätzung der Gentechnik, wobei der letzte Satz des Antrages zu streichen ist. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Das ist die einstimmige Annahme.

Siebtens über den Beschlußantrag der Grünen und des LIF, betreffend Nachverhandlung mit der EU. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Das ist die Minderheit.

Wir haben diesen Tagesordnungspunkt somit abgeschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 22/5, zum Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfel, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend Ablehnung einer Parallelität einer generellen Autobahnbeimattung („Autobahnpickerl“) und der in der Steiermark bestehenden Autobahnbeimattungen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Otto Heibl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Heibl (14.24 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Hiezu berichtet die Steiermärkische Landesregierung:

Im April dieses Jahres wurde das Bundesgesetz betreffend die Finanzierung von Bundesstraßen beschlossen.

Der Paragraph 7 Absatz 1 dieses Gesetzes lautet:

„Solange keine fahrleistungsabhängige Maut auf Bundesautobahnen und Bundesschnellstraßen eingehoben wird, unterliegt deren Benützung einer zeitabhängigen Maut, die von den Bundesstraßengesellschaften ab 1. Jänner 1997 namens des Bundes einzuhoben ist. Die Maut ist vor der mautpflichtigen Straßenbenützung durch Anbringen einer Mautvignette am Fahrzeug zu entrichten.“

Der Paragraph 7 Absatz 7 des Bundesstraßenfinanzierungsgesetzes lautet wie folgend:

„Der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen im Rahmen der Mautfestsetzungen für Strecken, die von den Bundesstraßengesellschaften bemaute werden, Regelungen treffen, die für die Straßenbenützer mit Personenkraftwagen, deren höchstes zulässiges Gesamtgewicht bis einschließlich 3,5 Tonnen beträgt, ermöglichen, erstens zusammen mit dem Erwerb einer Zweimonatsvignette zusätzlich Mautkarten der Bundesstraßengesellschaften zu einem Gesamtpreis von 350 Schilling samt Umsatzsteuer für zwei beliebige Fahrten innerhalb der Gültigkeitsdauer der Zweimonatsvignette auf im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes bereits von den Bundesstraßengesellschaften bemaute Strecken zu erwerben; zweitens als Arbeitnehmer und Zulassungsbesitzer eines mit einer Jahresvignette ausgestatteten Personenkraftwagens eine auf die Gültigkeitsdauer der Jahresvignette begrenzte Mautkarte einer Bundesstraßengesellschaft kostenlos zu erwerben, die zu Fahrten vom Wohnort

zum Arbeitsplatz des Arbeitnehmers berechtigt, wobei die näheren Regelungen der Mautordnung vorbehalten sind, und drittens beim Besitz einer Jahresvignette und zusätzlichen Erwerb einer Jahresmautkarte einer Bundesstraßengesellschaft für Fahrten innerhalb der Gültigkeitsdauer der Jahresvignette auf einer beliebigen, im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes bereits von dieser Bundesstraßengesellschaft bemauteeten Strecke, den Preis der Jahresvignette auf den jeweils gültigen Jahresmautkartenpreis angerechnet zu erhalten.“

Durch diese Regelung – wird weiter berichtet – hat der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen die Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß für Jahreskartenkäufer und Pendler der Gesamtpreis dem Antrag der unterzeichneten Abgeordneten entsprechen würde. So wäre neben der Jahresvignette in der Höhe von 550 Schilling für mehrspurige Fahrzeuge bis einschließlich 3,5 Tonnen für einen Preis von 650 Schilling die Jahreskarte zu erwerben. Diese würde gegenüber dem derzeitigen Preis für die Jahresmautkarte gültig für die bemauteeten Abschnitte der Pyhrnautobahn von 1200 Schilling keine Mehrkosten bewirken. Gleiches würde für die Pendler gelten, die die Vignette um 550 Schilling erwerben und die Mautkarte der Bundesstraßengesellschaft kostenlos dazu erhalten würden.

Auch in diesem Fall würden sich gegenüber der derzeitigen Situation keine Mehrkosten ergeben. In anderen Fällen, wie zum Beispiel beim Erwerb von Einzelfahrten, werden allerdings Mehrkosten gegeben sein. Eine Mautfestsetzung nach Paragraph 7 Absatz 7 durch den Wirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister ist bisher noch nicht erfolgt.

Die seitens der Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion, Fachabteilung IIa, namens der Steiermärkischen Landesregierung mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten geführten Gespräche haben ergeben, daß es zu einer Mautfestsetzung im Sinne des zitierten Paragraphen durch die zuständigen Bundesminister im Herbst 1996 kommen wird. Da dadurch eine Doppelbesteuerung für Jahresmautkartenkäufer und Pendler ausgeschlossen wird, erübrigt sich eine weitere Veranlassung der Steiermärkischen Landesregierung.

Ich stelle daher namens des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur den Antrag, diese Vorlage anzunehmen. (14.29 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Auf der mir vorliegenden Rednerliste ist als erster der Herr Abgeordnete List eingetragen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (14.29 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Das 550 Schilling teure Autobahnpickerl kommt zum Jahreswechsel. In der Steiermark regt sich dagegen heftiger Unmut. Die Autofahrervereinigungen ARBÖ und ÖAMTC registrierten einen Proteststurm gegen die Autobahnvignette, als ihre Einführung mit 1. Jänner 1997 bekannt wurde. In der Steiermark benützen derzeit rund 30.000 Besitzer von Jahreskarten und 3000 Pendler regelmäßig die Maut-

strecke. Den größten Brocken des gegenwärtigen österreichischen Mautsystems müssen bekanntlich die obersteirischen Autofahrer schlucken. Die Jahresmautkarte für die Gleinalmautobahn kostet 1200 Schilling. Pendler werden mit 400 Schilling zur Kasse gebeten. Die Einzelfahrt kommt auf stolze 130 Alpendollar. Mündliche Zusicherungen, daß die Steirer bei Einführung der Autobahnvignette den Kaufpreis von 550 Schilling eingerechnet bekommen, gibt es viele. Für die Pendler wollte Finanzlandesrat und Verkehrsreferent Hans-Joachim Ressel vom Wirtschaftsminister Farnleitner die versprochene Zusage schriftlich bekommen. Keine Doppelbemaufung für die Steirer.

Es darf nicht zur erneuten Benachteiligung der steirischen Bevölkerung gegenüber den Bewohnern anderer Bundesländer kommen, wenn diese Mautvignette eingeführt wird. Das Pickerl und die daraus resultierende Doppelbemaufung sollen nur bis zur geplanten Einführung des Roadpricing, wahrscheinlich bis zum Jahr 2001, gelten. Für viele Steirerinnen und Steirer, die pendeln, ist das eine zusätzliche, schwere Belastung. Sie investieren bereits jetzt viel Zeit und Geld, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen. Hinter diesem Autobahnpickerl verbirgt sich bereits die kilometerabhängige Maut, und diese ist unzumutbar für die Pendler.

Bei den angekündigten 30 Groschen pro Kilometer, die beim Roadpricing kassiert werden sollen, würde beispielsweise für die Strecke Fürstenfeld-Graz ein Tagespendler 7500 Schilling jährlich kosten, und beim Graz-Pendler in Leoben wären es rund 8800 Schilling. Schöne Aussichten für die Pendler.

Zurück zur Gegenwart vor Einführung der Mautvignette mit im Raum schwebender Doppelbemaufung. In dieser Angelegenheit gibt es zwischenzeitlich von Wirtschaftsminister Hannes Farnleitner einen Brief an Frau Landeshauptmann Klasnic. Es wird gemunkelt, daß der Inhalt dieses Briefes noch zu entschlüsseln wäre. Viele Fragen zum Autobahnpickerl bleiben aufrecht und sind weiterhin ungeklärt. Zum Beispiel die Inhaber von Wechselkennzeichen, diese müssen auf jedes ihrer Fahrzeuge ein Mautpickerl pflastern, um das hochrangige Straßennetz weiterhin benützen zu können. Wechselkennzeichenbesitzer werden daher voraussichtlich doppelt zur Kasse gebeten.

Oder Reisebusunternehmer werden vermutlich ihre gesamte Flotte nicht mit Mautpickerln ausrüsten können. Die Kosten für die Vignette sind zu hoch. Der Bustourismus dürfte von den bemauteeten Straßen auf andere ausweichen. Ausländische Busunternehmen werden Österreich meiden. Der Fremdenverkehr hat mit Einbußen zu rechnen. Oder österreichische Transportunternehmer werden massivst belastet. Die inländischen Frächter werden, um Kosten zu sparen, als logische Folge daraus, nach Möglichkeit bemauteete Straßen meiden. Der Transit wird ebenfalls auf diese ausweichen.

Zu dieser Vignette gibt es bereits auch harte Kritik im Ausland. Die bayrische Staatsregierung bezeichnet so nebenbei die von der SPÖ- und ÖVP-Koalition vorgesehene Autobahnmaut als plakative moderne Wegelagerei. Die EU-Kommission soll die Rechtmäßigkeit der österreichischen Vignette prüfen. Als

bekannt wurde, daß die Autobahnvignette eingeführt wird, hat ein Radiosender in Bayern von einem Österreicher-Urlaub bereits abgeraten. Sollte durch diese verkehrspolitische Geisterfahrt unter dem Thema Straßenmaut auch der Fremdenverkehr einen Schaden erleiden? Im Gegensatz wurden im Gesetzesentwurf Sonderregelungen für Einsatzfahrzeuge, zum Beispiel von Gendarmerie, Rettung und Feuerwehr, einfach vergessen. Dieser Murks oder dieser Mißstand soll jetzt nachträglich durch die Aufnahme von den entsprechenden Ausnahmebestimmungen im Gesetz beseitigt werden. Unabhängig davon wird es bei den Benützern von Punkte- und Einzelkarten auf der Pyhrnautobahn trotz Vignette auf jeden Fall doppelt zur Bemaunung kommen, Fallweise Fahrten über die Mautstrecke werden bestraft. Eine Pendlerinitiative fordert die generelle Abschaffung der Mauteinhebung für Gleinalm- und Bosrucktunnel, wobei letzterer in den Wintermonaten für den Weg von Oberösterreich fast unverzichtbar ist. Die Strecke über den Pyhrn paß ist oft nur erschwert passierbar.

Derzeit herrscht allein die Angst vor einer Verkehrsflut auf den Bundesstraßen nach Einführung der Autobahnvignette. Prognostizierte mindestens 10 Prozent der Autofahrer werden auf die nicht bemaunten Straßen ausweichen. Um dieser Schröpfung der Bundesregierung zu entgehen, dürften Tagesausflügler und Pendler die Ortsdurchfahrten verstopfen. Die geplanten 1,5 Milliarden Schilling jährlich werden niemals hereinkommen. So wurde überfallsartig die vorerst geplante Jahresmaut von 390 Schilling spontan auf 550 Schilling erhöht, um damit größere Budgetlöcher zu stopfen. Eine Bemaunung insgesamt wird deshalb abgelehnt, zumal die Einnahmen aus der Mineralölsteuer imstande wären, bei zweckgebundener Verwendung das österreichische Straßennetz gezielt auszubauen, zu erhalten und sprich in Samt und Seide zu kleiden. Tatsächlich aber versickern diese Milliarden und wahrscheinlich die vorgesehenen zusätzlichen Mautmilliarden im Budgetumpf der Bundesregierung. Diese Maut-einnahmen sollen dem Versprechen nach ausschließlich für das Straßennetz verwendet werden. Der Totalschaden des Mautsystems und ein fataler Wortbruch der Regierung gegenüber den österreichischen Kraftfahrern scheinen dadurch wieder vorprogrammiert. Aus diesem Grund sind wir gegen die Einführung einer bundesweiten Vignette, die in der Steiermark zur Doppelbemaunung führen wird. Wir lehnen diese ab und werden, wenn erforderlich, entsprechende Maßnahmen setzen. Wenn es schon die Vignette gibt, dann fordern wir Freiheitlichen die Abschaffung der Maut für Gleinalm- und Bosrucktunnel, vor allem Gleinalmmaut, um den Obersteirern die Fahrt zu ihrer Landeshauptstadt ohne zusätzliche Kosten zu ermöglichen.

Alle Steirer müssen auf sämtlichen Straßen der Steiermark in ihre Landeshauptstadt Graz mautfrei fahren können. Bekennen Sie sich auch dazu und schaffen Sie die Voraussetzungen. Aus diesen Gründen bringen die freiheitlichen Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, List und Wiedner einen Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages betreffend die Autobahnbemaunung ein.

Im Zuge des beschlossenen Sparpakets der Bundesregierung wurden nun auch die Autofahrer kräftig zur Kasse gebeten. Dabei muß aber insbesondere vor der Gefahr einer nicht gerechtfertigten finanziellen Überforderung derjenigen Personen gemahnt werden, die tagtäglich auf die Benützung ihres Autos angewiesen sind, und dies ist die weitaus überwiegende Zahl der Fahrer.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit allem Nachdruck an die österreichische Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, bei der Einführung der generellen Autobahnbenützungsvignette in Österreich dafür zu sorgen, daß es ausgeschlossen ist, daß man für das Befahren einer Autobahn sowohl die generelle Abgabe als auch eine besondere Maut bezahlen muß. (Beifall bei der FPÖ. – 14.38 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Er hat das Wort.

Abg. Straßberger (14.38 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, verehrte Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Natürlich darf es für die Pendler in diesem obersteirischen Bereich keine Doppelbelastung geben. Für das treten, so glaube ich, alle fünf hier im Steiermärkischen Landtag vertretenen Parteien ein. Wer das nicht tut, der ist fehl am Platz.

Lieber Kollege List, dein Mißtrauen, deine Vorhersagen, wie ein Hellseher hast du hier gesprochen, was alles nicht stattfindet und eintritt, betreffend Ausnahmeregelung für unsere Pendler, das hat mich schon etwas verwundert. Ich gebe dir recht, daß die Mauteinnahmen zweckgebunden sein müssen. Diese müssen für die noch ausstehenden Projekte im Straßennetz österreichweit verwendet werden. Ich glaube, wir müssen alles unternehmen, daß die Steiermark hier vordringlich behandelt wird. Wir wissen, daß noch sehr viele andiskutierte Straßenschlußstücke nicht realisiert worden sind.

Ich darf daher einen Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Straßberger, Dr. Flecker, Bacher, Schützenhöfer und Korp, betreffend die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 22/5, einbringen. Dieser Antrag lautet: Im Zusammenhang mit der ab 1. Jänner 1997 vorgesehenen Einhebung einer zeitabhängigen Maut kann der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen gemäß Paragraph 7 Absatz 7 Bundesstraßenfinanzierungsgesetz 1996 entsprechende Regelungen treffen, damit es für jene Straßenbenützer mit Personenkraftwagen, die neben einer Jahresvignette zusätzlich auch eine Jahresmautkarte oder eine Mautkarte, die für Fahrten vom Wohnort zum Arbeitsplatz eines Arbeitnehmers berechtigt (Pendlerkarte), einer Bundesstraßengesellschaft erwerben, zu keiner Doppelbelastung kommt. Die bisher zwischen der Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion, Fachabteilung IIa, des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung und dem Wirtschaftsministerium geführten Gespräche haben zwar

ergeben, daß von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, eine definitive Mautfestsetzung im Sinne der zitierten Gesetzesstelle ist allerdings noch nicht erfolgt.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß erstens der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen von der Ermächtigung des Paragraph 7 Absatz 7 Bundesstraßenfinanzierungsgesetz 1996 umgehend Gebrauch gemacht und zweitens die Einnahmen aus den zeitabhängigen Mauten, die gemäß Paragraph 9 Absatz 2 Bundesstraßenfinanzierungsgesetz 1996 für die Errichtung und Erweiterung von Bundesstraßen zu verwenden sind, vorrangig im Bundesland Steiermark eingesetzt werden.

Dabei handelt es sich insbesondere um folgende Straßenbauvorhaben:

Im Bereich der A 2, Südautobahn, der 22,6 Kilometer lange Vollausbau im Abschnitt Mooskirchen-Modriach und der 2,3 Kilometer lange Vollausbau bei Waltersdorf.

Im Bereich der A 9, Pyhrnautobahn, der 3,5 Kilometer lange Vollausbau im Bereich Selzthal, zweite Röhre Selzthal, und der zirka 10 Kilometer lange Ausbau der zweiten Röhre des Plabutschtunnels.

Im Bereich der S 6, Semmeringschnellstraße, der 12,8 Kilometer lange Lückenschluß, vor allem mit der 5,6 Kilometer langen Umfahrung Spital am Semmering, der 5,0 Kilometer lange Vollausbau der Umfahrung Mürrzuslag mit dem Ganzsteintunnel und der 7,9 Kilometer lange Vollausbau im Abschnitt Kindberg-St. Marein.

Im Bereich der S 35, Brucker Schnellstraße, der 10,8 Kilometer lange Ausbau im Abschnitt Bruck (Stausee)-Röthelstein sowie die Bundesstraßenabschnitte Gaisfeld-Krottendorf-Mooskirchen-A 2 im Zuge der B 70, Packer Straße, Weiz-St. Ruprecht im Zuge der B 64, Rechbergstraße, Großwilfersdorf im Zuge der B 65, Gleisdorfer Straße, Umfahrung Neumarkt im Zuge der B 83, Kärntner Straße, Stainach-Liezen im Zuge der B 146, Ennstalstraße, Studenzen-Feldbach im Zuge der B 68, Feldbacher Straße, Weißkirchen-Zeltweg und Umfahrung Obdach im Zuge der B 78, Obdacher Straße und Judenburg-Scheifling im Zuge der B 96, Murtalstraße.

Werte Damen und Herren, ich bitte Sie, diesem Beschlusantrag auch zuzustimmen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 14.44 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Korp. Er hat das Wort.

Abg. Korp (14.44 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Sehr geehrter Herr Landesrat! Verehrte Damen und Herren!

Wie der Regierungsvorlage, vom Herrn Berichterstatter, dem Kollegen Heibl, zitiert, zu entnehmen ist, das war wohl sehr eindeutig und sehr deutlich, ist eine Doppelbesteuerung für Jahreskartenkäufer und Pendler ausgeschlossen. Ich glaube, deutlicher kann

man die Dinge nicht beim Namen nennen. Das heißt, daß man anerkennen muß, daß die zuständigen Regierer bei ihren Verhandlungen im Bund, wo wir parteiübergreifend alle festgestellt haben, daß es eine Ungerechtigkeit ist, zu einer Doppelbemaunung für die Steirerinnen und Steirer darf es nicht kommen, wo unsere Regierungsmitglieder dementsprechend verhandelt haben und auch ein absolut zufriedenstellendes Ergebnis eingefahren haben, wenngleich das Ergebnis dieser Verhandlungen nicht ganz den Intentionen dieses zitierten Antrages der sozialdemokratischen Fraktion entspricht. Ich werde darauf später noch zurückkommen.

Ich möchte, so wie mein Kollege Straßberger, vielleicht auch ganz kurz auf den Beschlusantrag des Kollegen List, von ihm vorgetragen, der Freiheitlichen Partei hier im Hause, ganz kurz eingehen. Wenn man das tun würde, was Sie hier vorschlagen, Herr Kollege List, dann würden wir bei diesem Thema wieder bei Adam und Eva beginnen. Das heißt, Ausverhandeltes wäre null und nichtig, wir müßten wieder von vorne beginnen. Zufriedenstellendes wäre null und nichtig, wir müßten wieder von vorne beginnen. Sie kommen mir bei diesem Thema vor wie die Pathologen, die alles können, alles wissen, nur ein bißchen zu spät. Denn ihr Beschlusantrag sagt im Inhalt nämlich nichts anderes als jener, den die SPÖ bereits am 6. Februar dieses Jahres hier im Hause eingebracht hat. (Abg. Schinnerl: „Keine Doppelmaut!“) Das sind die Fakten, so ist es, und zudem dürfen wir wieder einmal schließen, daß das, was Sie hier machen, reiner Populismus ist und sonst nichts.

Verehrte Damen und Herren, ich darf vielleicht ganz kurz auf ein Wort zurückkommen, das Gleichbehandlung heißt, und da bin ich durchaus bei Ihnen. Da habe ich auch ein Problem. Wenn ich nämlich das Rad der Zeit ein paar Jahrzehnte zurückdrehe. Da bekommt man einfach mit diesem Wort ein Problem, denn ausgehend vom Wort Gleichbehandlung können wir nämlich als Obersteirer entnehmen, daß vor rund 30 Jahren die Westautobahn und später auch die Südautobahn gebaut wurden und die Bewohner von Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol gut ausgebaute Autobahnen und über drei Jahrzehnte kostenlos diese befahren durften und damit gegenüber der Steiermark selbstverständlich – bitte – auch wirtschaftliche Vorteile lukrieren konnten. Wir dagegen – damit meine ich besonders uns Obersteirer natürlich, selbstverständlich – hatten uns dagegen lange genug mit sogenannten Trampelpfaden abzufinden, ich sage das Wort ganz bewußt so. Ich meine hier – nur ein Stichwort – B 17 Bundesstraße, berühmt, berüchtigt. Unsere Mitbürger mußten sich über Jahrzehnte über diese Straße quälen; und daß diese Straße für viele längst zur Todesstrecke geworden ist, das wissen Sie alle, bis endlich die Pyhrnautobahn und damit der Gleinalmtunnel gebaut wurden. Und seit Bestehen der Pyhrnautobahn, die übrigens wie der Bosrucktunnel nur zweispurig ausgebaut ist, zahlen wir Obersteirer brav die Maut. Also kurz und schlicht gesagt, Eintrittsgebühr, wenn wir in eine Stadt wollen. (Abg. Purr: „Nicht nur die Obersteirer, alle zahlen!“) Natürlich, Sie werden mir nicht böse sein, wenn ich das besonders auf meine Heimatregion beziehe, weil wir waren wirklich die

letzten, die da in irgendeiner Art und Weise bedient wurden. Um auch zu dokumentieren, Herr Kollege, was da alles so gelaufen ist, vielleicht noch einen Aspekt.

Wir Steirer hatten natürlich in den 60er Jahren gleich viel Steuern zu entrichten wie Bewohner jener Bundesländer, die schon frühzeitig in den Genuß der schon genannten Autobahnen gekommen sind. Mit anderen Worten, Steirer haben schon vor Jahrzehnten Autobahnen anderer mitfinanziert, natürlich. (Abg. Purr: „Herr Kollege, das ist ein bißchen eine sonderbare Darstellung!“) Lassen Sie mich ausreden, Sie können dann ja herausgehen und Ihr Argument zum besten geben.

Steirer haben vor Jahrzehnten Autobahnen anderer mitfinanziert und wurden dann eben in ihrem eigenen Bereich zur Kasse gebeten. Das ist einfach etwas, was uns Obersteirer im besonderen immer sehr sauer aufgestoßen hat, und das wollte ich heute und hier bei dieser Gelegenheit einfach auch in dieser Deutlichkeit sagen. Was war natürlich naheliegender für uns, als angesichts bevorstehender Doppelbemaumung diesen schon genannten Antrag vom 6. Februar, den Sie alle kennen, im Landtag einzubringen?

Verehrte Damen und Herren, um hier nicht zu lange herumzureden um den Brei, möchte ich nur eines – und damit komme ich zum Schluß – bitten, in diesem Zusammenhang zu diesem Tagesordnungspunkt. Wir sollten hier wirklich nicht populistisch vorgehen. Wichtig ist einfach, nicht unrealistische Forderungen hier ins Treffen zu führen, sondern einfach das zu verlangen, was wirklich machbar ist. Und das ist auch der Beschlußantrag, gemeinsam von SPÖ und ÖVP hier im Hause eingebracht, den Kollege Straßberger vorhin vorgetragen hat. Ich darf Sie, sehr verehrte Damen und Herren, sehr höflich bitten, im Sinne dieser Argumentation diesem Beschlußantrag die Zustimmung zu erteilen. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.52 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Posch.

Abg. Posch (14.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich zur Mautfrage im speziellen aus der Sicht der Ober- oder der obereren Steiermark, wenn man das so bezeichnen darf, aber speziell aus dem Bezirk Liezen zu Wort melden. (Abg. Schützenhöfer: „Oberste Steiermark!“) Oberste Steiermark, Hermann, genehmigt.

Aber im Ernst, im speziellen mit der Problematik der Befahrbarkeit, der Benützbarkeit und der Bezahlung bei unseren Mauttunnels. Bei aller Freude, daß im zukünftigen Straßenbauprogramm der Selzthaltunnel drinnen ist oder auch die Ausbaulösung der Ennstal-bundesstraße zwischen Trautenfels und Liezen. Es gibt dennoch große Probleme, die sich speziell bei uns aus dem gebirgigen Teil heraus mit den Tunnels bilden. Wenn wir, sicherlich nicht zum Vergnügen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen, ins benachbarte Oberösterreich hinüberfahren, so heißt es zahlen, es sei denn, man fährt durch die Stadt Liezen. Dann hätte man aber eigentlich keinen Bosrucktunnel

bauen müssen, und aus der Sicht der Straßenanrainer in Liezen ist dies insbesondere wegen des massiven Lkw-Verkehrs ebenfalls unmöglich. Aber noch viel mehr trifft es uns, wenn wir ohne Umwege in unsere Landeshauptstadt fahren wollen oder eher müssen, und wieder heißt es zahlen. Kein anderes Gebiet in der Steiermark oder in ganz Österreich ist derart von Mautautobahntunnels eingegrenzt beziehungsweise beinahe eingekreist.

Unabhängig von sachlichen Zuständigkeiten oder parteipolitischen Motiven ist die Mautfrage insgesamt in Österreich unbefriedigend beziehungsweise ungerecht gelöst. Kollege Korp hat vorhin in seinen Sätzen auch schon durchklingen lassen, wo die Ursache liegt. Wir sollten uns überhaupt bei derart zentralen Fragen vom politischen Kleinkram lösen und ohne Rücksicht auf formale Zuständigkeit das Beste für unsere Steirer zu erreichen versuchen. Dem Autofahrer, sprich dem Steuerzahler, sind formale Ausreden an sich gleichgültig. In Österreich ist die Frage einer Autobahnmaut – ja oder nein – von Beginn des Autobahnbaues an ausschließlich aus dem Gesichtswinkel von Wien entschieden worden. Die Entscheidungen sind ausnahmslos im Interesse des Großraumes Wien, dort leben halt die meisten, und gegen die Lebensinteressen des alpinen Raumes getroffen worden. Hätte man von Anfang an eine allgemeine, durchaus moderate beziehungsweise niedrigere Autobahnmaut eingeführt, so hätte man heute wahrscheinlich die Finanzprobleme nicht in diesem Ausmaß. Allgemeine Mautregelungen in mehreren europäischen Ländern zeigen ganz genau, daß es geht. Nein, der Wiener fährt gratis in den Westen und in den Süden. Nur wir im Innenbereich unserer Gebirgswelt müssen bei jeder Fahrt durch das Gebirge zahlen. Ich gehe davon aus, daß die meisten Menschen heute ohnehin nicht mehr zum Vergnügen spazierenfahren. In so einem Fall könnten die Hindernisse eigentlich nicht hoch genug sein. Vielleicht wird da oder dort im regionalen oder örtlichen Verkehr (Lokalrunden) noch ein bißchen mit dem Auto gebummelt, aber sicher nicht auf der Autobahn und auf den Transitstrecken. So trifft es daher vorrangig unsere Unternehmer, die Transportkosten wettbewerbsfähig kalkulieren müssen. Es trifft die vielen Dienstnehmer, die heutzutage weit pendeln müssen. Es trifft aber auch viele Berufsfahrer, etwa Handelsvertreter zum Beispiel, die ebenfalls oft und weite Strecken fahren müssen.

Wenn auch die nunmehrige Regelung eine gewisse Erleichterung, vor allem für die Jahreskartenbenützer beziehungsweise Pendler, mit sich bringt, insgesamt gesehen ist unser Mautsystem jedoch ungerecht. Gerade die Verkehrsteilnehmer innerhalb unserer Gebirgswelt, die ohnehin schon unter regionalen Erschwernissen zu leiden haben, müssen bei jeder Fahrt durch einen Tunnel, den sie ja brauchen, bezahlen. Die anderen Österreicher, die nicht in diesem Bereich leben, können das übrige Autobahnnetz zu ungleich günstigeren Bedingungen benützen. Wenn es auch noch so viele Einrechnungen, Ausnahmen und dergleichen gibt, das System an sich ist im Sinne einer Chancengleichheit aller Bürger in einem Staat ungerecht. Die praktische Auswirkung wird sich vermutlich zum Nachteil der Anrainer an den Bundes-

und Landesstraßen, somit unseres zumeist ländlichen Raumes, verändern. Straßen, wie zum Beispiel die Bundesstraße durch das Ennstal, die ohnehin auf Grund des schwierigen Geländes oder auch anderer ungelöster Probleme schon jetzt schwer belastet sind, werden durch das Ausweichen von den Mautstationen wahrscheinlich noch mehr belastet werden. Zukünftig werden vermutlich die Mautstationen, damit die Tunnels, noch mehr umfahren werden, womit sich der Verkehr wiederum auf die Bundes- und Landesstraßen verlagern wird. Die Schreckensversion für das Ennstal ist die, daß der internationale Schwerverkehr die beiden Mautstationen an den Tauern- und Pyhrnautobahnen vermeidet und gratis durch das Ennstal fährt.

Nicht nur der Umstand, daß sie damit nicht bezahlen, sondern vielmehr die damit verbundene Verkehrsbelastung ist das Problem. Hier müßte wohl rigoros und rasch der umgekehrte Weg, so daß diese internationalen Transporte ausnahmslos über die beiden Mautautobahnen geführt werden müssen, eingeschlagen werden. Damit würde sich so manches derzeit ungelöste Straßenproblem im Ennstal vollkommen neu darstellen und sicherlich auch rascher und für viele sinnvoller gelöst werden können.

Zusammenfassend kann man sagen, daß aus meiner Sicht die gesamte Mautfrage in Österreich nicht zufriedenstellend gelöst ist. Mich interessiert, so wie die meisten Autofahrer, weniger die fachliche Zuständigkeit oder die politische Frage, sondern ausnahmslos eine rasche und gerechte Lösung aus der Sicht der Obersteiermark. Das Ziel können nicht eine Reihe von einerseits erfreulichen, insgesamt manchmal auch schon etwas schwer durchschaubaren Ausnahmeregelungen sein. Das Ziel kann langfristig nur eine einheitliche österreichweite Autobahnmaut sein, bei der nicht die Alpinräume zusätzlich abkassiert werden. (Beifall bei der ÖVP. – 14.58 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Klubobfrau Mag. Bleckmann.

Abg. Mag. Bleckmann (14.58 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Nachdem Kollege Korp geredet hat, glaube ich, man muß einmal genauer darstellen, wie es denn überhaupt im Landtag mit dem Thema Maut vor sich gegangen ist. Am 6. Februar 1996 gab es bezüglich Maut von allen SPÖ-Abgeordneten einen Antrag, den Sie sicher kennen. Dieser war gegen die Einführung einer Doppelmaut, es sollte ausgeschlossen sein, daß man für das Befahren einer Autobahn sowohl die generelle Abgabe als auch eine besondere Maut bezahlen muß – Sie sind also gegen die Doppelmaut eingetreten.

Im Budgetlandtag gab es dann diesbezüglich einen Antrag seitens der Freiheitlichen und einen inhaltlich sehr ähnlichen bis gleichlautenden Antrag der SPÖ. Im Landtag hat der Antrag der SPÖ eine Mehrheit gefunden. Sie haben es nicht geschafft, unseren Antrag mitzuunterstützen, und genau das ist Populismus, daß Sie hier einen Antrag, der inhaltlich genau Ihren Intentionen entspricht, nicht mitgetragen haben, nur, weil er von den Freiheitlichen ist. Und die Antwort

der Bürger darauf haben Sie ja auch am letzten Sonntag bekommen. Genau das muß ich Ihnen auch einmal sagen. (Beifall bei der FPÖ.)

Weil die Art und Weise, daß Sie hier eine Fraktion schlicht und einfach ausgrenzen und hier nicht mehr mit unseren Anträgen mitgehen wollen, nur, weil sie von den Freiheitlichen sind, das ist Populismus in Reinkultur. (Abg. Dr. Flecker: „Ich verstehe Ihre Trauer! – Seit wann seid ihr so anhänglich und aufdringlich?“) Nein, es geht uns um die Sachpolitik, im Gegensatz zu euch. Euch geht es nur darum zu zeigen, mit den Freiheitlichen nicht Wurscht, ob es was Gescheites ist oder nicht. Das ist das Problem. Und das muß hier einmal herausgearbeitet werden und deshalb unser Antrag. (Abg. Dr. Flecker: „Seid doch nicht so aufdringlich. Ihr leidet unter Liebesentzug!“)

Hört euch das einmal weiter an. Am 10. Juni gab es eine Stellungnahme der Landesregierung zu der Verordnung zur Maut. Da gab es schon diesen mehrheitlichen Beschluß im Landtag, den wir ja kennen, gegen die Doppelmaut. Und da schreibt dann die Landesregierung, das wurde auch acht zu eins in der Landesregierung beschlossen: Sie hat gegen die Festlegung von Bundesstraßenstrecken für die fahrleistungsabhängige Maut, für diese Verordnung, keinen Einwand. Da gibt es ein paar zusätzliche Bemerkungen, aber kein Wort bitte, daß sie gegen die Doppelmaut ist. Am 10. Juni wäre da die Möglichkeit gewesen, das rechtzeitig zu machen. Aber das ist nicht passiert. Damals gab es den Beschluß. Es wäre rechtzeitig gewesen, sich hier mit einer Stellungnahme, wo man das hätte hineinschreiben können, zur Wehr zu setzen. Das ist nicht passiert.

Wir wissen heute, wie es aussieht. Die Jahreskartenbesitzer zahlen nach wie vor gleich viel wie bisher. Sie haben halt jetzt das Zuckerl, daß es eingerechnet wird, aber sie müssen nach wie vor 1200 Schilling wie bisher zahlen. Die Pendler müssen mehr zahlen als vorher, und die gelegentlichen Benützer, genau die, und da geht es um die Obersteier, und da wundert es mich schon, daß Sie als Obersteierer sich hier hinstellen und sagen, Sie wollen hier gerade als Obersteierer, was auch immer, denn genau habe ich das nicht verstanden, weil ich von drinnen zugehört habe – aber als Obersteierer müßten Sie ja einer derjenigen sein, die sagen, gerade unsere Kollegen aus der Obersteiermark sollen die Möglichkeit haben, ohne zusätzlich zu zahlen, wenn man dann schon ab 1. Jänner 1997 die Vignette zahlen muß, ohne zusätzliche Kosten in die Landeshauptstadt fahren zu können. (Abg. Schrittwieser: „Zuhören, Frau Kollegin!“)

Wenn Sie meinen, daß das Ihre Kollegen aus der Obersteiermark, Ihre Bürger aus der Obersteiermark sich leisten können, hier zusätzlich, wenn sie gelegentlich in die Landeshauptstadt fahren, noch einmal eine Tunnelmaut zahlen zu können, dann ist es Ihre Meinung. Das ist nicht unsere Meinung. (Beifall bei der FPÖ.)

Und jetzt komme ich zu diesem Bericht, über den wir heute reden, über den Antrag der Sozialdemokratie, daß es zu keiner Doppelmaut kommen soll. Ich weiß nicht, ob Sie sich das wirklich durchgelesen haben: „Da dadurch eine Doppelbesteuerung ausgeschlossen wird, erübrigt sich eine weitere Veranlassung der Steiermärkischen Landesregierung“. In

unseren Augen erübrigt sich das aber überhaupt nicht, denn wir haben die Doppelmaut, und wir möchten Sie hier in Ihrem Antrag unterstützen, denn wir halten das nicht für richtig, daß es eine Doppelmaut gibt.

Genau darum geht es uns, daß es hier nicht zur Doppelbesteuerung für die Steirer kommt, und deshalb sehen wir sehr wohl eine Veranlassung der Steiermärkischen Landesregierung, sich nochmals und noch einmal vehement dafür einzusetzen, daß es nicht dazu kommen wird, denn noch ist es nicht zu spät, das Gesetz wurde ja damals bei den Struktur- anpassungsgesetzen mit hineinverpackt, und jetzt hören wir von unseren Kollegen im Nationalrat, es gibt schon eine Novelle zu einem Gesetz, das noch nicht einmal in Kraft ist. Es tritt ja erst am 1. Jänner 1997 in Kraft, weil man in der Husch-Pfusch-Aktion in bekannt bewährter Manier zum Budget das beschlossen hat. Und jetzt gibt es schon im Bauten- Ausschuß die erste Novelle zu einem Gesetz, das noch nicht beschlossen wurde. Hier ist die Gelegenheit für die Landesregierung, da noch einmal hinzugehen, wenn es Ihnen ernst damit ist, daß Sie gegen die Doppelmaut sind, und zu sagen, wir wollen die Doppelmaut nicht, wir fordern die Abschaffung der Tunnelmaut, wenn es schon zu einer Belastung für die gesamten Österreicher und für die Steirer kommt, wenn es schon zu dieser Vignette kommt. Das wäre doch eine Möglichkeit, und da verstehe ich Sie wirklich nicht. Oder Sie haben diesen Antrag, den Sie ja vor den Wahlen eingebracht haben, genauso wie so viele andere Dinge nur als Scheinversprechen abgegeben, um damit die Bürger zu beruhigen, und jetzt nach den Wahlen schaut das alles anders aus, und wir geben uns damit zufrieden, daß einmal jemand von der Landesregierung zur Bundesregierung gefahren ist oder vielleicht einen Brief geschrieben hat. Was genau passiert ist, kann man ja hier nicht nachvollziehen, und Sie geben sich damit zufrieden, daß es halt so ist, wie es ist. Wir können halt leider nichts tun. Nicht mit uns! Wir können uns hier nicht zufrieden geben. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn dann der Kollege Tasch großartig sagt in einer Aussendung, die Doppelmaut ist sogar ein Vorteil für die Pendler, dann verstehe ich ihn wirklich nicht mehr. Ich kann doch nicht sagen, daß es ein Vorteil für die Pendler ist, daß sie jetzt anstatt 400 Schilling 550 Schilling zahlen müssen. Das sind 150 Schilling mehr, die sie zu bezahlen haben, und gerade die Pendler, die sowieso schon belastet sind durch lange Anfahrtszeiten und lange Anfahrtswege, die auch belastet sind durch jetzt immer steigende Benzinpreise. Das werden wir alle merken, da wir alle viel herumfahren, daß die Benzinpreise ständig steigen und daß das auch vor allem die Pendler treffen wird. Und genauso sind sie jetzt ab 1. Jänner 1997 dann mehr belastet, wenn es wirklich dazu kommt, weil sie 150 Schilling mehr bezahlen müssen. Und das ist wohl wirklich nicht einzusehen, daß hier die Autofahrer immer wieder und weiterhin zur Budgetkonsolidierung beitragen müssen und sozusagen als Melkkühe der Nation angesehen werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Für uns ist die einzige ehrliche Lösung eine Abschaffung der Tunnelmaut im Sinne, wie es der Antrag der SPÖ vorgesehen hat, sich gegen eine Doppelmaut auszusprechen, dies ist die einzige Lösung, die wir hier machen könnten.

Bitte, lesen Sie sich das noch einmal durch, was wir hier fordern, denn wir haben es nicht umsonst inhaltlich gleich gemacht wie den Antrag, den die Kollegen von der SPÖ schon eingebracht haben, um Sie vielleicht daran zu erinnern, an Sie zu appellieren, daß Sie doch diese Idee, die Sie vor den Wahlen gehabt haben, auch nach den Wahlen weiterverfolgen. (Beifall bei der FPÖ. – 15.07 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Purr.

Abg. Purr (15.07 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bei aller Ernsthaftigkeit dieser Diskussion und bei allem guten Willen scheint mir dieses Thema der Bemautung doch weitgehendst überzeichnet zu sein, denn wenn Sie mit den Leuten reden, könnte man sagen und wiederholend deren Meinung, hätten wir die Maut schon längst. Wir zahlen das in Italien seit Jahrzehnten und waren immer stolz darauf, wenn wir dort auf der Autobahn gefahren sind. Sie haben gesagt, ist das nicht eine Autobahn, ist das nicht was Herrliches. Wo sind wir stehengeblieben? Und wenn das heute der Fall ist, so fühle ich es mit jenen, ich sage das wirklich, die einmal für die Lkws plötzlich, sprich 6000er, dort fängt es an, die Dauerpendler, Arbeitnehmer, das sind die Überlegungen. Aber im großen und ganzen kann das nicht die Sorge sein, die uns jetzt alle bewegt. Übersehen wir doch eines nicht, wenn Sie vom Salzburgerischen hinausfahren wollen nach Tirol, dann dürfen wir nach Deutschland fahren. Das geht gar nicht. Wir haben es noch nie zuwege gebracht, eine Autobahn zu finanzieren, die vom Salzburgerischen den Anschluß nach Kufstein findet, daß wir sagen können, wir fahren innerösterreichisch auf Autobahnen von Wien bis zum Bodensee, ist nicht möglich. Also man merkt, es fehlt an Mitteln, und nach meinem Dafürhalten, es ist meine persönliche Einstellung, hätte das längst passieren müssen. (Abg. Mag. Hartinger: „Wir sind in der EU!“) Und nochmals ein offenes Wort, Frau Kollegin.

Was den Treibstoffpreis betrifft, darüber können Sie mit mir gerne diskutieren, weil wenn hier die Mineralölgesellschaften schlagartig einmal 20 Groschen raufgehen, dann vielleicht 40 noch dazu und wieder 30 runter, das spielen sie einige Male im Jahr, dann möchte ich die Differenzen kennen, die diese Herrschaften oben bei Milliardengewinnen einstreifen. (Abg. Vollmann: „Und in fünf Jahren, was dann?“) Dort könnte man den Hebel ansetzen.

Punkt eins, wenn wir es mit den Pendlern wirklich ehrlich und aufrichtig meinen, dann müssen wir alles tun, daß endlich unsere Eisenbahnen wieder Kapazitäten bringen, die genützt werden können. Das ist das, was uns wirklich fehlt. Die Leute sind ja gezwungen, mit dem Auto zu fahren. Und wenn man tagsüber nach Graz fährt und sieht die Wagen alle mit Einzelpersonen, sie wurden ja dazu gezwungen, weil sie keine Möglichkeit haben, die Eisenbahn zu nützen. Jetzt möchte ich mich nicht wiederholen, wenn Sie von Graz nach Wien zwei Stunden 40 Minuten brauchen in der heutigen Zeit, das ist die schnellste Verbindung, so muß ich sagen, meine Damen und Herren, da sind wir in Österreich wirklich steckengeblieben.

Gestern hat es einen ganz, ganz großen Schritt gegeben. Die Steiermark, vertreten mit einer starken Abordnung, an der Spitze unsere Frau Landeshauptmann, die Kärntner waren sichtlich überrascht vom Erscheinen so vieler Steirer, aber dieses Projekt Koralmtunnel wird die Verbindung darstellen zur neuen Südbahn, Semmeringbasistunnel selbstverständlich, Koralmtunnel selbstverständlich, und vor allem diesen Terminal im Süden von Graz. Es war auch in diesem Zusammenhang sehr interessant für uns Steirer, und ich sage das, weil wir hier auf diesem Gebiet nicht genug gemeinsam tun können, da diese Einigkeit in Kärnten scheinbar nicht gegeben ist. Mit großer Skepsis begegnet man dort diesem Projekt.

Der Bürgermeister von Wolfsberg hält sich sehr zurück, die Aussagen des Landeshauptmannstellvertreters Außerwinkler und des weiteren Stellvertreters Grassner waren inhaltsgleich eher vorsichtig, skeptisch. Das kann es nicht sein! Und dann im Anschluß an diese gemeinsame Unterzeichnung dieses Protokolls Steiermark und Kärntens haben die Italiener uns präsentiert, was sie dort vorhaben. Natürlich haben die auch die finanziellen Schwierigkeiten und die ferrovia dello stato, etwa das in Italien was bei uns die Bundesbahn ist, die hat dort nicht nur Projekte, sondern auch Schritte unternommen. So zum Beispiel den Ausbau der Pontebbana, die sind bereits in Pontebba zweigleisig, um auf schnellstem Wege an die Grenze nach Tarvis zu kommen. Ich habe mir das gestern aufgeschrieben, 1999 werden sie knapp vor Tarvis stehen, knapp vor dem Grenzübergang. Sie haben einen doppelgleisigen Ausbau Venedig-Udine-Tarvis seit Jahren geplant. Ich sage, und was planen wir, was tun wir für die Pendler, was tun wir für die Autofahrer? Wir sind stecken geblieben! Sie sind um vieles weiter. Eisenbahnverbindung Mailand-Turin, bisher eine Stunde 35 Minuten. Und die Italiener präsentieren uns dort 40 Minuten Fahrzeit.

Meine Damen und Herren, das ist die Zukunft. Der Pendolino, den wir ausprobiert haben, damit wir auf unseren alten Strecken schneller fahren, der wird unten eingesetzt in zwei Systemgarnituren, um von Norditalien in die Schweiz zu gelangen. Und die Italiener sagen es und haben es gestern zum Ausdruck gebracht, wir hoffen auf Vereinbarungen mit Österreich. Gott sei Dank ist jetzt auch Graz nun mit dem Bürgermeister Stingl voll dabei, und da gibt es keine Meinungsdivergenzen mehr, und das muß auch hervorgehoben werden, nämlich Terminal im Süden von Graz. Fürnitz wurde inzwischen gebaut – großartig. Aber am Vergleich mit anderen Ländern, mit unseren Nachbarländern sind wir auf dem Eisenbahnsektor im wahrsten Sinne des Wortes stecken geblieben. Die großen Terminals sind in Padua, in Venedig und Bologna längst in Betrieb, Cervignano wird 1997 abschließend fertig sein. Meine Bitte wäre daher eine weitere Gemeinsamkeit im Interesse der Pendler, im Interesse der Wirtschaft, natürlich auch im Interesse des Standortes Wirtschaft von Österreich. Wir müssen hier auch die zuständigen Herren in der Bundesbahn bewegen. Ich habe abschließend den Herrn Bundesbahn-Generaldirektorstellvertreter Heinitz gehört. Ich würde sagen, das war zurückhaltend, bescheiden, vornehm, sicher exakt – kein Fehltritt, aber keine Hoffnung für uns.

Meine Damen und Herren, meine Bitte ist, stürzen wir uns nicht jetzt in Kleinigkeiten auf die Autobahnmaut, sondern wenn, dann machen wir gemeinsame Schritte. Wir brauchen die Autobahnen, wir brauchen die Eisenbahnen für ein interessantes, großes wirtschaftskräftiges Österreich. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.15 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Sie hat das Wort.

Abg. Keshmiri (15.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Es haben sich schon fast alle Vorredner dazu geäußert, daß eine Doppelbemaftung für Jahresmautkäufer und Pendler unakzeptabel ist. Für uns kommt noch ein Passus hinzu, und zwar betrifft das die Einzelfahrten. Gerade durch diesen Erwerb entstehen erhebliche Mehrkosten für die Autobahnbenützer, und diese sind deswegen für uns nicht zu akzeptieren. Das stellt für uns ein erhebliches Problem dar, weil gerade die Einzelfahrten einen nicht unwesentlichen Teil des Transitverkehrs ausmachen. Da denke ich zum Beispiel an den Tourismus. Ich denke im konkreten auch an die Pyhrnautobahn im Bereich Ennstal. Jetzt schon meiden viele Autobahnbenützer den Bosrucktunnel und fahren weiter über das Ennstal, um sich die Maut zu ersparen.

Wir alle wissen, wie die Situation im Ennstal aussieht. Wir wissen auch, daß die Ennsnahe Trasse wahrscheinlich in absehbarer Zeit noch nicht realisiert werden kann und damit die Bevölkerung nach Einführung der Jahresvignette noch mehr belastet wird, wenn dadurch mehr Kosten entstehen. Wir treten grundsätzlich für Kostenwahrheit auch im Verkehr ein, das heißt, dieses Ziel ist unter anderem mit einem verursachergerechten Road-Pricing-System zu erreichen. Wir präferieren daher eine Gebührenfinanzierung gegenüber einer Steuerfinanzierung der Straßen.

Im Zusammenhang mit der angesprochenen Ennsnahen Trasse möchte ich einen Beschlußantrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Dr. Wabl und Mag. Zitz einbringen. Die geplante Bemaftung von Straßen wird wahrscheinlich zu einer Verlagerung des Verkehrs von bemafteten Straßen auf nicht bemaftete führen. Von dieser Verlagerung und damit der Zunahme des Verkehrs wird unter anderem das Ennstal betroffen sein, das bereits jetzt unter einer unerträglichen Verkehrslawine leidet. Die Lösung des Verkehrsproblems im Ennstal wird daher immer vordringlicher.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag binnen drei Monaten einen Bericht darüber vorzulegen, wie das Verkehrsproblem im Ennstal gelöst werden kann. Daher soll auch darauf eingegangen werden, ob, unter welchen Voraussetzungen und bis wann mit dem Bau der Ennsnahen Trasse begonnen werden kann. Danke. (15.17 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner auf der Liste ist der Herr Präsident Dipl.-Ing. Vesko.

Präsident Dipl.-Ing. Vesko (15.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auch steirische Trauben zeigen ihre Wirkung. Ich möchte im Zusammenhang mit der Maut Ihnen noch zwei kleine Dinge sagen. Ich habe mit dem Antrag auf Zweckbindung so meine Probleme, weil wir ja längst ein Instrumentarium haben, das unmittelbar mit dem Verkehr zu tun hat und unmittelbar mit dem Straßenbau zu tun hat, nämlich die Mineralölsteuer, die ja auch eine Zweckbindung hat. Nur wird sie nicht durchgeführt.

Es erheben sich bei mir, Herr Kollege Korp und Herr Kollege Straßberger, doch die schweren Bedenken, daß diese Maut nicht dafür gemacht worden ist, um diese Projekte jetzt zu machen, sondern um Budgetlöcher zu stopfen, wie man das ja auch mit einem Sparpaket tut und mit verschiedenen anderen Sachen. Daher hege ich in diesem Zusammenhang ernste Bedenken. Wenn Kollege Korp davon gesprochen hat, daß alles schon ausverhandelt ist und daß hier nichts mehr passieren kann, daß die Doppelbemaftung ja ausgeschlossen ist, bezogen auf die Pendler und bezogen auf die Dauerkartenbesitzer, dann erinnert mich das an Versprechungen in mündlicher und schriftlicher Form ihres großen Vorsitzenden, deren Wahrheitsgehalt sich relativ kurz danach auch als falsch herausgestellt hat. Sie verstehen daher auch unsere Skepsis in diesem Zusammenhang.

Ich möchte Ihnen gerne sagen, wie andere Bundesländer das machen, zum Beispiel das zitierte Problem der Benachteiligung, wie es für uns Obersteirer – und da bin ich ganz mit Ihnen einer Meinung – durchaus der Fall ist, nämlich der Umstand, daß wir selbstverständlich, wenn wir in unsere Landeshauptstadt fahren wollen, auf der einen Seite sicherlich die Maut zu zahlen haben, und, Kollege Posch, aus einem mir etwas näherliegenden Bereich der Obersteiermark, dasselbe selbstverständlich auch für den Bosruckbeziehungsweise für den Pyhrntunnel gilt, was sicherlich eine Belastung für die Bevölkerung dort oben darstellt und wir ja schon einmal den Versuch gemacht haben, zumindest für diesen Bereich eine Erleichterung des Problems zu bekommen. Aber wie machen das andere Bundesländer?

Ich möchte Ihnen stellvertretend für Kärnten, Tirol und Salzburg sagen, daß zum Beispiel die Salzburger für die Bewohner des Lungaus eine klare Mautbefreiung für einen Tunnel, der einer Sondergesellschaft untersteht und jetzt in dasselbe Paket hineingehört wie auch unser Pyhrntunnel und wie unser Gleinalmtunnel, daß diese Leute befreit sind von einer Maut. Ich kann mich erinnern, und ich fühlte mich damals noch ganz in guter Gesellschaft, da war damals Klubobmann Trampusch und Klubobmann Hirschmann, wie wir hier in der Diskussion darüber gesprochen haben, daß man diesen Weg gehen sollte, um vor allem den Steirern, und um die geht es ja hier in diesem Hause, die Möglichkeit zu geben, eine Mautbefreiung für diese beiden Tunnel zu bekommen, die an sich einer Gesellschaft unterstehen. Diese Berücksichtigung ist auch hier nicht gegeben. Daher verstehe ich das große Lamento des im Stich

gelassenen Obersteirers nicht ganz. Sie hätten ja, oder wir alle miteinander hätten die Möglichkeit, an dieser Schraube zu drehen, um tatsächlich etwas für eine benachteiligte Region zu tun. Ich gebe dem Kollegen Korp schon recht, und ich sage das mit vollem Bewußtsein, wir sind noch auf Schotterstraßen gefahren. Da waren in den meisten oststeirischen Bauerndörfern die Tennböden schon asphaltiert. Das darf man hier ruhig auch einmal sagen. Nur, Gott sei Dank, sind die Zeiten vorbei. Aber da sollten wir den Hebel ansetzen, wenn wir schon davon ausgehen, für unsere obersteirischen Landsleute etwas zu tun.

Und das zweite und sehr Wesentliche ist mit der ausverhandelten Maßnahme, weil ich ja immer wieder – wir haben auch schon Spatenstiche und Bauten von Objekten ausverhandelt, die nicht gekommen sind –, aber mit Projekten wie diesem, kann ich Ihnen sagen, was passiert da mit den Leuten, die nicht Pendler sind und die keine Dauerkarte haben und die trotzdem zweimal im Jahr nach Graz kommen müssen, um zum Beispiel bei der Behörde irgend etwas zu erledigen. Diese Leute wären von einer Ausnahmeregelung nicht betroffen und würden die doppelte Bemaftung in vollem Zuge zu tragen haben. (Abg. Korp: „Minus 15 Prozent wäre das!“) Und daher glaube ich, minus 15 Prozent, das stimmt schon, das ist richtig, es gibt einige kleine Erleichterungen, sofern sie kommen. Aber ich sage, da, hier ist echter Handlungsbedarf gegeben, wenn wir es wollen.

Um auf den Anfang zurückzukommen, was die Straßenbauprojekte betrifft, die wir in der Steiermark noch offen haben und die uns sehr viel Sorgen bereiten und die auch schon viel Leid in die Bevölkerung gebracht haben, wenn ich an den zierlichen Ausbau der A 2 in der Steiermark denke, was das an Unfällen, an fatalen Unfällen, zur Folge gehabt hat, dann muß ich sagen, würde ich mich mit einer halben Lösung gar nicht mehr zufriedengeben. Das Junktim hat nicht zu heißen, hier Mautverzicht oder hier kein Mautverzicht zugunsten des Straßenbaues, sondern die klare Forderung, daß die Verkehrssicherheit in diesem Bereich Vorrang haben muß. Und ich würde mir dieses Junktim auch gar nicht in der Form wünschen.

Abschließend zusammengefaßt: Maut ist eine Belastung und auch was Kollege Purr gesagt hat mit der Internationalisierung, wenn ich von Graz nach Innsbruck fahre oder von Aussee nach Innsbruck fahre, muß ich wahrscheinlich zweimal ins Ausland, weil ich schneller bin und einfacher fahre, als wenn ich durch Österreich fahre. Das ist das Problem, das wir mit unserer Topographie haben, und das ist auch das Problem, daß bei uns Straßenbauten so teuer macht.

Auf der anderen Seite erleben wir in Ländern wie Italien auch Autobahnbau, der auch EU-gerecht ist, wo auch Zigtausende Autos im Sommer und im Winter fahren – einmal in die Richtung, einmal in die andere Richtung –, die nicht jenen hohen Ausbaugrad und jenen übertriebenen Ausbaugrad haben, der in vielen Bereichen durch nichts mehr zu rechtfertigen ist, und wenn man eine Autobahngeschwindigkeit von 130 Kilometern dort einhält, durchaus allen Voraussetzungen der Sicherheit entspricht. Das heißt, auch dort gibt es Möglichkeiten, einzusparen.

Wir wollen, daß der Bürger nicht zusätzlich belastet wird zu all dem, was er schon an Belastungen hat. Wir wollen auch nicht, daß unsere Unternehmungen, die eine Fülle von Lasten zu tragen haben, mit einer zusätzlichen Last belastet werden, weil einmal kommt das Faß zum Überlaufen. Und diesen Zeitpunkt, meine Damen und Herren, möchten wir bei der jetzigen Koalitionsregierung soweit als möglich hinausdrängen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 15.26 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt hat der Herr Abgeordnete Schrittwieser als vorläufig Letzter das Wort.

Abg. Schrittwieser (15.26 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Beschlußantrag der Freiheitlichen Partei ist deshalb interessant, weil er erst kommt, wenn die Gespräche bereits gelaufen und abgeschlossen sind. Das beweist einmal mehr, daß es den Freiheitlichen hier nicht um die Sache geht, aber es wird Ihnen immer wieder abgenommen, das ist das Bedauerliche. Denn wäre es Ihnen, Kollege Vesko – und die Kollegin Bleckmann als Klubobfrau hat die Verkehrsdiskussion nur so lange interessiert, so lange sie selbst am Wort war, jetzt anscheinend nicht mehr so –. Denn wäre es Ihnen um die Sache gegangen, warum haben Sie nicht dann gleich reagiert, wie wir das gemacht haben, als bekannt wurde, daß man beabsichtigt, in der Steiermark doppelt zu kassieren. Wir haben am 6. Feber dieses Jahres einen Antrag eingebracht. Der Antrag liegt hier vor, Ihr habt ihn abgeschrieben von uns, es ist ein guter Antrag.

Da haben wir bereits am 6. Feber einen Antrag eingebracht, der der Regierung zugewiesen wurde und in dem die Regierung vom Landtag aufgefordert wurde, diesen Wahnsinn, daß die Steirer hier doppelt belastet werden sollen, was die Maut betrifft, von uns abzuwenden. Und die Regierung unter Landesrat Ressel hat diese Verhandlungen geführt, und es ist für den Kollegen Ressel wie für uns natürlich nicht befriedigend, wenn von dem, was man vorgehabt hat, vieles zwar weggekommen ist, aber natürlich noch immer eine Restmehrbelastung geblieben ist. Damit können wir nicht zufrieden sein.

Aber, meine Damen und Herren, das Ganze hat auch einen zweiten Anstrich. Wir alle gemeinsam stellen uns hier immer wieder her und fordern mit Recht, sei es der öffentliche Verkehr, oder auch der Straßenbau, eine Reihe von Projekten, die in zig Milliarden Schilling gehen, und wissen gleichzeitig, daß es einen zukünftigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder auch des Straßenbaus nur geben kann, das wissen wir, wie das entstanden ist oder nicht, ist eine zweite Frage, wenn es in Zukunft zu Mehreinnahmen in dem Bereich kommt. Und daher, meine Damen und Herren, haben wir uns auch, weil wir wollen, daß die Straßennetze, die es gibt, der Lückenschluß in allen Bereichen vollzogen wird, haben wir gesagt, diese Verantwortung müssen wir auf uns nehmen, und wir werden der Einführung einer Vignette selbstverständlich nichts Gegenteiliges aussprechen oder nicht dagegen sein, weil wir diesen Fortschritt und diesen Ausbau wollen.

Man muß auch dazu sagen, Kollege Vesko, es ist nämlich noch nicht gesagt worden, daß es ja bei diesen Verhandlungen durchaus gegen das, was die Bundesregierung gewollt hat, Erfolge gegeben hat. Wenn ich mir anschau, daß die Pendler hätten voll belastet werden sollen und daß heute die Pendler mit der Vignette, die sicherlich 95 Prozent der Pendler kaufen, weil sie am restlichen Straßennetz, Autobahn- und Schnellstraßennetz fahren werden, daher die Maut durch den Tunnel überhaupt wegfällt, sondern sie mit der Vignette, wenn sie von ihrer Wohnung zum Arbeitsplatz fahren, fahren können, dann ist es meines Erachtens durchaus dem Kollegen Ressel gelungen, daß er diese zusätzliche Belastung von den Pendlern, die damit ihren Lebensunterhalt verdienen, daß sie zu ihrem Arbeitsplatz kommen, ein Erfolg gelungen. Das muß man aussprechen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Gibt es die Doppelmaut oder gibt es die Doppelmaut nicht?“) Bei den Pendlern gibt es die Doppelmaut nicht. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ich rede nicht von den Pendlern, ich rede von der Doppelmaut!“) Ja, Kollegin Bleckmann, Sie reden hier von der Doppelmaut für alle, und jetzt sagen Sie da von der Sitzbank aus, für die Pendler nicht. Sie haben es nur nicht gesagt. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ich habe es sehr wohl gesagt!“)

Ich sage es jetzt! Die Pendler bekommen von der Bundesstraßengesellschaft die Mautkarte zu der Vignette um 550 Schilling dazu (Abg. Mag. Bleckmann: „Ist aber teurer!“), sofern sie sich vom Wohnort auf den Arbeitsplatz bewegen. Geplant war, daß sie zusätzlich zahlen, das ist nicht eingetreten. Ich bin nicht zufrieden, wenn wir heute eine Jahreskarte haben, wenn man auf der Pyhramtobahn fährt, war geplant, daß man die Vignette um 550 Schilling und trotzdem um 1200 Schilling diese Jahreskarte für die Maut kauft. Jetzt ist es so, und das ist ebenfalls in den Verhandlungen, das wird nur nicht gesagt, erreicht worden, daß die Vignette von 550 Schilling in den derzeitigen Preis von 1200 Schilling eingerechnet wird und daß ich den Zusatz jetzt, den es bisher gegeben hat, 650 Schilling, daraufzahlen muß. Natürlich kann man nicht zufrieden sein, und da gebe ich dir recht, Kollege Vesko. Aber du weißt genauso gut wie ich, du warst bei vielen Gesprächen auch dabei (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Deswegen rede ich ja!“), daß Verhandlungen keine Einbahnstraßen sind.

Aber wenn 90 oder 80 Prozent der Wünsche vom Verhandler erreicht werden und das dann überhaupt nicht dargestellt wird, dann ist es meines Erachtens nicht in Ordnung. Natürlich ist das, wenn ich jetzt mit der Vignette hinauffahre und voll zahlen muß – 130 Schilling –, und die 15 Prozent waren auch nicht vorgesehen, nicht befriedigend, denn jetzt kostet die Durchfahrt 130 Schilling, wenn ich die 15 Prozent bekomme, dann bin ich auf 110 Schilling. Das ist nicht das, was wir uns wünschen. Das ist richtig.

Man muß auch langfristig daran arbeiten, daß wir zu Lösungen kommen, wo diese Belastungen wegfallen. Aber so zu tun, meine Damen und Herren, daß hier die Landesregierung zwar verhandelt, aber nichts erreicht hat, ist nicht zulässig. Eines, meine Damen und Herren, kommt schon noch dazu: Das ist eine große Anzahl an Wünschen, die wir haben, wobei ich durchaus zugebe, daß wir in der Vergangenheit be-

nachteiligt wurden, sowohl im öffentlichen Verkehr als auch im Straßenbau. Wir können natürlich auf der einen Seite verlangen und sagen, absolut – ist nicht möglich, daß nur ein Schilling mehr eingehoben wird als woanders, obwohl wir diese Gesellschaften schon gehabt haben, und auf der anderen Seite Milliardenprojekte verlangen, die notwendig sind für unsere Wirtschaft, die notwendig sind für die Flexibilität unserer Arbeitnehmer. Diese Zweischneidigkeit wird in Summe, und das weißt du, Kollege Vesko, besser als ich, nicht aufgehen, weil der Minister hat das ja angekündigt, und das halte ich ihm vor, wenn es zur absoluten Abschaffung hier kommt, dann wird es in der Steiermark zu keinen Projekten kommen.

Vielmehr haben wir bei unserem Beschlußantrag heute, den die Sozialdemokraten und die Österreichische Volkspartei eingebracht haben, sehr wohl verlangt, was wir wollen, daß mit diesem Geld, das hier mehr hereinkommt, gebaut wird und daß das nicht irgendwo in Österreich verbaut wird, sondern in der Steiermark. Ich sage dazu, es wird dieses Geld aber nicht ausreichen. Es wird zusätzliches notwendig sein, weil der Aufholbedarf bei uns so groß ist.

In diesem Sinne, Kollege Vesko, gebe ich dir recht, wenn du sagst, das ist eine Benachteiligung, und diese ist nicht in Ordnung. Okay, damit bin ich einverstanden. Aber ich bekenne mich auch in der Verantwortung meines Mandates, daß es bei Verhandlungen, wenn man sie führt, auch einen Kompromiß geben muß, wenn er auch nicht der ist, der mich unbedingt befriedigt. (Beifall bei der SPÖ. – 15.35 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über vier Anträge:

Erstens über den Antrag des Berichterstatters. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist angenommen.

Zweitens über den Beschlußantrag der FPÖ, betreffend die Autobahnbeamtung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Händenzeichen.

Das ist nicht die Mehrheit.

Drittens über den Beschlußantrag der ÖVP und SPÖ, betreffend Straßenbauvorhaben. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Mehrheit.

Viertens über den Beschlußantrag des LIF und der Grünen, betreffend Bau der Ennsnahen Trasse. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Das ist nicht die Mehrheit.

Dieser Tagesordnungspunkt ist somit abgeschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 255/1, betreffend die Übernahme der Privatstraße des Landes Steiermark zum Landeskrankenhaus Stolzalpe in das Landesstraßennetz in einer Länge von 6,75 Kilometer.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Heinz Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (15.37 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben die Situation zu diskutieren und darüber zu befinden, daß die Krankenanstaltengesellschaft des Landes Steiermark der Landesstraßenverwaltung eine Straße überantwortet, und zwar die Straße auf die Stolzalpe. Hier gibt es den Antrag, diese Übertragung der Kompetenz zu beschließen. Im Sinne des Ausschlußbeschlusses ersuche ich, diesen Beschluß zu fassen. (15.37 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bacher.

Abg. Bacher (15.38 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Thematisch paßt das natürlich sehr gut zusammen, allerdings geht es hier nicht um eine Bemaunung, sondern um eine Übernahme. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Wer weiß!“) Ich glaube, das Thema haben wir abgeschlossen, Kollege Peinhaupt. Ich bin trotzdem sehr froh, daß es nach jahrelangen Diskussionen endlich gelungen ist, die Privatstraße des Landes in eine Landesstraße zu übernehmen. Es steht eigentlich schon alles in dem Antrag, ich möchte daher nur ein paar Sätze dazusagen.

Es hat immer wieder Diskussionen darüber gegeben, daß ein Krankenhaus die Zufahrtsstraße zu ihrem Haus auch selbst erhalten muß. Wie die Spitäler noch im Landesdienst waren, hat das das Landesbudget auch mitübernommen. Auch bei der KAGES-Ausgliederung war es natürlich auch im Budget drinnen. Es hat dann heftige Diskussionen im Jahr 1994 betreffend diese Übernahme gegeben. Es war die damalige Referentin und jetzige Landeshauptmann Waltraud Klasnic, die gesagt hat, ja, wir übernehmen sie als Landesstraße. Es hat dann immerhin noch zwei Jahre gedauert bis zum heutigen Tag, daß das auch alles durchgeführt werden konnte. Ich sage daher ein herzliches Dankeschön. Ich bin froh, daß wir sie als Landesstraße übernommen haben. Ein steirisches Glückauf. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.39 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 257/1, betreffend den Tourismusbericht für das Jahr 1995.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (15.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 257/1, betreffend Tourismusbericht für das Jahr 1995. Im Tourismusbericht wird erwähnt, daß 1995 der gesamtösterreichische Rückgang im Tourismus auch die Steiermark erreicht hat und bei Ankünften, Nächtigungen und Aufenthaltsdauer Minusziffern vermerkt werden mußten. Der Rückgang der Übernachtungszahlen wird hauptsächlich auf das Ausbleiben ausländischer Gäste (minus 5,7 Prozent) zurückgeführt, während sich der Inländertourismus nur geringfügig verminderte (minus 0,1 Prozent). Auch die inländischen Touristen folgen vermehrt dem Billigpreis-Ruf in den Süden oder nach Übersee. In der Steiermark kam es zu einem Rückgang bei den Übernachtungen von 2,9 Prozent, was im gesamtösterreichischen Schnitt von 4,3 Prozent doch ein annehmbares Resultat ist. Den stärksten Rückgang an den Übernachtungen hatten die Bezirke Radkersburg (minus 5,8 Prozent), Bruck (minus 5,7 Prozent), Knittelfeld (minus 5,6 Prozent) zu vermelden. Im Kalenderjahr 1995 wurden in Österreich rund 179 Milliarden Schilling und in der Steiermark rund 9,4 Milliarden Schilling in der Sparte Tourismus umgesetzt, wobei das Niveau der steirischen Umsätze pro Übernachtung eines Touristen von rund einem Drittel unter dem Niveau des österreichischen Umsatzes liegt. Schlechtere Werte haben nur Burgenland, Oberösterreich und Niederösterreich. Ich bitte um Annahme. (15.42 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Danke für die Berichterstattung. Erster Redner ist der Herr Abgeordnete Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (15.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Entwicklung des Tourismus in der Steiermark. Ich glaube, wir können stolz sein auf unser Land. Es ist ein vielfältiges Land wie kaum ein anderes in Österreich. Ich möchte sogar sagen, es ist das vielfältigste in Österreich und das schönste auf der Welt. Es ist ein Land, auf das wir echt stolz sein können von der Vielfalt her, von der Dachstein-Tauern-Region bis nach Radkersburg, vom Steirischen Salzkammergut bis am Semmering, ein Land, das alles aufweist, was wir als Einheimische lieben, aber auch, was unsere Gäste lieben und was unsere Gäste begeistert. Was die Steier noch ganz besonders auszeichnet, ist, daß wir einfach ein Tourismusland sind, von Freundlichkeit her, von Zugänglichkeit her, wo sich die Gäste zu Hause fühlen. Ich glaube, das ist ganz entscheidend, daß wir österreichweit von den Rückgängen her noch am wenigsten betroffen waren.

Obwohl ich ganz klar feststellen muß, daß im Jahr 1994 das Tourismuseinkommen österreichweit noch 200 Milliarden Schilling, ausgemacht hat und im Jahr 1995 ein Rückgang von 21 Milliarden Schilling, also 179 Milliarden Schilling, und wir sehen daraus, daß diese Deviseneinkommen natürlich einen starken wirtschaftlichen Einfluß auf unser Land Österreich, aber vor allem auch auf unser Bundesland Steiermark hat. In der Steiermark wurden wie überall in Österreich die größten Rückgänge durch das Ausbleiben der ausländischen Gäste hervorgerufen. Minus 6 Prozent, die Verminderung der Aufenthaltsdauer für 1995 bei inländischen wie ausländischen Gästen gleich stark ausfiel, trägt zur Verminderung der touristischen Wertschöpfung bei, gibt doch jeder Gast im Durchschnitt im Tag 877 Schilling pro Aufenthaltstag aus. Der steirische Fremdenverkehr ist besonders stark auf den Binnenverkehr ausgerichtet.

Die meisten Ankünfte von den Ausländern wurden naturgemäß bei den deutschen Urlaubern registriert, die allein rund 60 Prozent aller Ausländer unserer Ankünfte ausmachen. Ich finde daher solche Vorträge oder Filme wie die „Piefke-Saga“ als eine bodenlose Sauerei unseres ORF und eine Vertreibung unserer Gäste. Ich glaube, daß solche Sachen einfach nicht beitragen, um die deutschen Gäste, die immerhin 60 Prozent in unserem Land ausmachen, zu begeistern, unsere Gäste in Vergangenheit und Zukunft zu sein. Ich glaube, auch hier müßte ein großes Umdenken stattfinden.

Analog zu den Ankünften verhalten sich die Ankünfte bei den Übernachtungen bei den einzelnen Herkunftsgruppen, von insgesamt 9.177.623 Übernachtungen entfielen 5.790.138 auf Österreicher und hievon 1.950.151 auf Wiener Gäste. Die meisten Übernachtungen der Ausländer wurden wieder von den deutschen Urlaubern mit 2.380.978 Nächtigungen gezählt. Im Kalenderjahr 1995 waren in der Steiermark 15.866 Arbeitnehmer in Beherbergungsbetrieben und Gaststätten tätig. Das sind um 397 Personen mehr als im Vorjahr, davon waren 2228 Lehrlinge. Damit beschäftigen die steirischen Tourismusbetriebe die meisten Lehrlinge in Österreich im Tourismus. Das touristische Angebot, nach einer leichten Zunahme in den Betrieben in den Jahren 1992 und 1993 verringerte sich die Betriebszahl in der Wintersaison 1993/94 um deutliche 3,1 Prozent. Während sich die Verminderung in den Betrieben verlangsamt (minus 1,1 Prozent oder minus 76 Betriebe), von der Gesamtzahl an Betrieben von 6684 entfielen auf die gewerblichen Betriebe 1820, Anteil 27,2 Prozent. Auf Privatquartiere, nicht auf dem Urlaub am Bauernhof 2166, Anteil 32,4 Prozent. Auf Privatquartiere auf einem Bauernhof 1328, Anteil 19,9 Prozent. Ferienwohnhäuser gab es 1113, Anteil 16,7 Prozent.

Der erwähnte Gesamtrückgang an Betrieben betrifft nicht alle Betriebsarten in gleichem Maße. In den Qualitätsbetrieben mit fünf, vier und drei Sternen wurden Steigerungsraten von 6 Prozent und 0,7 Prozent registriert. Die Anzahl der Ferienwohnungen wuchs um 13,2 Prozent. Bei den steirischen Bezirken konnten die Bezirke Graz, Leoben, Feldbach und Radkersburg im Jahr 1995 zum Teil erfreulich hohe Zunahmen erzielen. Die übrigen Bezirke mußten

leichte Einbußen hinnehmen. Von der Bedeutung, daß die neue Regionalisierung in der Steiermark im Jahre 1995 weiter vorangeschritten ist und bis auf den Betrieb Graz mit Graz-Umgebung neue dem Steirischen Tourismusgesetz entsprechende touristische Regionalverbände ihre Arbeit aufgenommen, vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung werden zweimal jährlich auf der Basis eines statistischen Schätzverfahrens zur traditionellen Tourismusstatistik Anhaltspunkte über die Größenordnung der touristischen Einnahmen und Umsätze, Tourismus in Indikator, ausgearbeitet.

Im Kalenderjahr 1995 wurden dennoch in Österreich rund 179 Milliarden Schilling – ich habe es bereits erwähnt – durch den Tourismus umgesetzt. Um 1,2 Prozent weniger als im Vorjahr in der Steiermark, rund 9,4 Milliarden Schilling, was einen Zuwachs von etwa einem Viertelprozent entspricht. Die Steiermark konnte neben Wien als einziges Bundesland trotz rückläufigen Übernachtungsziffern einen Zuwachs bei den touristischen Gemeinden erzielen. Der steirische Tourismus hat damit die Österreich-Anteile bei den Nächtigungen 1995 ganz leicht um 0,09 und den Anteil an den Einnahmen etwas stärker, um 0,13 Prozent, ausbauen können. Wiederum wurde die Steiermark im Kalenderjahr mit etwa mehr als 19 Prozent vor Kärnten zum beliebtesten Urlaubsziel der Inländer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, ich glaube, eines müssen wir feststellen, daß Tourismus wirtschaftlich ein Riesenfaktor nicht nur österreichweit, sondern auch in der Steiermark ist und daß wir einfach alle Anstrengungen zu unternehmen haben, um den Tourismus nicht weiter abstürzen zu lassen, sondern den Tourismus nicht nur auch zu halten, sondern weiterhin zu forcieren. Und hier, glaube ich, ist unser Landesrat Gerhard Hirschmann am besten Weg, den Tourismus zu forcieren mit Veranstaltungen, und hier ist auch die Steiermark ein prädestiniertes Land, um große Sportveranstaltungen durchzuführen, die perfekt organisiert sind. Ob es jetzt Weltcuprennen im Schifahren ist, ob es Schifliegen am Kulm ist oder ob es in Aichfeld der Grand Prix ist, ich glaube, solche Veranstaltungen sind dazu da, um unser Land offiziell in das Rampenlicht der Weltöffentlichkeit zu rücken. Und nur mit solchen Veranstaltungen ist es möglich, die Weltöffentlichkeit auf die Steiermark und auf Österreich, aber in erster Linie sind wir natürlich dazu da, auf die Steiermark aufmerksam zu machen. Für mich ist einiges auch ganz wichtig und klar, und ich möchte auf dem Sektor ganz klar hervorheben, daß es immer wieder Tourismuslandesräte der Österreichischen Volkspartei waren, die den Tourismus in Österreich und vor allem in der Steiermark forciert haben. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Es war seinerzeit Franz Wegart, der das Thermenland eingeführt hat und der den Auftrag gegeben hat, doch in Radkersburg noch tiefer zu bohren, um vielleicht doch noch Wasser zu finden, um die Therme auszurichten. Und wir konnten sehen, was uns auf dem Sektor gelungen ist. Die Thermenregion, ein unwahrscheinlich aufstrebendes Land, ein selbstsicheres Gebiet. Das Grenzland ist keine Armenregion mehr, nein, ich glaube, das Grenzland ist durch den

Tourismus ein Land geworden, wo man sich wohl fühlt, und mit dem Gesundheitstourismus kann man auch noch in Zukunft viel erreichen. Obwohl ich auch dort sagen muß, wir müssen auch hier schauen, daß wir den Thermen-tourismus nicht weiter explodieren lassen, sondern ich glaube, jetzt ist es so weit, daß man von der Bettenkapazität her, vom Angebot her ein bißchen vorsichtiger, ein bißchen leiser treten muß, um auch hier nicht einen Überzug zu haben und diese Betriebe dann vielleicht in Gefahr zu bringen.

Eines ist ganz klar gelungen, die Steiermark ist, wie ich es vorher schon erwähnt habe, vielfältiger geworden als jedes andere Bundesland in Österreich. Die Thermenregion, die Dachstein-Tauern-Region, das Steirische Salzkammergut, das Murauer Gebiet mit den nordischen Veranstaltungen, das Grimming-Gesäuse-Gebiet haben beträchtliche Zunahmen zu verzeichnen. Ich freue mich auch über die beträchtlichen Zunahmen in der Thermenregion, aber auch im Murauer Gebiet. Eines tut mir schon weh, weil das trifft mich persönlich, daß die prädestinierten Tourismusgebiete, wie die Dachstein-Tauern-Region, aber auch das Steirische Salzkammergut, die stärksten Einbußen zu verzeichnen haben. Ich glaube, hier muß man auf eines achten und aufpassen: Hier wird in vielen Bereichen mit den Preisen an der Grenze offeriert. Ich glaube, hier ist es wichtig, daß das Preis-Leistungs-Verhältnis wieder besser ins Gefüge gerückt werden muß. Es ist aber auch notwendig, daß endlich mit den Aufstiegshilfen und mit dem Zusammenschluß der Schiberge begonnen wird. Es ist im Budget wieder nicht vorgesehen, um den Zusammenschluß der Schiberge anzugehen. Hier muß man Initiativen ergreifen, vor allem auch, was die Arbeitslosigkeit anbelangt. Es muß im Bezirk Liezen gelingen, mehrere Projekte für den Winterbeschäftigungsbetrieb zu finden, um auch hier Abhilfe zu schaffen.

Lieber Gerhard, ich darf dir ganz besonders herzlich danken, daß du uns auch geholfen hast, den Ennstalradweg zu forcieren. Es ist der Bescheid heute für Pruggern hinausgegangen, der Bescheid für Michaelerberg folgt. In der nächsten Zeit wird das in Verhandlungen mit Herrn Dipl.-Ing. Aigner bis Haus hinauf vorgesehen werden. Dieser Radweg ist ein wichtiger Faktor, um das Angebot von der Vielfalt her zu vergrößern. Ich habe immer wieder gesagt, die Steiermark muß aufpassen, um nicht ein langweiliges Tourismusland zu werden. Die Steiermark muß bündelweise anbieten, muß die Gäste anziehen und faszinieren, um Urlaub in der Steiermark zu machen. Es muß uns auch gelingen, die Aufenthaltsdauer wieder zu erhöhen, dann braucht es uns um den Tourismus in der Steiermark nicht bange zu sein.

Eines möchte ich abschließend noch ganz klar sagen, was für mich ganz wichtig ist, um für den Tourismus und für die Betriebe eine Überlebenschance zu bringen: Wir dürfen keine Arbeitsplatzvernichtungsmaschinerie gestalten, und zwar sehe ich das in überzogenen Schutzbestimmungen für Lehrlinge. Aber auch im Arbeitszeitgesetz ist das der Fall. Das muß gerade in Dienstleistungsbetrieben flexibler gestaltet werden, um diesen Betrieben die Möglichkeit zu geben, die arbeiten wollen, auch arbeiten zu dürfen und das leise Sterben unserer

Gasthäuser in den Tourismusregionen in Zukunft hintanzuhalten und zu verhindern. Wenn es so weitergeht, daß ein Gastbetrieb um den anderen zusperrt, dann wird es in der Zukunft immer mehr passieren, daß man an Samstagen und Sonntagen mit einer Wurstsemmel vor einer zugesperrten Gästhaustür stehen muß. Das kann nicht im Sinne unseres Tourismus in der Zukunft sein, weil wir alle der Meinung sind, diesen Tourismus weiterhin zu forcieren und aufrechtzuerhalten.

Ich möchte hier eines ganz offen und deutlich sagen: Ich bin ein glühender Fan unseres Tourismuslandesrates. Er ist ein Landesrat mit Visionen. Nehmen wir ihm diese Visionen nicht, sondern helfen wir ihm, diese Visionen umzusetzen. In diesem Sinne ein kräftiges und steirisches Glückauf. (Beifall bei der ÖVP. – 15.56 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Präsident Dipl.-Ing. Vesko. Wir werden nach ihm die Diskussion um diesen Tagesordnungspunkt unterbrechen und die beiden dringlichen Anfragen aufrufen.

Am Wort ist der Abgeordnete Tasch, der den Beschlusantrag einbringt.

Abg. Tasch (15.57 Uhr): Der German kann sich gerne neben mir aufstellen, weil er verschwindet neben mir trotz seiner Stärke. Das war die Begeisterung von unserem Landesrat. Da kann so etwas passieren.

Beschlusantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Tasch, Schützenhöfer, Purr und Ing. Mag. Hohegger zum Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 257/1, betreffend den Tourismusbericht für das Jahr 1995. Die Tourismus- und Freizeitwirtschaft besitzt in der Steiermark eine bedeutende Rolle als Arbeitgeber, wobei unser Land im Gegensatz zu anderen Bundesländern noch über ein großes touristisches Entwicklungspotential verfügt. Die weltweite Verschärfung des Wettbewerbes im Tourismus verlangt auch in der Steiermark Strukturverbesserungen für den Bereich der Tourismuswirtschaft. So hat die Steiermärkische Landesregierung bereits im letzten Regierungsabkommen einen Maßnahmenkatalog für Investitionen, insbesondere auf dem Seilbahnsektor, vorgesehen.

Ein Teil dieser finanziellen Mittel für Investitionen im Bereich der Steiermärkischen Landesholding Ges. m. b. H. soll durch Umstrukturierungs- oder Privatisierungsmaßnahmen aufgebracht werden. Neben der Investitionstätigkeit für den steirischen Tourismus wird von Fachleuten übereinstimmend festgestellt, daß der Gast schlagkräftige und größere Unternehmenseinheiten verlangt, welche zusätzliche Leistungen zur Hardware eines Tourismus-Infrastrukturunternehmens anbieten. Dieses Ziel kann nur durch zusätzliche Geschäftsfelder, wie sie international erfolgreiche Touristikunternehmer bearbeiten (Marketingaktivitäten für regionale Gesamtangebote, gemeinsame Nutzung und Vermarktung von Hotels und Infrastruktur und so weiter) wahrgenommen werden. Dies ist auf Grund der derzeitigen

Struktur der Steiermärkischen Landesholding Ges. m. b. H. nicht möglich. Die Ausgliederung der Beteiligungen der Steiermärkischen Landesholding Ges. m. b. H. in eine Finanzholding in Form einer Aktiengesellschaft und die Hereinnahme strategischer Partner bieten die Möglichkeit, ein Maximum an Zukunftssicherung für die steirische Tourismuswirtschaft zu erreichen.

Unbestrittene Tatsache ist inzwischen auch, daß Österreich vor allem als Sommerurlandsland starke Attraktivitätseinbußen erlitten hat. Eine dieser Ursachen ist der weltweite Trend vom Erholungstourismus zum Erlebnistourismus. So muß sich auch die steirische Tourismuspolitik an diesen geänderten Urlaubserwartungen orientieren. Dazu wird es erforderlich sein, Förderungsmittel des Landes so effizient wie möglich einzusetzen und aus den jeweiligen Ressorts für regionale (touristische) Leitprojekte zu konzentrieren.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, rasch die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Steiermärkische Landesholding Ges. m. b. H. in eine Tourismus-Infrastruktur-Aktiengesellschaft – mit anschließender Teilprivatisierung durch die Abgabe von Aktien an strategische Partner – umgewandelt wird.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für die Realisierung regionaler (touristischer) Leitprojekte in der Steiermark Förderungsmittel aus den jeweils in Betracht kommenden Ressorts (zum Beispiel Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Landwirtschaft, Sport, Tourismus) zu konzentrieren und damit einen möglichst effizienten Mitteleinsatz zu gewährleisten. Ich bitte um Annahme. (16.01 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Wir kommen nun zur Behandlung der dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl, betreffend die Zerschlagung der Abteilung für Wirtschaftsförderung.

Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Ing. Herbert Peinhaupt das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten.

Abg. Ing. Peinhaupt (16.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, sehr geehrter Herr Landesrat!

Ich habe mir die Mühe gemacht und habe die letzten acht Monate Ihrer Amtszeit Revue passieren lassen, habe dabei sehr wohl verfolgt, wie Sie versucht haben, sich in den Medien selbst darzustellen. Es macht sich doch der Eindruck breit, daß Ihre Sachkompetenz im Augenblick zumindest an die Reaktionen eines Ertrinkenden zu erinnern scheinen. Sie schlagen wie wild um sich und nehmen aber, und dafür müssen Sie sich auch im klaren sein, der steirischen Wirtschaft, für die Sie verantwortlich oder mitverantwortlich sind, die Kraft für den so notwendigen Überlebenskampf. Denn auch unserer Wirtschaft steht das Wasser bis zum Halse. Schlagzeilen und Ankündigungspolitik, meine Damen und

Herren, können ja nicht Grundlage der steirischen Landespolitik sein, aber auch für verständliche Bedürfnisse der Selbstdarstellung ist in dem sensiblen Bereich sicherlich kein Platz.

Sie selbst, sehr geehrter Herr Landesrat, gehen her und sagen uns auch über die Medien, Sie fühlen sich überberaten. Ich will nur umsetzen. Freilich wollen Sie nur umsetzen, aber zum Umsetzen gehört auch das Wissen, wie, wo und was, denn klar definierte Ziele und die dafür erforderlichen koordinierten Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele scheinen Sie denn überhaupt nicht zu haben. Es macht sich auch der Eindruck breit, daß Sie in die Fußstapfen des Helmut Qualtinger steigen wollen, „ich weiß zwar nicht wohin, aber Hauptsache, ich bin schnell dort“. Herr Landesrat, ein persönlicher Rat an Sie, tauschen Sie doch einmal Ihre Marathonschuhe mit den Schuhen eines Orientierungsläufers, vielleicht werden Sie dann Ihre Ziele und die Ziele der steirischen Wirtschaft leichter finden. Im Augenblick tappen Sie ja noch im dunkeln. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, wie ist es denn sonst erklärbar, daß der Herr Landesrat Paierl am 7. Juni 1996 die Auflösung der Wirtschaftsabteilung ankündigt, weil – passen Sie auf – Doppelgleisigkeit und Effizienzlosigkeit dazu geführt haben, daß in den letzten vier Jahren 90 Millionen Schilling beim Fenster hinausgeworfen worden sind. Nur sollte man sich auch die Mühe antun und einmal hinterfragen, wer in den vier Jahren für die Wirtschaft zuständig war. Und nicht vier Jahre zurückliegend, sondern nur zwei Jahre zurückliegend gibt es doch hier eine Pressemeldung der damaligen Wirtschaftslandesrätin und jetzt Landeshauptfrau der Steiermark: „Die klare Strukturierung hat sich bewährt. Die wirtschaftliche Entwicklung unterstreicht die Notwendigkeit einer flexiblen und schlagkräftigen Wirtschaftsförderung. Erfolgsbilanz: 140 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 840 Millionen Schilling.“

Herr Landesrat, Ihnen ist aber sicherlich nicht entgangen, daß sich im Anhang einer Regierungsvorlage aus dem Jahr 1993 betreffend die Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung, und zwar des Beschlusses 59/1993, eine genaue Trennung der Aufgabengebiete zwischen Wirtschaftsabteilung und der sogenannten SFG ergibt. Und es ist freilich legitim zu hinterfragen, natürlich durch Ihre eigene Kritik, Herr Landesrat, wer wohl der politische Verantwortliche für das Entstehen dieser Doppelgleisigkeit ist. Ich nehme an, wahrscheinlich nicht Sie, Sie sprechen ja davon, daß in den letzten sieben Jahren vor Ihrer Zeit nur Papier produziert worden ist und keine Wirtschaftspolitik betrieben worden ist.

Herr Landesrat, Sie wissen aber auch, daß der Landesrechnungshof mit einer Beurteilung der Wirtschaftsförderung im Land Steiermark befaßt ist. Und es ist wiederum das legitime Recht und die Verpflichtung dieses Hauses, Sie dazu anzuhalten, die Beurteilung des Landesrechnungshofes dahin gehend abzuwarten, um sie auch für Ihr weiteres Tun und Handeln in Ihre Entscheidungsgrundlagen mit einzubinden. Im Augenblick scheinen Sie ja nur Handlungsbedarf dahin gehend zu haben, um das doch schon einigermaßen angekratzte Ansehen Ihrer Person als großer Reformator in der steirischen Wirt-

schaft wieder in das rechte Licht zu rücken. Und im blinden Umherschlagen, Herr Landesrat, könnte es ja leicht sein, daß von Ihnen der falsche Bereich getroffen wird, von Ihnen und Ihren restriktiven Maßnahmen, denn Sie brauchen wesentlich länger als acht Monate, um Zerstörtes wieder aufzubauen. Und die Frage drängt sich ja nun auf, ob es dann einen Landesrat Paierl wohl noch geben wird.

Sie sprechen von der Konzentration der Wirtschaftsförderung, Sie sprechen davon, daß man vertikale Aufgabenbereiche vermeiden muß, und stellen eine Organisation vor, das ist äußerst interessant, die von vornherein nicht in der Lage zu sein scheint, die von Ihnen formulierten Zielsetzungen erfüllen zu können. Denn Sie werden nicht abstreiten können, Herr Landesrat, daß etwa der Bereich des Fremdenverkehrs ein wesentlicher Bereich der Wirtschaft und der Wirtschaftsförderung ist, daß etwa der Bereich der EÜ-Kofinanzierung, der Zielgebietsregelungen, der Strukturförderungen ein wesentlicher Bereich der Wirtschaftsförderung ist. Und wenn wir schon bei den Strukturförderungen und den Ziel-2-Förderungen sind, dann schauen wir uns doch einmal an, wie es in der letzten Zeit ausgeschaut hat bei den F-Mitteln und deren Verwaltung, Information des Bundeskanzleramtes, 20. August 1996. 547 Projekte gefördert mit einem Kostenaufwand von 3,6 Milliarden Schilling, und man höre und staune, mit diesem Kostenaufwand und diesen 547 Projekten sind 538 Arbeitsplätze verbunden. Oder nehmen Sie sich vielleicht ein Beispiel an dem Landesfremdenverkehrsverein, wo ja – und sie rennen sicherlich alle zurück – infolge willkürlicher Personalpolitik auch noch ein Urteil ausständig ist, welches mit Interesse von den Landesverantwortlichen zu verfolgen sein wird.

Sie stellen uns ein Papier vor, Sie kennen das alles, wo die Größe über den Inhalt hinwegtäuschen sollte, denn es geht ja um viel mehr. Sie zerschlagen eine Abteilung der Landesverwaltung, um den operativen Bereich – das sind jetzt Ihre Worte – fernab der Politik handhaben zu können. Nur haben Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, obwohl im Juni angekündigt, und jetzt haben wir doch schon Mitte Oktober, obwohl Sie die notwendigen Begleitmaßnahmen in dieser Zeit in keiner Weise getroffen haben, notwendige Begleitmaßnahmen, und, meine Damen und Herren, ich bitte Sie jetzt, passen Sie wirklich auf, nicht erledigt und nicht bereinigt, weder in der Organisation noch in den Regierungsanträgen, Förderung wirtschaftlich entwicklungsbedürftiger Gebiete, Einzelanträge von Darlehen und so weiter, Förderungsmittel für Jungunternehmer, Gewerbeförderung als Landesmittel, Haftung und Bürgschaften, Dienststelle für Angelegenheiten des Außenhandels, Liegenschaft und Betriebsansiedelungen und so weiter, und so weiter. Alles Bereiche, die jetzt, gestern in der Regierung zerschlagen, mehr oder weniger im luftleeren Raum agieren.

Sie haben aber auch nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprochen, denn wie wollen Sie, Herr Landesrat, unter Vermeidung der Parallelitäten die Fonds zum Beispiel verwalten? Ich erinnere Sie, im Paragraphen 21 des steirischen Wirtschaftsförderungsgesetzes steht drinnen, daß der Fonds vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung zu verwalten ist.

Ich glaube, Sie werden auch hier eine Ausrede finden, denn Ihr Konzept in Progred dürfte Lawinenart angenommen haben. Sie treten einen Stein heraus und schauen, wohin der ganze Haufen rollt. Ich wünsche Ihnen nur, daß Sie nicht darunter zu liegen kommen, denn das wäre dann Ihr Management by Chaos.

Es ist ja aber auch zum Schmunzeln, wenn man die merkwürdigen Schritte des Herrn Landesrat Paierl verfolgt, wie er versucht, die Eigenständigkeit der Steirer gegenüber dem Bünd unter Beweis zu stellen. In der Bundesverantwortung ist man nämlich hergegangen und hat gesagt, na ja, ein Bautenministerium können wir uns wirklich ersparen, aber die Wirtschaft ist doch der tragende Teil unseres Gefüges. Man hat das Bautenministerium in das Wirtschaftsressort eingegliedert. Was macht der Herr Landesrat Paierl, er macht den Krebsgang, das heißt verkehrt herum. Er löst die Wirtschaftsabteilung auf, weil die brauchen wir nicht mehr in der Steiermark, und gliedert sie in die Baudirektion ein. Ich würde mir wünschen, weil Beamte dürfte er mittlerweile in der Direktion genug haben, daß er mit den ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht nur das Haus der Wirtschaft baut.

Wie überhaupt, Herr Landesrat, stellt sich die Frage, machen Sie mit Ihrem Handeln Strukturpolitik oder machen Sie Personalpolitik? Denn es drängt sich sicherlich der Verdacht auf, daß der Leiter der Landesbaudirektion, wo es ja, wie erwähnt, ohnedies freie Kapazitäten gibt, von Ihnen – wider Ihre Worte – mit einigen Dingen befaßt wird, wahrscheinlich genau im selben Maß wie Ihr General – ich darf Sie daran erinnern, Sie haben den Herrn Hofrat Feil als Ihren General vorgestellt – im gleichen Maß von einigen Dingen befreit wurde.

Sie geben damit dem einen eine Existenzberechtigung, und damit das alles nicht so schlecht ausschaut, gibt man einem anderen oder verspricht es ihm zumindest, daß man gleich noch eine Tochter dazugründet in der SFG, damit der auch einen eigenen Posten hat, mit dem er letztendlich gut leben wird können. Sie selbst gehen her und sagen, ohne daß Sie das System wirklich hinterfragen, wir sparen uns Millionen Schilling im Land überhaupt am Personalsektor. Sie können doch bitte wohl nicht davon ausgehen, daß Sie qualifizierte Beamte einfach vor die Türe setzen. Nur zur Erinnerung, es handelt sich um Beamte, und nicht um Schreibtische.

Mit Ihrem General, Hofrat Feil, dürften Sie ja ein Glück gehabt haben, denn Herr Schachner war ja immer aus, für sein Kulturressort einen Fachmann zu bekommen, der in der internationalen Kulturbranche Anerkennung findet. Wenn das nämlich eintrifft, dann brauchen wir kein Hearing. Herr Hofrat Feil hat das Anforderungsprofil des Herrn Schachner sicherlich erfüllt, da hat er den richtigen Mann dafür gefunden. (Abg. Schützenhöfer: „Ja hat der Paierl dem Schachner den hinaufgedrückt?“)

Darf ich jetzt auch wieder fortfahren, Herr Kollege? (Abg. Schützenhöfer: „Ja, aber momentan fährst du in die Einbahn, in die Sackgasse!“) Na ja sie ist nicht schwarz, sagen wir es so. Wie gehen Sie aber mit den Beamten in diesem Land um? (Abg. Schützenhöfer: „Deine Personalpolitik möchte ich auch nicht kommentieren, dazu mag ich dich zu gerne!“) Es gibt

immerhin noch 19 Beamte, mit denen Sie, Herr Landesrat, überhaupt keine Einigung – und jetzt pass' bitte auf, damit du endlich auch einmal dein soziales Gewissen prüfen kannst. (Abg. Schützenhöfer: „Jetzt mach' langsam einen Punkt!“) Nein, ich mache erst zum Schluß einen Punkt.

Sie gliedern in das Grundsatzreferat einfach die Beamten hinein und sagen dann, aus diesem Grundsatzreferat werden sie dann zugeteilt, so wie es eben den Erfordernissen entspricht. Das Mindeste eines verdienten Beamten des Hauses ist es ja wohl, daß der Beamte zumindest erfahren darf, in welchem Bereich, mit welchen Anforderungen und in welcher Abteilung er arbeiten darf. Denn, lieber Herr Landesrat, nach dem Motto „willst du nicht mein Bruder sein, so schlage ich dir den Schädel ein“ kann man doch keine Landespersonalpolitik in diesem Bereich machen. (Abg. Schützenhöfer: „Jetzt kannst langsam aufhören!“ – Abg. Purr: „Es hat alles seine Grenzen!“)

Jetzt geben wir noch was drauf! Ihr scheint überhaupt vergessen zu haben, daß es nämlich auch ein Landespersonalvertretungsgesetz gibt und dort in den Paragraphen 14 und 15 eindeutig das nachzulesen ist, was der Herr Landesrat glaubt, durch seine Formalautorität unterlaufen zu können. Wenn Sie von einem realen Abbau der Dienstposten sprechen, Herr Landesrat, dann kann es ja wohl nur die Erwartungshaltung auf einen Dienstposten sein, weil Sie wissen selbst, daß nur ein Pensionsantrag als genehmigt gilt. Sie reden von 14 bis 19 Dienstposten werden durch die Neuordnung der Wirtschaftsförderung eingespart. Mit dem vorhin Erwähnten sind uns eigentlich nur vier bekannt. Über den Rest werden Sie uns ja in der anschließenden Beantwortung wohl berichten, denn wenn das S der SFG dem S des Selbstbedienungsladens gleichzusetzen ist, dann wären die realen Einsparungspotentiale nicht leicht erkennbar sein. Ich sehe schon ein, daß zum Beispiel ein Dr. Kaltenbeck eine Auffettung verdient hat, denn drei Jahre Sonderurlaub bei Frau Vizebürgermeister Feldgrill, das grenzt an Wiedergutmachung.

Weniger einsichtig zeige ich mich schon bei der Landesholding, wo man nach dem bereits zur Gewohnheit gewordenen Prinzip der Verteilung zwischen Rot und Schwarz zu gleichen Teilen vornimmt. Den nicht nur gut dotierten roten Vertretern durch ein Regierungsbeschlußchen gleich um 20.000 Schilling mehr in die Tasche zu stecken, um den koalitionsären Gleichheitsgrundsatz nicht zu gefährden. Sie werden doch nicht Ihren Grundsätzen untreu werden, Herr Landesrat? Und jetzt komme ich auf etwas sehr Entscheidendes zu sprechen. Sie haben selbst gesagt, wie Sie Ihr Amt angetreten haben, es ist unverantwortlich, wenn wir im Wirtschaftsressort Unternehmen beraten wollen und selbst keine Kostenrechnung und kein Kostenmanagement haben. Genau das, sehr geehrter Herr Landesrat, fordern wir von Ihnen ein, indem wir die dringliche Anfrage einbringen nach Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages betreffend die Zerschlagung der Abteilung für Wirtschaftsförderung.

Bereits im heurigen Jännner, als Sie als Wirtschaftslandesrat in die Regierung kamen, haben Sie sich vehement für eine Ausgliederung der gesamten Wirtschaftsförderungsagenden ausgesprochen. Nun,

da die Auflösung der Wirtschaftsförderungsabteilung endgültig verwirklicht wird, häufen sich die damit verbundenen Spekulationen sowie die Verunsicherung der Betroffenen, die insbesondere auch durch die zahlreichen Pressemeldungen transparent werden.

Die Bereiche der Wirtschaftspolitik gliedern sich nach Ihren Vorstellungen in folgende Hauptbereiche:

Wirtschaftspolitik: Grundsatzreferat in der Landesbaudirektion, die SFG mit den Steirischen Beteiligungsfinanzierungs-Ges. m. b. H. und der Innofinanz Ges. m. b. H., den Fremdenverkehr mit der Abteilung und der Tourismus Ges. m. b. H., den Bereich der EU mit a) Koreferat Landeshauptmann und Landeshauptmannstellvertreter, b) EU-Abteilung, c) Regionalmanagement mit Programm im Referat und Förderung der SFG, d) diverse Ressortbereiche.

Die mit Ihren Umstrukturierungsplänen verbundenen Maßnahmen lassen noch zahlreiche Fragen offen, die unbedingt, sollte die beabsichtigte Ausgliederung Erfolg haben, im Vorfeld abzuklären sind.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, nachstehende dringliche Anfrage:

Erstens: Können Sie ernsthaft behaupten, daß die von Ihnen vorgegebene Reform – angesichts des oben Erwähnten – eine Konzentration der Wirtschaftspolitik darstellt?

Zweitens: Können Sie anhand einer detaillierten Kosten-Nutzen-Rechnung die Effektivität und Wirtschaftlichkeit Ihrer Maßnahme – Zerschlagung der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung – begründen? a) Wie sieht die Kosten-Nutzen-Rechnung im Personalbereich aus? b) Wie sieht die Kosten-Nutzen-Rechnung hinsichtlich des allgemeinen Verwaltungsaufwandes aus? c) Wie sieht die Berechnung der Folgekosten aus?

Drittens: Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, behaupten immer wieder, daß es im Bereich der Wirtschaftsförderung Parallelitäten gibt. a) Warum ist es zu solchen Parallelitäten gekommen? b) Wer hat diese Parallelitäten zu verantworten?

Viertens: Warum werden die Ergebnisse des Landesrechnungshofes, welcher gerade Auslastungen und Doppelläufe prüft, in die Umstrukturierungsmaßnahmen nicht einbezogen?

Fünftens: Können Sie Ihre Behauptung, eine geordnete Personalüberprüfung zu gewährleisten, auch detailliert belegen? a) Welche Mitarbeiter werden künftig auf welchen Dienstposten beschäftigt und mit welchen Agenden betraut? b) Welche Änderungen sind dazu im Dienststellenplan und in der Dienstpostenbeschreibung erforderlich? c) Mit wieviel Mitarbeitern wurde Einvernehmen erzielt? d) Wurde mit der Personalvertretung das gesetzlich erforderliche Einvernehmen hergestellt?

Sechstens: Bestehen Ihrerseits Zusagen an ein beziehungsweise mehrere Mitglieder der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung, im Bereich der SFG eine zusätzliche neue Gesellschaft zu gründen? a) Wenn ja, wozu? b) Ist dies mit dem dafür zuständigen Landesrat für Finanzen besprochen?

Siebtens: Von wem und wo werden die zirka 3000 evidenten Akten erledigt und ist dazu eine aufwendige Einschulung neuer Sachbearbeiter erforderlich?

Achtens: Wer erledigt jene Agenden, die in der alten Geschäftseinteilung beinhaltet sind, aber im Regierungsantrag vom 21. Oktober 1996 keinen Niederschlag finden?

Neuntens: Sind die Vertragspartner des Landes verpflichtet, die Vertragsbedingungen aus bestehenden Förderungsverträgen auch gegenüber einer ausgegliederten Gesellschaft zu erfüllen, und ist die Amtsverschwiegenheit innerhalb der SFG gesichert?

Zehntens: Haben Sie rechtzeitig dafür Sorge getragen, daß erforderliche Gesetzesänderungen vor der endgültigen Zerschlagung der Wirtschaftsförderungsabteilung in Kraft treten?

Gemäß Paragraph 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird die Abhaltung einer Wechselrede beantragt.

Meine Damen und Herren, jetzt aber doch noch zum Schluß. Es drängt sich nun doch die Frage auf, wie billig kommt denn so eine Umstrukturierung vor allem im Personalbereich? (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Herr Abgeordneter, darf ich dich aufmerksam machen, daß die 20 Minuten um sind!“) Bin sofort fertig.

Bevor man bei verdienten Beamten – und Sie konnten es ja der Presse entnehmen – nach Privilegien und etwaigen Zulagen sucht, sollten wir uns doch Beispiele anschauen, wie es Beamten ergangen ist, die im Landesdienst tätig waren und danach ausgegliedert wurden. So gibt es zum Beispiel Beamte, speziell Sekretäre der Landesregierung, die vorübergehend leitende Positionen im Verbund oder näher erläutert in der STEWEAG annehmen, und dann diese jene durchs Land ziehen, ich verdiene viel weniger als mein Vorgänger, ich habe nur 150.000 Schilling im Monat. Erwähnt aber sicherlich nicht, daß es eine 50prozentige Leistungstangente bezogen auf die 150.000 Schilling zusätzlich gibt, das wären dann über 200.000 Schilling. Und der dort so gut dotierte Posten beschränkt sich darauf, daß man den eigenen Personalbereich mehr oder weniger absichert und auf der anderen Seite Lehrlinge dementsprechend kürzt, die Lehrlingsaufnahme kürzt, die man dann umgekehrtenfalls, wenn man dann wieder in höherer Position ist, hoch fördert, um wieder nachbesetzen zu können. Man hat auch dort Spuren hinterlassen. Denn genau jener Mann hat nach 30 Monaten Verweildauer mit einem Abfertigungsanspruch auf 15 Jahre Verdienstzeitanrechnung und mehr als 300.000 Schilling Urlaubsgeldanspruch, ist in höhere Ehren abberufen worden. Rechnet man all diese Einkünfte zusammen, so kommt man nahezu auf 300.000 Schilling im Monat. Das ist ein schlechtes Vorbild, um sich an anderen schadlos zu halten. Und ich kann abschließend nur meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, daß nicht doch die Privilegienwirtschaft vor der Wirtschaftszukunft unseres Landes kommt. (Beifall bei der FPÖ: – 16.22 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zur Beantwortung der dringlichen Anfrage erteile ich nun Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (16.22 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich war eigentlich vorbereitet, mich zu bedanken für die zehn Fragen, die Sie mir gestellt haben, muß aber nunmehr nach den Einleitungsworten und auch nach dem Schlußakkord des Landesgeschäftsführers der Freiheitlichen sagen, die Lust an der Polemik hätte mich auch gepackt, aber ich werde mich – ich verspreche es Ihnen – zusammenreißen, von der Regierungsbank aus hier diese Fragen zu beantworten, die Sie, meine Damen und Herren, mit Recht von der Substanz her fordern, daß Sie informiert werden, daß Sie den Informationsbedarf, den Sie offensichtlich haben, auch entsprechend gestillt bekommen, und ich werde mich, wie schon gesagt, auf die Nebentöne und auf das Polemische und Parteipolitische hier ganz bewußt nicht einlassen, weil ich nicht glaube, daß das der Sachlösung und auch dem Thema steirische Wirtschaft und Arbeitsplätze etwas bringt.

Lassen Sie mich einleitend auch noch festhalten, daß alle meine Bemühungen seit meinem Amtsantritt im Jänner dieses Jahres hier im Haus in einem Satz zusammengefaßt werden können. Das Land, besser gesagt – Sie kennen dieses Chiffre – „Unternehmen Steiermark“, vor allem aber die Wirtschaftsförderung, für die ich verantwortlich bin, müssen jene Flexibilität und Effizienz erreichen, welche unsere Unternehmungen, insbesondere die kleinen Mittelbetriebe und ihre Mitarbeiter schon längst haben, die meisten von ihnen schon längst haben. Und dort, wo sie nicht haben, sollen wir ihnen zur Verfügung stehen, um sie richtig zu beraten. Eurofit und konkurrenzfähig in der Region Steiermark zu sein, und auch die Region Steiermark hat diese Notwendigkeit, ist man erst dann, wenn die Verwaltung, das Tempo und die Innovationskraft der Betriebe nicht bremst und Unternehmer als Kunden und nicht als Bittsteller betrachtet werden. Und diesen Standpunkt und diese Überzeugung konnte ich von dieser Stelle auch Ihnen doch schon einige Male in Wirtschaftsdebatten, die sehr lange gedauert haben, aber deren Inhalt und deren Ton und deren Stil eigentlich bisher sich sehr wohltuend von dem heutigen hier Gebotenen abgehoben haben. Nur erfolgreiche Unternehmungen schaffen es, daß sie Arbeit sichern und neue Arbeit schaffen.

Und ich darf hier keinen Geringeren als den damaligen Klubobmann, Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, vom 15. Juni 1993 zitieren, als er vom damaligen Präsidenten, Mag. Rader, das Wort erteilt bekommen hat und zur Debatte des neuen Wirtschaftsförderungsgesetzes damals gesagt hat, daß eine sinnvolle, effiziente Wirtschaftsförderung kurzfristig auf die Beine zu bringen ist, und ein weiteres, damit es nicht im Raume stehenbleibt, daß das alles so neu ist, daß das Ziel eine klare Zusammenführung aller Förderungsmaßnahmen an einer Stelle ist, die eine Art der Kontrolle über die Förderungen hat, und daß er auch gemeint hat, der richtige Weg in die richtige Richtung ist zu suchen. Und nur darum geht es, meine Damen und Herren.

Die von mir dann miteingeleitete und gestern auch beschlossene Umstrukturierung – und an dieser Stelle ganz ausdrücklichen Dank an die Frau Landeshauptmann, die mich hier unterstützt hat, auch mit ihrem persönlichen Rat, und auch an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter, wo ich in einigen Gesprächen Gelegenheit hatte, doch die eine oder andere Frage abzuklären. Und ich verkenne es nicht, damit da kein falscher Zungenschlag entsteht, es war auch der Kollege Schmid, der mir in Vier-Augen-Gesprächen, in Einzelgesprächen, den einen oder anderen Tip gegeben hat, wie diese Umstrukturierung der steirischen Wirtschaftsförderung genau und zielgerichtet ausschauen sollte. Ich sage auch folgendes dazu, daß – hier scheint schon auch bei der Vorbereitung Ihrer dringlichen Anfrage einiges durcheinandergegangen zu sein – nicht die Auflösung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft verwirklicht wird, wie Sie behaupten in Ihrer Anfrage, sondern daß es hier auch natürlich nicht um eine Gliederung der Wirtschaftspolitik in die Baudirektion, in den Fremdenverkehr, im EU-Bereich geht, sondern daß das eine ganz andere Zielrichtung hatte, die Sie ohnedies kennen.

Somit zur Beantwortung Ihrer Fragen von ein bis zehn:

Erstens: Hier geht es um die Konzentration der Wirtschaftspolitik. Diese Konzentration der Wirtschaftspolitik ist weder erwünscht noch angestrebt. Das wissen Sie. Denn Wirtschaftspolitik ist in allen Ressorts der Landesregierung zu Hause und wird notwendigerweise in allen Ressorts mitgestaltet. Sie erinnern sich vielleicht an meine diesbezüglichen Ausführungen hier im Hohen Haus anlässlich der Budgetdebatte. Vom Wohnbau über den Sport, den Tourismus, die Landwirtschaft, über die Gemeinden bis zum Sozialwesen, Spitalswesen, alles ist wirtschaftspolitisches Instrumentarium. Wir arbeiten an der Reform der Wirtschaftsförderung, also an einer Effizienzsteigerung bei der Umsetzung. Und Sie sind auch alle eingeladen, ich dränge hier niemanden ab, und ich habe auch keine Vaterschafts- oder Urheberprobleme, wenn hier bessere Ideen bestehen oder entstehen, wie man es anders macht. Es ist hier auch ganz eindeutig abseits aller Polemik natürlich die Konzentration erreicht mit einem kleinen Grundlagenreferat im Land. Das ist nicht anders möglich. Wir haben sieben Monate gemeinsam darum gerungen um die Ausgliederung sämtlicher unternehmensbezogener Angelegenheiten. Für Unternehmer gibt es künftig nur mehr eine einzige Anlauf- und Servicestelle, wie seit Jahren gefordert, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

Zweitens: Hier fragen Sie nach der Wirtschaftlichkeit und verwenden dabei auch die Zerschlagung als Begriff. Dieser Begriff, meine Damen und Herren, der Fachabteilung, daß die Fachabteilung zerschlagen worden wäre, ist nicht mein Vokabular, habe ich nie verwendet, ich sehe es auch nicht so. Es geht um eine inhaltliche und organisatorische Straffung, und es wundert mich besonders, daß gerade mitunterzeichnende Abgeordnete Hartinger, Schreiner, Vesko, Wiedner, die selbst sehr erfolgreich in der Wirtschaft tätig waren und sind, dies nicht auch so erkennen

können, daß diese Aufgabenoptimierung das Ziel war und ist. Es ist ein Prozeß und deswegen auch diese Konzeption, wie sie im Prozeß genannt wird.

Lassen Sie mich auch zum Begriff Kosten-Nutzen-Rechnung eines klarstellen: Im Mittelpunkt unserer Bemühungen steht eine Effizienzsteigerung für unsere Kunden und für die, die uns brauchen und nicht umgekehrt. Wir produzieren nicht das, was uns gerade paßt, oder machen das oder bearbeiten diese Akten, die wir brauchen. Da geht es vorrangig um den Kundennutzen. Und Kundenzufriedenheit läßt sich nicht immer in Zahlen ausdrücken. So ist gerade die Beschleunigung von Verfahren oder von Förderfällen, die ausschließlich der Wirtschaft zugute kommen, das, was wir brauchen, und das – da bin ich überzeugt –, was wir auch täglich tun. Und dafür dient auch eine zentrale Anlaufstelle unter einem Dach und auch der noch einzurichtende Wirtschaftsombudsmann anstatt eines Koordinators.

Dazu kommt, daß bekanntlich nur in Gesellschaften, so auch in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, über eine detaillierte Kostenrechnung verfügt werden kann. Leider ist das beim Land Steiermark im Amt der Landesregierung trotz vieler Anregungen und auch Bemühungen, die es zur Zeit gibt, bis dato nicht möglich, eine Vollkostenrechnung darzustellen. Ich habe in dem Zusammenhang aber auch den Landesrechnungshof in einem Schreiben an den Direktor persönlich am 20. August um eine Vollkostenrechnung für den Amtsbereich der Wirtschaftsförderung für die Fachabteilung gebeten, und zwar auch unter Mitbeziehung der Pensionstangente. Bis heute liegt eine solche noch nicht vor, allerdings sind wir selbst aktiv geworden, und wir können jetzt die Kosten vergleichen, daß auch das Licht und der Quadratmeter bewertet und kostengerechnet wird, darstellen und dabei auch selbstverständlich, Herr Abgeordneter, Einsparungen aufzeigen. So liegen etwa die Kosteneinsparungen, die durch nicht Nachbesetzen von freierwerdenden Dienstposten – das haben wir immer gesagt, kurz mittelfristig, nicht von heute auf morgen –, innerhalb meines Ressorts in einer ersten Phase eingespart werden können, in der Größenordnung von zirka 6,6 Millionen Schilling auf der Grundlage der bekannten Daten. Wir sind auf fünf Standorte verteilt im Wirtschaftsressort. Auf ein gemeinsames Dach werden wir jährliche Einsparungen auch abgeschätzt von rund einer Million Schilling bei der gleichen Quadratmeterzahl machen. Und meine Vereinbarung mit dem Liegenschaftsreferenten ist auch diesbezüglich klar, marktübliche Konditionen und nicht Mehrkosten, wie hier behauptet wird.

Dritter Punkt, hier sprechen Sie Parallelitäten an. Die Installierung der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft ließ ursprünglich mit Sicherheit keine Doppelgleisigkeiten erwarten. Wohl kaum wäre man sonst zu einem einstimmigen Beschluß in der Landesregierung gekommen. Parallelitäten haben sich aber in jüngster Zeit im Zuge der konkreten Arbeit, das heißt bei der Abwicklung von Förderfällen – ich habe es erlebt bei der Aktion „Werde Unternehmer“, daß es hier dann zwei Ansprechstellen gegeben hätte –, herauskristallisiert. Angesichts der Tatsache, daß 1990 mit dieser Konstruktion auch ein

verwaltungstechnisches Neuland beschritten wurde, andere Bundesländer haben es uns dann nachgemacht, etwa Kärnten oder Burgenland, sind diese Erscheinungen durchaus auch als natürliches Ergebnis eines Erfahrungsprozesses und einer Organisationsentwicklung zu werten, die nunmehr auch entsprechend adaptiert werden.

Vierte Frage, Sie haben es auch in Ihrer Begründung hier etwas ausführlicher dargestellt, das ist der Landesrechnungshof. Ich habe an Herrn Landesrechnungshofdirektor Grollitsch in einem persönlichen Gespräch am 8. Feber schon, also kurz nach meinem Amtsantritt, und im Sommer, am 13. August, sowie in einigen Telefonaten eindringlich die Bitte geäußert, uns jede verfügbare kritische Anregung für die laufende Neuordnung zur Verfügung zu stellen.

Wir wären auch dankbar für jeden Hinweis gewesen. Bis heute wurden wir allerdings von diesem Prüfungsergebnis noch nicht verständigt. Trotzdem habe ich dem Landesrechnungshofdirektor auch von meiner Seite über den Stand der Umstrukturierungsmaßnahmen Information gegeben und stehe natürlich auch weiterhin in Kontakt.

Fünfter Punkt, fünfte Frage, hier geht es um die Personalüberführung. Die Neuordnung der Wirtschaftsförderung wurde mit den Führungskräften meines Ressorts und unter Einbindung der Dienststellenpersonalvertretung entwickelt. Es hat einige Monate gedauert, wie Sie wissen. Die Dienststellenpersonalvertretung Landhaus und die Landespersonalvertretung sind darüber hinaus seit dem 12. Juli – und weil Sie diesen Beschluß hergenommen haben, es war ein Regierungsbeschluß, übrigens ein einstimmiger, auch mit der Stimme des Kollegen Schmid am 10. Juni, hier hat es geheißten, daß eine Neuordnung und Strukturvereinfachung der steirischen Wirtschaftsförderung ab 1. Juli eingeleitet wird. Das war der Beschluß, weil wir immer gesagt haben, das ist ein Prozeß. Und nach diesem Beschluß hat eine entsprechende Information der Dienststellenpersonalvertretung und der Landespersonalvertretung stattgefunden. Und seit 12. Juli 1996 wurden auch stets ausführliche Informationen gegeben. Sämtliche seitens der Dienststellenpersonalvertretung Landhaus bekanntgegebenen dienst- und besoldungsrechtlichen Fragen, es waren über 30, wurden auch von der Rechtsabteilung 1 als Dienstbehörde ordnungsgemäß beantwortet. Darüber hinaus gab es laufend Einzel- und Gruppengespräche über personalrechtliche Detailfragen und auch über die zukünftigen Aufgabenstellungen. Eine genaue Chronologie habe ich allen Regierungsmitgliedern, woraus auch das vorhin Zitierte entnehmbar ist, zur Verfügung gestellt. Daraus ist eindeutig erkennbar, daß laufend Bemühungen unternommen, wurden mit den Bediensteten und ihrer Personalvertretung das Einvernehmen herzustellen. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß der Verfassungsdienst in einem Gutachten festgehalten hat, daß für die Änderung der Geschäftseinteilung – und um die ging es – die Zustimmung der Dienststellenpersonalvertretung nicht erforderlich ist. Über die mit dieser Änderung verbundenen Maßnahmen wird selbstverständlich weiterhin das Einvernehmen mit der Dienststellenpersonalvertretung angestrebt. Ich darf sämtlichen Be-

diensteten persönlich, sowohl in meinem Büro als auch in der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung, bekanntgegebenes Angebot neuerlich wiederholen, auch hier in diesem Hause. Die Mitarbeiter der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung können zu unveränderten Bedingungen im Rahmen eines Sonderurlaubes in die ausgegliederte Landesgesellschaft wechseln oder im Wirtschaftsressort sozusagen eine Beschäftigungsgarantie – mit bisherigen oder neuen schon bekannten Aufgaben betraut werden. Ich darf hier nur anmerken eine Position, meine Damen und Herren, die ich, wie Sie höchstwahrscheinlich auch, zumindest die meisten, die sich in Betrieben auch orientieren, in den Tausenden steirischen Unternehmungen, die im Wettbewerb stehen, nicht vorfinden können, weil hier andere Zustände herrschen, wie Sie wissen. Eine Erklärung der betroffenen Mitarbeiter liegt mir vor, und ich habe diese auch am 16. Oktober 1996 an die Rechtsabteilung 1 zur Einleitung der notwendigen personalrechtlichen Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Auch die Dienststellenpersonalvertretung ist im Besitz dieser Liste.

Sechste Frage: Hier geht es um die zusätzliche neue Gesellschaft. Es ist richtig, daß ich beabsichtige, für ein genau definiertes und klar abgegrenztes Geschäftsfeld im Bereich der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft eine eigene Gesellschaft einzurichten, das ist eine Absicht. In der Wirtschaft, wie Sie wissen, und hier spreche ich vor allem jene an, die auch Wirtschaftserfahrung haben in der F-Fraktion, ist es weitgehend üblich, für abgegrenzte Aufgabengebiete eigene Geschäftsbereiche mit jeweils zugehörigen Bereichsverantwortungen einzurichten. Auf die vielfältigen Vorteile einer solchen Bereichsverantwortung möchte ich gar nicht näher eingehen, jedoch auf die wichtige inhaltliche Ausrichtung. Es handelt sich dabei nämlich um den zur Zeit so wichtigen Bereich der Um- und Restrukturierung von Unternehmungen beziehungsweise der Förderung dazu.

Trotz zuletzt positiver Aussagen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Steiermark müssen wir auch fast tagtäglich zur Kenntnis nehmen, daß es auch in der Steiermark Firmen gibt, Unternehmungen gibt, die in bedrohliche unternehmerische und finanzielle Situationen kommen. Dabei möchte ich heute nicht auf die auslösenden Gründe, über die wir hier auch schon diskutiert haben, sondern auf die Fakten zu sprechen kommen. Wir müssen – und ich hoffe, daß es dafür auch breiten Konsens in diesem Haus gibt – Unternehmungen und letztlich damit auch deren Menschen und die Arbeitsplätze, die dort gebunden sind, in solchen Situationen Hilfestellungen geben. Wie schon die Vergangenheit gezeigt hat, sind solche Hilfestellungen oft beziehungsweise die einzige Möglichkeit zur Arbeitsplatzsicherung. Daß dabei die Prüfung der Zukunftschancen der jeweils betroffenen Unternehmung genau geprüft und genau durchgeführt werden muß, ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Ausgehend von der Notwendigkeit zur Hilfestellung bei dieser Um- und Restrukturierung werden wir auch landesintern nicht nur die inhaltlichen, sondern auch die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen zu klären und zu schaffen haben.

Siebente Frage, hinsichtlich der Erledigung von derzeit evidenten Akten, es sind 3000, wie richtigerweise angesprochen. Darf ich festhalten, daß ich in meinem Ressortbereich sicherstellen kann, daß die notwendigen Bearbeitungen erfolgen. Gleichzeitig bin ich auch überzeugt, daß Sie mir darin folgen werden, folgen können, daß wir die organisatorischen Änderungen auch dazu nutzen müssen – das ist eine Riesenchance, eine einmalige Chance –, im Sinne einer wirtschaftlichen, sparsamen und budget-schonenden Verwaltung vernünftige Lösungen auch für die Bereinigung von Altakten zu finden. Eine oftmalige Forderung auch aus Ihren Reihen als Abgeordnete und auch parteipolitisch gesehen.

Achte Frage, hier fragen Sie nach der Geschäftseinteilungsbeschlußfassung von gestern. Ich sehe derzeit keine wichtigen Aufgaben, die in einer neuen Geschäftsordnung und insbesondere in der Neuverteilung, in der Arbeitsteiligkeit zwischen Amt und der Gesellschaft keinen Platz finden würden.

Neuntens: Über die Vertragstreue und die Amtsverschwiegenheit innerhalb der SFG. Selbstverständlich, überhaupt keine Frage. Ich verweise hier nur auf gewisse Gegensätzlichkeiten, wenn es um Rechnungshofberichte geht, die trotz einer strengsten Vertraulichkeit doch als Vorabdruck in den Medien zu finden sind.

Zehnte Frage, Gesetzesänderungen. Auch hier ein klares und eindeutiges Ja. Aber Sie erlauben mir auch hier, wie einleitend schon einen kleinen Hinweis, das von Ihnen in Geltung geglaubte Mittelstandsförderungsgesetz wurde bereits 1993 einstimmig – und das möchte ich betonen – aufgehoben und der damalige Fonds für gewerbliche Darlehen mit kleinen Abänderungen als Mittelstandsförderungsfonds in die Bestimmungen des einheitlichen Wirtschaftsförderungsgesetzes übernommen.

Abschließend, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Grundsätze – weil es sehr schön zusammenpaßt, auch vom zeitlichen Ablauf her – aus dem vor wenigen Tagen präsentierten „Leitbild des steirischen Landesdienstes“ zitieren, an dem über 2700 Landesbedienstete, und das über Monate hinweg, mitgearbeitet haben:

Erster Grundsatz: Leitlinien unseres Handelns sind Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit. Neuen Techniken und Methoden stehen wir aufgeschlossen gegenüber.

Zweiter Grundsatz: Jede Erneuerung beginnt bei uns selbst. Wir stellen uns den Herausforderungen.

Dritter Grundsatz: Unsere Arbeit ist ein wesentlicher Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung ... und damit demokratiepolitische Stabilität.

Und vierter Grundsatz und für mich fast der wichtigste: Eine Führungspersonlichkeit ist innovativ, großzügig, konfliktfähig, entscheidungsfreudig und läßt sich nicht entmutigen.

Ich danke insbesondere meinen Mitarbeitern, den treuen Mitarbeitern, die hier über Monate hinweg das auch führungstechnisch mitgetragen haben, auch richtig kommuniziert haben und letztlich damit auch einen Beitrag zum intelligenten Sparen und zum Haushalten im Interesse der Wirtschaftszukunft in der Steiermark und eines Teiles aus meinem Ressort